DOKUMENTATION

GANGWAY E.V.
Straßensozialarbeit in Berlin

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

DOKUMENTATION:

FACHTAGUNG

„NEUE WEGE IM UMGANG MIT RECHTSEXTREM ORIENTIERTEN JUGENDLICHEN“

20. Januar 2004 in Berlin

Inhaltsverzeichnis

Eröffnung durch Katja Meyer / Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiterin des „Forums Politik und Gesellschaft“ 2

Vorbemerkungen von Elvira Berndt / Gangway e.V. 4

Drei Anmerkungen zum Thema Rechtsextremismus von Kerstin Griese / MdB 6

„Zwischen ideologischer Konfrontation und demokratisch-sozialer Anerkennung“ von Prof. Dr. Hajo Funke / Freie Universität Berlin 12

AG 1 „Zielgruppendynamik“ 24

AG 2 „Die Stärkung von Alternativkulturen als Ausweg?!“ 35

„Zum Beispiel Thomas Pötschke“ von Jan Becker, Stefan Schützler (Gangway e.V.), Dr. Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit) 38

„Rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen – versagt Jugendpolitik, verzagt Jugend(sozial)arbeit“ von Prof. Dr. Jürgen Gries, Dr. Irmgard Steiner, Dr. Gerhard Wenzke 51

„Subversive Verunsicherungspädagogik“ von Prof. Eckhard Osborg 73

„Bitte keine Politik, wir sind Sozialarbeiter. Bitte keine Sozialarbeit, wir sind Jugendpolitiker“ von Jan Becker und Stefan Schützler / Gangway e.V. 76

AG 5 „Rechtsextreme Gewalttäter in Haft“ 83

Impressum 86

Eröffnung durch Katja Meyer / Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiterin des „Forums Politik und Gesellschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen zu unserer Konferenz „Neue Wege im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“, die von Gangway e.V. und der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam organisiert wird. Wir freuen uns als Veranstalter über Ihr großes Interesse an diesem Thema, denn es zeigt den immensen Bedarf an Gespräch, Information und Austausch. Ich bin froh, dass wir heute dank vieler hochkarätiger Podiumsgäste aus der Politik, aus den Medien, aus der Wissenschaft und natürlich aus der Praxis Gelegenheit haben, diesen Bedarf zu decken.

Warum beginnen wir das Arbeits- und Veranstaltungsjahr mit diesem Thema, wenn sich die mediale Aufmerksamkeit doch eher auf Kopftücher, spinnenverseuchte Möchtegern-Stars aus dem Outback oder überfallene Zahnarztpraxen richtet; wenn unser Stadtbild doch recht deutlich weniger Skinheads aufweist und wenn sich die rechtsextremen Parteien über Mitgliederschwund beklagen?

Die Antwort lautet: eben weil Rechtsextremismus leider kein Randphänomen ist, weil er eine permanente Herausforderung für unsere demokratische Gesellschaft und unser demokratisches System ist, weil die Auseinandersetzung mit ihm kontinuierlich geführt werden muss und nicht konjunkturabhängig sein darf. Es ist ganz wichtig, neuere Trends zu beobachten und sich mit adäquaten Strategien darauf einzustellen.

Ein Bericht des Berliner Innensenators vom Dezember belegt, dass im Jahre 2003 in unserer Stadt die Zahl rechtsextremer Gewalttaten zugenommen hat. Insbesondere Treptow-Köpenick soll davon betroffen sein. Rechtsextreme Parteien hätten dagegen deutlich an Einfluss in der Szene verloren - das ist positiv - aber die Gruppen außerhalb der Parteien hätten eben doch an Zulauf gewonnen. Die neonazistische Kameradschaftsszene in Berlin ist aktuell wieder belebt. Angestrebt wird, verstärkt eigene „nationale“ Zentren, Jugendclubs sowie Bildungseinrichtungen aufzubauen. Diese Gruppen versuchen verstärkt, auch Themenfelder wie die soziale Lage von Jugendlichen aufzugreifen und sich so als „Mittler“ und „Advokaten“ zu bewähren. Das bedeutet: leider ist keinerlei Entwarnung angesagt, und ich fürchte, das sieht in anderen Bundesländern ähnlich aus.

Der Berliner Soziologe Klaus Schröder hat in seiner aktuellen Umfrage unter 860 Schüler/innen zwar festgestellt, dass es viel weniger rechtsradikale Jugendliche gäbe, als die anderen Jugendstudien fürchten ließen. Auch er jedoch findet den großen Anteil der insgesamt Unentschlossenen erschreckend, die anfällig seien für den „braunen Virus“. Und er betont, die weit verbreitete „Demokratieskepsis“ biete ein gefährliches Einfallstor für Extremismus.

Nun sind rechtsextreme Orientierungen ja kein jugendspezifisches Problem. Im Gegenteil, ich kenne sehr viele Jugendliche, die sich ganz massiv und engagiert *dagegen* einsetzen. Aber gerade die Sensibilisierung junger Menschen ist ein sehr wichtiger Aspekt im Kampf gegen Rechtsextremismus, und dies schließt die Arbeit mit rechtsextrem orientierten jungen Menschen natürlich mit ein.

Sozialarbeit und mobile Jugendarbeit spielen hier eine ganz besondere Rolle - in der Prävention, in der Intervention und auch in der Schaffung von Perspektiven für die Klientel, in der sich anfällige, latent-rechtsextreme und auch manifest-rechtsextreme mischen.

Die Praxis und die Arbeitsbedingungen sind dabei nicht einfach und Sozialarbeit wäre als alleiniger Lösungsansatz sicherlich auch überfordert.

Deshalb freue ich mich, dass wir uns am heutigen Tag zusammen gefunden haben, um fachübergreifend aktuelle Trends und Strategien zu diskutieren und um das bereits bestehende breite gesellschaftliche Bündnis gegen den Rechtsextremismus weiter zu stärken.

Ich möchte meiner Kooperationspartnerin Elvira Berndt von Gangway e.V. ganz herzlich danken, auch stellvertretend für alle Jugend-Sozialarbeiterinnen und –Sozialarbeiter. Mein Dank und mein Respekt bezieht sich nicht nur auf die heutige und die früheren gemeinsamen Veranstaltungen, sondern eben auch auf Ihre/Eure alltägliche „Knochenarbeit“ an den neuralgischen Punkten unserer Gesellschaft. Diese ist, glaube ich, von unschätzbarem Wert und wird leider doch so oft unterschätzt.

Ich wünsche uns allen einen informativen, produktiven und ergebnisreichen Tag und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Vorbemerkungen von Elvira Berndt / Gangway e.V.

Diejenigen Praktikerinnen und Praktiker, die in den letzten 14 Jahren auf der Straße und in Jugendeinrichtungen mit diesen hier zum Tagungsthema gewordenen rechtsorientierten Jugendlichen gearbeitet haben, mussten und durften in dieser Zeit eine ganze Reihe von Änderungen im politischen Mainstream miterleben.

Erinnern wir uns zurück: In den Jahren 1992/93 erlebten wir die ganz große gesellschaftliche Verunsicherung angesichts einer Vielzahl rassistischer Übergriffe und Gewalttaten in den verschiedensten Bundesländern. Hoyerswerda und Mölln, Rostock und Solingen sind exemplarisch im Gedächtnis geblieben als Orte, in denen eine rechte Jugendszene das auf die Straße getragen hat, was Erwachsene am Stammtisch oder mit Schlips und Kragen gedacht und propagiert haben.

Schnell verband sich die gesellschaftliche Erschütterung angesichts einer scheinbar ständig anwachsenden rechten Jugendszene mit der Frage: „Was machen wir denn mit denen da?“ Es entstanden die ersten Projekte der Arbeit in rechten Szenen und es wurde das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (kurz AgAG) der alten Bundesregierung aufgelegt. Ein paar Jahre lang hatte die Arbeit mit eben diesen Jugendlichen Konjunktur, wurden große Anstrengungen unternommen, diejenigen zu erreichen, die für die Gesellschaft schon verloren schienen.

Insbesondere in den neuen Bundesländern fehlten bis dato allerdings tragfähige Jugendhilfe-strukturen, die einem Sonderprogramm erst die solide Grundlage für experimentelle und innovative Arbeit bieten. So manche dieser Strukturen wurde, aus der Not geboren, über die Mittel des Sonderprogramms AgAG erst aufgebaut – und so manche Verwerfung bei der Umsetzung des Programms war unter diesen Voraussetzungen durchaus vorhersehbar.
Als AgAG auslief, geriet es folgerichtig auch in die Kritik, das Motto „Glatzenpflege auf Staatskosten“ geisterte durch die Presse und überdeckte auch all jene Projekte, in denen erfolgversprechende Arbeitsansätze erprobt und zivilgesellschaftlich wertvolle Erfahrungen im Umgang mit rechtsorientierten Jugendlichen gesammelt worden waren.

All das verstärkte die gesellschaftliche Tendenz, dass das Thema der Arbeit mit diesen Jugendlichen für eine geraume Zeit ganz aus der Gesellschaft und aus der fachpolitischen Debatte geriet. Mit dem Ende von AgAG fielen auch die für die Praktiker/innen sehr hilfreichen bundesländerübergreifenden Strukturen der Fortbildung und des Erfahrungsaustausches weg, viele Projekte fühlten sich in ihrer schwierigen Arbeit allein gelassen.

Es war schließlich die gesellschaftliche Realität, die das Thema des Umgangs mit Rechtsorientierungen bei Jugendlichen dann wieder auf die Tagesordnung hob. Es entstanden (wie kann es anders sein, Politiker/innen müssen schließlich ihre Handlungsbereitschaft beweisen ...) die nächsten Sonderprogramme. In Abgrenzung zu AgAG jetzt mit dem Schwerpunkt der Stärkung von Zivilgesellschaft und Alternativkulturen. Doch, so schön es auch klingt, auch in der Umsetzung dieser Sonderprogramme sind Fehlentwicklungen zu konstatieren. Bei schwindenden kommunalen Mitteln für die strukturelle Grundausstattung der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendarbeit und der niedrigschwelligen Angebote der Jugendsozialarbeit, mag es nicht verwundern, dass bei der Umsetzung von Projekten nicht nur die pädagogische Vernunft das Zepter führt, sondern sich so manche Einrichtung und so mancher Träger der Logik der Sonderprogramme auch dann unterwirft, wenn die Notwendigkeiten im Gemeinwesen andere Herangehensweisen erfordern würden.

Gemeinsam ist den Sonderprogrammen der letzten 15 Jahre insbesondere, dass die mit dem Programm beabsichtigte Stärkung der Arbeit mit der einen Zielgruppe in der Praxis ganz oft eine rigide Ausgrenzung aller anderen Zielgruppen nach sich zieht. Die jeweilige Programmlogik scheint dies durchaus zu befördern. Das ist einer der Punkte, über die wir auf dieser Tagung streiten wollten.

Hoch gelobt und tief gescholten haben es nur wenige Projekte und Träger geschafft, auch außerhalb von Konjunkturthema und damit verbundener Mittelvergabe die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen weiter zu führen und insbesondere die alltägliche Auseinandersetzung mit diesen Jugendlichen durchzuhalten. Gerade die dort tätigen Praktiker/innen haben oft genug erlebt, wie schnell man mit seiner Zielgruppe „in einen Topf geworfen wird", während man doch gerade eben noch die Verantwortung einer ganzen Gesellschaft stellvertretend schultern „durfte".

Wir wollten auf unserer Tagung mit Praktiker/inne/n aus ganz verschiedenen Arbeitsbereichen, mit Politiker/innen, Journalist/innen und anderen interessierten Menschen diskutieren und debattieren.

über Tabus und Enttabuisierung,
über altbewährte Konzepte und
über neue Wege und Strategien,
über aktuelle Erscheinungsformen und
über adäquate Auseinandersetzungsmöglichkeiten.

Und wir wollten, was uns hoffentlich gelungen ist, einen kleinen Beitrag dazu leisten, außerhalb von politischer und medialer Skandalisierung zu einer ernsthaften fachpolitischen Auseinandersetzung zurück zu finden.

Mir bleibt, der Friedrich-Ebert-Stiftung zu danken, dass sie uns mit ihrem Know-how und ihrem Engagement bei diesen dringend notwendigen Fachdiskussionen immer wieder so tatkräftig unterstützt.

Die kollegiale Arbeitsatmosphäre der Tagung können wir (leider) in einer Dokumentation nicht wiedergeben. Dem vielfach geäußerten Wunsch, einige Diskussionsbeiträge und Arbeitsgruppenergebnisse als Reader für die weitere Arbeit zur Verfügung zu stellen, kommen wir allerdings sehr gern nach.

Drei Anmerkungen zum Thema Rechtsextremismus von Kerstin Griese / MdB

Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu dieser Tagung und bin sehr gespannt auf die Diskussionen und die Erfahrungen aus der Praxis. Ich gebe zu, dass meine Praxis der Jugendarbeit leider ein paar Jahre zurückliegt. Ich habe viele Jahre in einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus gearbeitet und dort Projekte mit Jugendlichen, mit Schulklassen, mit Zeitzeugen gemacht. Ich bin aber jetzt seit etwa 3 ½ Jahren im Bundestag und habe hier sozusagen die politische Seite zu vertreten. Im Moment werden wir Politiker gern gescholten, aber ich hoffe, wir können hier zu dem Thema auch ein paar gemeinsame Anregungen finden.

Rechtsextremismus ist kein Konjunkturthema! Ein Satz, der mir sehr wichtig ist, denn wir erleben immer wieder Wellen, wo mehr und dann wieder sehr viel weniger über Rechtsextremismus und über Gewalt gesprochen wird. Und ich halte es für wichtig - das ist meine Grundthese - dass Strategie der Politik sein muss, sich kontinuierlich mit dem Rechtsextremismus auseinander zu setzen und auch dauerhaft und kontinuierlich Projekte gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz zu fördern. Das ist auf Seiten der Politik ein immer währender Kampf um den nächsten Bundeshaushalt und die Mittel zu diesem Thema, weil es natürlich immer beliebt ist, so etwas gerne streichen zu wollen. Aber wir haben versucht, da etwas mehr Kontinuität rein zu bringen, durchaus seit dem Jahr 2000, als das Thema eben sehr stark in den Medien war, nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge und nach weiteren Anschlägen.

Ich will also zu drei Punkten etwas sagen:
Warum ist Rechtsextremismus eben kein Konjunkturthema und meines Erachtens auch nicht nur ein Thema für Jugendliche oder für den Rand der Gesellschaft, sondern ein Problem, das bis in die Mitte der Gesellschaft hineinragt?
Welche Maßnahmen hat die Politik ergriffen? Was haben wir als Rot-Grüne Koalition versucht, um Gegenstrategien zu etablieren und zu unterstützen?
Und ich will etwas zu den ersten Erfahrungen aus unseren Programmen zu diesem Thema sagen. Wobei das noch nicht vollständig ausgewertet ist und Sie ja sicherlich alle aus der Praxis noch sehr viel mehr dazu sagen können.

Zum ersten:
Warum ist es kein Konjunkturthema oder gar auch nur ein Jugendproblem? Sie alle wissen, deshalb sind Sie hier, dass wir seit Anfang der 90er Jahre eine mehr oder weniger kontinuierliche Zunahme fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Gewalttaten in Deutschland haben. Ganz besonders in den neuen Bundesländern, wo es konsolidierte rechtsextreme Jugendszenen gibt. Wir haben auch in anderen europäischen Ländern generell einen Anstieg von Rassismus und Gewalt.. Ich denke, wichtig ist es, dass wir versuchen, Rechtsextremismus als ein Problem der politischen Kultur, als ein gesamtgesellschaftliches Problem zu betrachten und nicht allein als ein Problem abweichenden Verhaltens von Jugendlichen in einer bestimmten Phase, wo sie eben besonders gewaltbereit sind. Wir wissen, dass die rechtsextremistischen Einstellungen in allen Altersgruppen vorhanden sind. Jugendstudien stehen allerdings meist im Vordergrund der Forschung. Interessant ist, dass ich gefunden habe, dass Studien bestätigen, dass rechtsextrem und fremdenfeindlich eingestellte Jugendliche überdurchschnittlich häufig auch Eltern haben, die diese Einstellung haben. Das nur noch mal, damit man nicht immer alle Ursachen und Schuld sozusagen bei den Jugendlichen ablädt.

Das Meinungsklima, das in Städten und Gemeinden entsteht, entsteht natürlich durch viele Beteiligte, durch das soziale Umfeld. Und sehr häufig gibt es ja auch Aussagen von Jugendlichen, die sich eigentlich als „Vollstrecker“ der öffentlichen Meinung fühlen, indem sie dann zu Gewalt greifen, wo andere am Stammtisch sich verbal äußern. Deren Definition des „Fremden“ ist sicherlich, dass es nicht der Norm entsprechend ist. Jugendliche greifen Ressentiments und Vorurteile eben gegen solche angeblich Fremden auf und entwickeln sie weiter und weiter zu Extremen, oft zur Gewaltbereitschaft und Gewaltanwendung. Wir wissen, dass Vorurteile - auch antisemitische Vorurteile - häufig auch von Politikern, von Intellektuellen öffentlich geäußert werden, als eine Art „sekundärer Antisemitismus“, wie es dann häufig heißt.

Und ich will natürlich das aktuellste Beispiel nicht unbeachtet lassen, auch wenn wir hier hauptsächlich über Jugendarbeit sprechen, denn meine These ist eben, es ist in der Gesellschaft insgesamt vorhanden. Sie wissen, dass Herr Homann sich in einer sehr übersteigerten Form von mangelndem Selbstbewusstsein und in einer gewissen paranoiden Auffassung, „dass die Juden bis heute ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ziehen würden“, in seiner Rede hat hinreißen lassen. Er hat dabei Vergleiche angeführt, die eindeutig als antisemitisch zu kennzeichnen sind. Diese Rede von Herrn Homann ist eine Sache, seine Auffassungen waren sicherlich auch schon länger bekannt. Interessant ist aber, dass er sicherlich kein Einzelfall damit war. Deshalb will ich einfach nur anführen, dass die Abgeordnete Vera Lengsfeld zum Beispiel in der „Jungen Freiheit“ sich ausführlich dazu geäußert hat und ihr größtes Problem mit Homanns Rede war, dass, wie sie wörtlich sagt, „eine hysterische Einengung der Meinungsvielfalt, eine Stigmatisierung und Ausgrenzung konservativer Auffassungen durch die CDU/CSU“ stattgefunden habe. Das heißt, ihr Hauptproblem mit dieser Rede war, dass angeblich dort hysterisch auf den Herrn Homann eingeschlagen wurde. Sie spricht von einer, Zitat: „geistigen Verkrampfung“, die es in Deutschland gebe, denn dass, was Habermas mit „ethischer Vergewisserung“ meinte, sei eigentlich eine „geistige Verkrampfung“. Ich führe diese Beispiele jetzt nicht aus parteipolitischen Gründen an, sondern nur um deutlich zu machen, dass es Versatzstufen dieses Denkens in vielen Bereichen gibt.

Professor Wilhelm Heitmeyer hat in seinen Forschungen, die sich ja unter dem Titel „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ damit befassen, welche Denkmuster es in der Bevölkerung gibt, für das Jahr 2002 knapp ein Fünftel der Bevölkerung dem rechtspopulistischen Potential zugeordnet. Innerhalb der älteren Generation ist das ausgeprägter, aber in allen Generationen vorhanden. Über zwei Drittel der Befragten haben sich damals in der „politischen Mitte“ der Gesellschaft eingeordnet. Und ein Jahr später hat er sogar 25 % der Bevölkerung festgestellt, die sich dem rechtspopulistischen Potential zuordnen.
Er definiert ja diese „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ mit Fremdenfeindlichkeit, mit Rassismus, mit religiösen Abwertungen, mit Heterophobie, mit Feindlichkeit gegenüber Obdachlosen und gegenüber Behinderten, mit Sexismus und auch mit der Demonstration von etablierten Vorrechten.. Also mit gewissen Denkmustern, die durchaus in weiten Kreisen vorhanden sind. Das zum Einstieg denn - um noch mal die These aufzugreifen - Rechtsextremismus ist kein Konjunkturthema, man muss sich dauerhaft damit beschäftigen.

Nun will ich zum zweiten etwas sagen:
Zu den Gegenstrategien, zu den Maßnahmen der Politik und insbesondere zu den Programmen. Ich vermute, dass Sie fast alle mit diesen Programmen zu tun haben oder in Projekten arbeiten, die dadurch vielleicht mal gefördert wurden oder gefördert werden sollten. Insofern hoffe ich, dass wir nicht so viel über die Details der Projektanfänge diskutieren werden, sondern vielleicht doch mehr über die Grundausrichtung, denn da würde mich doch ihre Meinung sehr interessieren. Sie kennen wahrscheinlich unser Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Man muss dazu sagen, dass vor zwei Jahren, als dieses Programm in den Haushalt eingestellt und der nächste Bundeshaushalt beraten wurde, die CDU/CSU-Fraktion, beantragt hat, das Wort „rechts“ zu streichen. Sie wollte also daraus ein „allgemeines Programm gegen Extremismus“ machen. Im letzten Jahr wollten sie diesen Haushalt gleich gar nicht beraten. Das nur als ein Beispiel, wo tatsächlich die Gefahren auch unterschiedlich eingeschätzt werden.

Dieses Programm besteht aus drei Teilen: Einmal aus dem Programm „CIVITAS - Initiativen gegen Rechtsextremismus“ in den neuen Bundesländern. Zum zweiten aus dem Programm „ENTIMON“. Das ist das griechische Wort für Respekt. „ENTIMON - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“, also ein bundesweit greifendes Programm. Und aus dem Programm „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“. Das ist ein Programm, gefördert auch zum Teil aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds, wo Projekte mit Arbeitsmarktbezug unterstützt werden. Dort sollen also der Arbeitsmarktbezug und das Einüben von antirassistisch-demokratischem Verhalten zusammenkommen. Dieses Programm haben wir seit dem Jahr 2000 begonnen und im Jahr 2001 erstmals Projekte fördern können. Insgesamt sind seitdem 3.300 Projekte, Initiativen und Maßnahmen gefördert worden.

Zur Zielgruppe: Hier wurde AgAG angesprochen, das Programm, das die Bundesministerin Nolte damals aufgelegt hat, „Gegen Aggression und Gewalt“. Wir haben versucht, einen deutlichen Paradigmenwechsel gegenüber diesem Programm vorzunehmen, weil es in der Tat so war, dass, wenn man es sehr verkürzt sagt, Fälle aufgetreten sind, in denen Geld dorthin ging, wo rechtsextreme Jugendliche - oder solche, die in Gefahr standen, rechtsextrem abzudriften - sich besonders gewalttätig und auffällig geäußert haben. So ein bisschen wie „Fußballplatz als Belohnung für eine Auffälligkeit“. Wir fanden das problematisch.

Die Zielgruppe unserer Projekte, dieses Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“, das wir jetzt seit dem Jahr 2001 haben, sind Jugendliche und junge Erwachsene. Wir versuchen - und das ist immer noch ein Problem - besonders Hauptschülerinnen und Hauptschüler und Berufsschülerinnen und -schüler anzusprechen und besonders auch einen Fokus auf rechtsextrem gefährdete, meistens eben männliche Jugendliche zu legen. Wie gesagt, der Paradigmenwechsel zu AgAG ist der, dass hier stärker unterstützt werden soll, was an Zivilgesellschaft, an demokratischem Engagement entsteht, vor Ort sozusagen. Es geht um eine dezentrale Unterstützung und nicht mehr um die Fokussierung auf die Zielgruppe der rechtsorientierten, rechtsextremen und gewaltbereiten Jugendlichen. Stattdessen geht es eben um die zivilgesellschaftlich engagierten Jugendlichen und deren Engagement. Ein wichtiger Bestandteil ist auch die Qualifizierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Und ich denke, was auch neu in diesem Programm ist, ist die Einbindung von Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten. Unser Ansatz ist, dass am lokalen Bedarf orientierte Vernetzung und Kooperation stattfinden soll, möglichst eben unter großer Partizipation der Beteiligten vor Ort.

Idee ist auch, dass die Partizipation Jugendlicher gefördert werden soll, um gerade ihnen soziale Anerkennung und Selbstachtung zu verschaffen, ihnen die Regeln demokratischen Zusammenlebens - auch in einer sehr pluralen Gesellschaft - zu vermitteln und Ängste vor dem Fremden abzubauen. Die Entwicklung einer eigenen positiven Lebensperspektive, die eigene Reflexionsfähigkeit, Achtung vor Mitmenschen aufzubauen. Wenn ich da Doris Pleikert zitieren kann, die in einer Dokumentation des „Deutschen Jugendinstituts“ und des Bundesfamilienministeriums gesagt hat „wie wichtig es ist, dass individuelle Möglichkeiten und soziale Mobilität Jugendlicher von ihnen selbst innerhalb der bestehenden sozialen Verhältnisse gesehen werden“, dann beweist das, dass das eben wichtig ist, damit eine eigene Identität gefunden werden kann und eine eigene persönliche Entfaltung. Und gerade die nach Orientierung suchenden Kinder und Jugendlichen geraten ja sehr schnell, wenn sie eben keine anderen Angebote haben, in die Nähe rechtsextremistischer Gruppen. Das Ziel ist eben, junge Menschen zu erreichen, auch die, die potentiell Gewalttäter werden könnten, solange sich die rechtsextreme Haltung noch nicht verfestigt hat, denn danach ist es ja immer schwieriger.

Ich denke, wir haben zwar ein großes „Exit-Programm“, aber man müsste sich noch stärker damit beschäftigen - das versucht dieses Programm auch - dass man gar nicht erst Eintritt in diese Szene schafft, bevor man den Austritt auch finanziell sehr stark unterstützt. Wir versuchen mit diesem Programm, Schule und Jugendeinrichtungen als wichtige soziative Instanzen zu fördern und dort auch Projekte anzusiedeln. Insbesondere geht es uns auch um den Austausch mit kulturell, ethnisch und religiös heterogenen Menschen und um die friedliche Bewältigung von Konflikten. Sie kennen wahrscheinlich alle diese Programme, die dann auch an Schulen laufen, wo Eltern und/oder Lehrer beraten werden, wo mit Schülern gewaltfreie Trainings gemacht werden. Es gibt eine große Fülle von bundesweiten, teilweise auch regionalen und lokalen Programmen. Wir hatten ja auch ein Jahr, in dem die Bundesländer Mittel für diese Projekte zur Verfügung gestellt haben - was sie aber nach einem Jahr wieder beendet haben.

Es ist eine große Fülle und sicherlich kann man sagen, es müsste noch sehr viel genauer untersucht werden, ob die anvisierte Zielgruppe eigentlich erreicht wird. Wir haben, wie in all diesen Fällen und ganz besonders stark noch in der politischen Jugendarbeit und der politischen Jugendbildungsarbeit das Problem, dass natürlich häufiger eben die Zielgruppe zu wenig ereicht wird. Dass also mehr Gymnasiasten und Realschüler erreicht werden als Hauptschüler, Berufsschüler, Sonderschüler oder Menschen ohne Schulabschluss.

Das Hauptproblem ist, dass es häufig auf der lokalen Ebene an der Einsicht fehlt, dass dieses Programm überhaupt nötig ist oder es gar zu fördern ist. Das haben wir gemerkt bei all diesen Programmen und auch, als wir uns einiges vor Ort angesehen haben. Wir haben, als wir einige dieser Projekte besucht haben, Kommunen erlebt, da waren diese Erfahrungen besonders stark. Da haben die kommunalen Verantwortlichen, Bürgermeister, Stadträte uns deutlich gesagt, es gebe hier „gar kein Problem“. Sie wollten eigentlich auch gar nicht, dass da weiter drüber gesprochen wird. Es gab Fälle, wo Kommunen nicht wollten, dass der Bundestagspräsident Thierse zu ihnen kommt, weil „er dann wieder so viel über Rechtextremismus sprechen und damit auf das Problem aufmerksam machen würde“. Das war jetzt in Ostdeutschland - ich weiß nicht ob man es pauschalisieren kann. Also, es fehlt tatsächlich in der Tat sehr häufig an dem lokalen politischen Klima, dass man dort etwas tun müsste. Man könnte natürlich an Mittel von „Oben“ kommen. Wenn es aber vor Ort bagatellisiert oder negiert wird, wenn das Problem dort so verleugnet wird, ist es sehr schwierig.

Wir haben aber in der Tat versucht, mit diesen Projekten auch in den Regionen, in denen es eben keine lokale oder kommunalpolitische Initiative gab, Gruppen zu unterstützen. Wenn zum Beispiel an einer Schule sich Schüler zusammengetan haben, weil es ihnen gereicht hat, dass da einige Skinheads den Marktplatz zu einer Zone erklärt haben, die nur sie besuchen dürfen, dann ist es eben auch wichtig, Mittel zu haben, um eine solche Schülergruppe zu unterstützen, wenn es vor Ort sonst keine Möglichkeiten dafür gibt. Und es ist sicherlich so, dass es mehrere Landesregierungen, aber auch kommunale Ebenen gibt, wo die Einsicht nicht besonders stark ist, dass man da etwas tun müsste.

Sicherlich arbeiten viele von ihnen in einer aktiv aufsuchenden Form der Jugendarbeit, um besonders gefährdete Jugendliche zu erreichen. Hier ist es so, dass ein kleiner Teil auch aus diesen Projekten gefördert wird. Aber der Hauptansatz liegt eben auf der Stärkung des demokratischen Engagements der interkulturellen Projekte. Ich will dazu kurz ein paar Zahlen nennen.

Jetzt also der dritte Bereich, jetzt zu den Erfahrungen aus den Programmen, zu denen ich etwas sagen wollte:
Wir haben einmal ausgewertet, in welchen Programmen es dort solche Projekte gab. Im Programm CIVITAS - das ist das Programm für die neuen Bundesländer - gibt es auch Leitlinien, dass eben auch die Sozialarbeit in rechten Umfeldern gefördert werden soll. In der Ministeriumssprache heißt das dann: „zur Dekomposition der kulturellen Hegemonie von Rechtsextremen“. Das Wort „Dekomposition“ habe ich in diesem Zusammenhang auch neu gelernt. Es ist so, dass im Jahr 2001 77 von 317 Projekten zu diesem Thema gefördert wurden. Im Jahre 2002 wurde auch noch einmal extra ein Förderschwerpunkt „Sozialarbeit im rechten Umfeld“ aufgenommen und der Prozentansatz war in etwa so ähnlich. Etwa 10-11% der Mittel gingen also in diese Bereiche. Der Hauptteil ging in die interkulturelle Jugendarbeit, etwas über 40%. Projekte der offenen Jugendarbeit lagen bei etwas über 15%, Medien, Kultur, Kunst knapp bei 25%. Im Bereich ENTIMON - das ist dann das Projekt, das bundesweit eingesetzt wird - ist es eher eine sehr geringe Zahl. Im Jahr 2002 waren es 9 Projekte, die speziell zu diesem Thema „rechtsextreme Jugendliche und Sozialarbeit in diesem Bereich“ gefördert wurden.

Zu den Erfahrungen: Es ist jetzt noch sehr schwierig, das auszuwerten. Es gibt ein Projekt des „Deutschen Jugendinstitutes“, das daran gearbeitet hat, diese ersten Erfahrungen auszuwerten. Wie gesagt, die rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen waren nicht die erste Zielgruppe, sondern eben die präventiven Ansätze zur Stärkung demokratischer Jugendkulturen. Es kommt sicherlich daher, dass das, was einmal als „akzeptierende Jugendarbeit“ bezeichnet wurde, sehr stark diskreditiert worden war nach einigen Fällen, in denen es einige kleinere Skandale gab. Und ich erwarte mir auch von dieser heutigen Tagung, dass es vielleicht ein paar interessante Anregungen gibt, wie gerade in diesem Bereich neue Ansätze gefunden werden können. In der gesamten Landschaft der Projektträger gibt es sicherlich noch nicht die allgemeingültige Antwort darauf, wie man mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen arbeiten soll. Insofern bin ich, wie gesagt, sehr gespannt auf das, was sie da einbringen. Das „Deutsche Jugendinstitut“ hat Interviews mit Pädagoginnen und Pädagogen gemacht, die diese Projekte gemacht haben und die mit Jugendlichen gearbeitet haben. Darin wurde sehr deutlich, dass es eben immer noch eine große Hilflosigkeit im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen gibt. Man weiß natürlich, dass sie mit den Konzepten der klassischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden können. Seminarformen anzubieten, ist also wahrscheinlich nicht so der Renner.

Es bedarf eben niedrigschwelliger Angebote und es bedarf auch, nach dieser Auswertung, einer intensiveren Kooperation zwischen schulischen und außerschulischen Maßnahmen und eben einer stärkeren Einstellung auf die Bedürfnisse in der Praxis.

Sie alle werden sicherlich viel besser davon erzählen können, dass es auch immer das Problem gibt, dass die pädagogischen Projekte, die speziell rechtsextreme Jugendliche als Zielgruppe haben, große Probleme haben im Umfeld. Wie werden sie akzeptiert oder wie werden sie sozusagen auch in der Nachbarschaft aufgenommen? Sicherlich bedarf es einer großen Menge an intensiver Arbeit vor Ort, um da Akzeptanz zu gewinnen.

Wir bräuchten sicherlich für die Weiterführung dieser Programme und auch für die Frage, ob man da einen weiteren Schwerpunkt setzt, Kriterien für die Qualität oder den Erfolg dieser Arbeit, damit man sie besser beurteilen kann. Und es wäre sicherlich auch notwendig, die unterschiedlichen Praxiserfahrungen systematischer zu dokumentieren und zu evaluieren. Und vielleicht kann ja diese Tagung dazu einen Anfang bieten. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen, ich weiß, dass Sie da, wie heißt das so schön: „in der harten Arbeit an der Basis vor Ort“ einen sehr wichtigen Teil der Arbeit leisten. Dafür will ich mich auch sehr herzlich bedanken und will mit meiner Hauptthese schließen, nämlich: „Rechtsextremismus ist kein Konjunkturthema!“. Wir dürfen die Augen davor nicht verschließen. Wir sind fest gewillt, das, was wir von politischer Seite tun können - das heißt, auch Projekte zu fördern und das Thema dadurch immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen - auch zu tun. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass das immer wieder in jedem Jahr eine neue Auseinandersetzung über die Notwendigkeit ist, die dann eben auch im politischen Diskurs geführt werden muss. Vielen Dank.

Freie Universität Berlin, Ihnestraße 21, 14195 Berlin
Lehrstuhl Politik und Kultur, Prof. Dr. Hajo Funke

Fachbereich Politik- und
Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Ihnestraße 22
D-14195 Berlin

Telefon +49 (0) 30-838 - 54625
Fax +49 (0) 30-838 - 52101
Mobil +49 (0) 172 30 40 646
hfunke@zedat.fu-berlin.de

Berlin, 11. Januar 2005

„Zwischen ideologischer Konfrontation und demokratisch-sozialer Anerkennung“ von Prof. Dr. Hajo Funke / Freie Universität Berlin

Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen
– Auch ein Beitrag zum Verhältnis von Autoritarismus und Demokratie
Zur Konferenz: Neue Wege im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Januar 2004

Während 2002 insgesamt 52 Gewaltdelikte in Berlin registriert wurden, sind es in den ersten sechs Monaten 2003 bereits 41 gewesen. Die Zahl aller rechten Taten ist nur leicht gestiegen. Im ersten Halbjahr zählte die Polizei 494 Delikte, das ist wenig mehr als die Hälfte der 948 rechten Straftaten im Jahr 2002. So Innensenator Körting nach Frank Jansen im Tagesspiegel vom 4. Dezember 2003.
Auffallend ist allerdings eine örtliche Verschiebung: 34 Prozent der rechten Gewaltdelikte sind in Neukölln und Treptow/Köpenick festgestellt worden. 2002 lag dagegen Marzahn/Hellersdorf an der Spitze. Vor allem in Rudow sei eine rechtsextreme Gruppe in Erscheinung getreten, es habe sich eine neue Kameradschaft gebildet, die „Berliner Alternative Süd-Ost“, und in Pankow die Kameradschaft „Autonome Nationalisten Berlin“, während die rechtsextremen Parteien DVU und Republikaner schwächer seien. Auch die NPD stagnierte bei 240 Mitgliedern. Insgesamt beziffert Körting das rechtsextreme Potential in Berlin auf 2500 Personen.
(Insgesamt werden den Neonazis und den subkulturellen rechtsextremen Milieus, wie es heißt, 500 beziehungsweise 575 Personen zugerechnet.)

In der vom Verfassungsschutz vorgelegten Studie rechtsextremistische Skinheads wird beschrieben, dass 80 Prozent der rechtsextremistischen Skinheads in Berlin im Osten der Stadt wohnen und besonders Marzahn und Pankow betroffen sind. (Zwei Drittel sind in der ehemaligen DDR geboren, 71 Prozent sind männlich, die meisten sind zwischen 19 und 27 Jahre alt.)
(Parallel - so in der gleichen Ausgabe des Tagesspiegel - hat man allein im Polizeipräsidium Potsdam vierzig rechte Gewalttaten registriert bis Ende Oktober, leicht (drei) mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; ebenso habe das Präsidium Frankfurt/Oder eine geringfügige Zunahme der Gewalttaten festgestellt.)
Kurzum: Das rechtsextreme gewalttätige und neonazistische Potential schwindet nicht, sondern etabliert sich je neu und zeigt sich auch in verstärkten Aktivitäten, auch Gewaltaktivitäten und einer beträchtlichen Attraktion gerade für sehr Junge.

Dies scheint das Resultat mehrerer beunruhigender Prozesse:

(1) Was seit jüngstem beobachtet wird, ist eine verstärkte Kader-Vernetzung und die Erhöhung des Attraktionspotentials sowohl der Neonazis wie der Skinheads unter Jugendlichen ab 11 beziehungsweise 12 Jahren. Für den Bereich der Neonazis zeichnet sich nach dem Verfassungsschutz ein deutlicher Zulauf ab. Ein Grund dafür könnten die zunehmenden Aktivitäten der Berliner Kameradschaften sein, durch Aktivitäten der bereits bekannten Kameradschaft in Berlin und der autonomen „Nationalisten Berlin“ sowie neuerdings durch die „Kameradschaft Reinickendorf“ und die „Berliner Alternative Süd Ost“.

(2) Wir haben ein hohes Potential an Jugendlichen , die fremdenfeindlich orientiert sind oder sich gerade fremdenfeindlich orientieren und sich zum Teil immer noch als Avantgarde des elterlichen Milieus sehen, sich auf der anderen Seite auch durch die Jugendszene selbst organisieren.

(3) Sie sind nicht vorstellbar ohne eine viel breitere Resonanz. Nach einer Untersuchung des Otto-Stammer-Zentrums an der Freien Universität Berlin verfügen ein Achtel der Berliner und mehr als ein Fünftel der Brandenburger Bevölkerung über ein rechtsextremes Weltbild. Rechtsextremisten gelten häufig nicht als ideologische Außenseiter. Rechtsextreme Gewalttäter sind oft ein Spiegel der Gesellschaft.
Ihre Fremdenfeindlichkeit folgt einem ganz konkreten Wahn, nach der zwei Prozent Ausländer für 20 Prozent Arbeitslose verantwortlich gemacht werden und die Zahl der Juden von einen großen Anteil der deutschen Bevölkerung auf über das Zehnfache der realen Zahl geschätzt wird und an die 40 Prozent die Macht der Juden in Wirtschaft und Gesellschaft für zu groß halten, 20 Prozent in einem scharfen Antisemitismus befallen sind und ähnlich viele unter Jugendlichen wie Erwachsenen Gewalt gegen Ausländer verständlich finden. Hinzukommt die anhaltende und sich zum Teil verstärkende Attraktion eines radikalen Verschwörungsantisemitismus als gleichsam einer, wenn nicht *der* Kernideologie des Rechtsextremismus und des Neonazismus.

(4) Die sozioökonomische Perspektivlosigkeit für erhebliche Teile nicht nur der Berliner, sondern auch der ostdeutschen Jugendlichen ist zwar nicht ursächlich für Art und Ausmaß fremdenfeindlicher Orientierungen, aber ohne eine solche Schieflage wäre der gesellschaftliche Boden für solche Ideologie weit schwächer. Auch aus Untersuchungen von Sturzbecher geht hervor, dass sich mit und nach den Erfahrungen der sozioökonomischen Erschütterungen Anfang der 90er Jahre die korrespondierende Ideologie eines auch gewaltbereiten Sozialdarwinismus ausgebreitet hat.

Hinzu kommt, dass ein Teil der Jugendlichen, die sich in rechtsextrem orientierten Gruppenstrukturen wiederfinden, darin einen sozialen Integrationsersatz erblicken – und eine „Antwort“ auf das juste milieu eines alltäglichen alternativlos erscheinenden Neoliberalismus, der sich als ebenso alternativloser Sparzwang breit macht, auch wenn dieser nach allen Kriterien sozialer Gerechtigkeit in Demokratietheorien nicht Bestand hätte.

Diese Daten machen klar, dass das Problem trotz erheblicher Anstrengungen nicht hat angemessen eingedämmt werden können. Vielmehr scheint es so, als würden jeweils neue rechtsextreme Formationen ihr Umfeld finden und sich etablieren können.

Wir haben uns zu fragen, ob die bisherigen Maßnahmen und Strategien ausreichend konkret sich auf diese Konstellation beziehen. Ich glaube nein. Ich rede allerdings damit nicht einer alternativen Strategie das Wort. Im Gegenteil:

(1) Nach wie vor bleibt es die größte Verantwortung der Gesellschaft, dass sie die mentale und Gewaltbedrohung durch rechtsextreme Strukturen abwehrt. Aus der Perspektive der Opfer, aus der Perspektive des Leids durch Gewalttaten ergibt sich als vorrangige Pflicht der Schutz der Gefährdeten, insbesondere der Ausländer, als Kernaufgabe des freiheitlichen Rechtsstaats. Als dieser Aufgabe nur unzureichend nachgegangen wurde, war es legitim, gleichsam als Ersatzvornahme, bedrohte Flüchtlingsheime selbst zu verteidigen.

(2) Aus dieser Perspektive heraus die demokratischen Kräfte zu verstärken und insbesondere eine Öffentlichkeit herzustellen, wo in Gemeinden und Städte gerade jene Gefährdung von potentiellen Opfern beschwiegen wurde oder wird, und hierüber die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu mobilisieren sind Kernaufgaben gerade dort, wo die etablierten Strukturen der Demokratie nicht genügend wirksam sind. Gleiches gilt für den Anstand der Zuständigen, die Zuwanderungsregelungen nicht für neue Formen eines institutionellen Rassismus zu öffnen und für eine soziale Mindestperspektive aller Jugendlichen in der Region diesseits einer um sich greifenden neoliberalen Alltagsideologie.

(3) Wofür ich im folgenden einige Argumente anbieten möchte, ist, mehr als bisher mit rechtsextremen Jugendlichen selbst politisch zu arbeiten und sie in aufsuchender, gar nicht akzeptierender Jugendarbeit durch qualifiziertes Personal in einer Mischung von Konfrontation mit ihrem ideologischen Unsinn und der Anerkennung ihrer oft in die Latenz unterdrückten demokratischen, humanen und sozialen Perspektiven zu verändern. Offenkundig werden in Aussteigerperspektiven, über die wir etwa aus der Erfahrung von „Exit“ wissen, verschüttete Potentiale reaktiviert, verschüttet etwa durch Erfahrungen der Beschädigung in der Familie oder der Schule oder der Freizeiteinrichtung.

Familiale und soziale Umbruchserfahrungen. Gesellschaft und fremdenfeindliche Gewalt.

Wie sich familiale Probleme, gesellschaftliche Umbruchserfahrungen und rechte Gewalt auf einander beziehen, ist bisher wenig erforscht. Zwar gibt es Studien zur Gruppendynamik jugendlicher Gewaltgruppen (Sturzbecher 1994), die auf unterschiedliche Funktionen im Gewaltverhalten von Gruppen aufmerksam machen und zwischen den sozial Deklassierten, den um Solidarität bemühten Kumpels in der Jugendclique und den eher ideologisch Anführenden unterscheiden. Studien von Dietmar Sturzbecher weisen darüber hinaus darauf hin, dass ökonomische Belastungen und situativer Stress in den Familien in der Regel die elterliche Bereitschaft mindern, „auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen". Der nicht selten damit verbundene Anstieg abweisenden und restriktiven Elternverhaltens führt zu einer Zunahme von provokantem und gewalttätigem Verhalten vor allem bei adoleszenten Jungen.

Außerdem werden Jugendliche, deren Eltern an sozialem Status verlieren, abhängiger von den Gruppennormen Gleichaltriger; sie versuchen, über nonkonformistisches Verhalten und den Besitz von Statussymbolen die familialen Statusverluste zu kompensieren (vgl. Sturzbecher 1998, S. 20). Anhand seiner Studie zur Jugend in ländlichen Regionen (1997) in Brandenburg weist er auf die Bedeutung sozialer und Arbeitsmarktkrisen in den Familien der Eltern hin: Nur eine Minderheit hat keine instabile Berufssituation und blickt auf eine familiale Situation ohne finanzielle Krisen zurück. „Brandenburgische Jugendliche beklagen deutlich häufiger, dass ihre Eltern nicht da seien, wenn man sie braucht und sich um sie kümmern würden" (ebd, S. 21).
Allerdings kamen häufig als Verstärker Erfahrungen gesellschaftlicher Entwertung an Schulen und unter Gleichaltrigen hinzu, die sich vielfach in der Adoleszenz zum Risiko bündeln, nur noch Männlichkeitswahn, Gewaltlust und eine Härte, die zurückhasst und die Zerstörung will, zu bleiben scheint, sich in Wut und Wahnvorstellungen vom gefährlichen Feind niederschlägt und ein eigenes von den anderen Aspekten der Persönlichkeit getrenntes abgespaltenes Eigenleben - vielfach durch Alkohol gefördert – führt und sich im Zweifel unter Neonazis in den Wahnvorstellungen von Reinheit und Rasse, und im Glauben an die hierarchische Männerelite nach Art der SS niederschlägt.
Angebote solcher Cliquen bieten Raum für Gewaltbereitschaft, unterlegen sie rassistisch und scheinen sie dadurch legitim zu machen. Trotz dieser vermeintlichen Perspektive bleiben die Versprechen, wie die Daten auch der Aussteiger zeigen, in der Regel uneingelöst, werden vielmehr überlagert von den Erfahrungen der Konkurrenz, Kälte in diesen Gruppen. Die Erfahrung in diesen Gruppen führt zum geraden Gegenteil dessen, was sich die Einzelnen einst von diesen Gruppen versprochen haben: zu Einsamkeit, Isolierung, Angst vor der Kälte und Gefahr.
Und anders als in denen Zeiten faschistischer Massenbewegungen bieten charismatische Führerpersönlichkeiten keinen Ausweg, wenn sie nicht die gesamte Gesellschaft in diesen gefährlichen Rausch treiben können. Es sind daher abgebrochene Risikoerfahrungen, die mit der Zeit als solche auch wahrgenommen werden
Damit werden die Wünsche und Perspektive, die sie immerhin latent weiter haben, nicht nur nicht befriedigt, sondern innerhalb der Cliquen in zentraler Weise frustriert und enttäuscht. Darüber helfen auch Alkoholräusche und mehr oder weniger gelegentliche Gewalträusche nicht hinweg. Und offenkundig auch nicht die Art und Weise der Ideologisierung dieser Gruppen, zusammen mit dem äußeren Druck durch Polizei, Gericht und Haft und den vielfach sich massiv geltend machenden Wünschen nach einer Alternative, nach Arbeit und Ausbildung und persönlichen Beziehungen.

Zum Zusammenhang von autoritärer Gesellschaft und demokratischer Sozialisation.

Gesamtgesellschaftliche Umbruchprozesse und soziale Erschütterungen, wie sie beispielsweise mit der ökonomisch-sozialen Zuordnung Ostdeutschlands an die Bundesrepublik Deutschland nachgewiesenermaßen verbunden waren, haben nicht nur Wirkungen auf die Wahrnehmung des Angebots an demokratische Institutionen und Praktiken, sondern auch und zwar negative auf die demokratischen Partizipationschancen, die Einzelne wie die Gruppen mit den gesellschaftlichen Veränderungen verbinden. Sturzbecher hat etwa nachgewiesen, wie sich diese Erschütterungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Enttäuschungen in vermehrten Konflikten innerhalb der Familie und erhöhten Spannungen unter Kindern und Jugendlichen niedergeschlagen haben. Dies hat in einer Vielzahl von Fällen zu Formen gelernter Hilflosigkeit beigetragen, wie sie als eine der ersten Soziologinnen Marie Jahoda für die Weltwirtschaftskrise an einem Industrieort in Österreich in ihrer Studie zu den Arbeitslosen von Marienthal nachgewiesen hat. In der Regel sind Nachsozialisierungsversuche durch die Grenzen entsprechender Institutionen überfordert. Gleichwohl erscheinen sie notwendig, um wenigstens ein Mindestmaß an sozialer Integration und Partizipation decken zu können. Dies gilt etwa für Kindertagesstätten und für die Elternarbeit und vor allem für Schule, Ausbildung und betriebliche Perspektiven. Am Beispiel der Schulorganisation haben Edelstein und andere auf die große Bedeutung der Schule als demokratischem Lernort hingewiesen:
Durch eine innere Umorganisierung der Schule selbst, eine grundlegende Reform, muss Lernen erfahrungsgeleitet und verständnisintensiv und daher sinnerfüllt sein (vgl. Wolfgang Edelstein). Es muss soziales Lernen sein, Lernen in Projekten, die von Schülern verantwortlich mitgeplant, in eigener Verantwortung durchgeführt und individuell und in der Gruppe anerkannt werden. „Verantwortung, Selbstwirksamkeit und Anerkennung sind Elemente einer demütigungsfreien Pädagogik.“ (ebd.) In diesem Prozess sind Kooperation und Anerkennung individueller und der Leistung Anderer Voraussetzung gegenseitigen Respekts und schließen die Erfahrung der Perspektivenübernahme und damit Prozesse der Entstehung moralischer Anerkennung ein. Anerkennung ist psychosozial gesehen ohne Selbstanerkennung, ohne Selbstwerterfahrung undenkbar. Nur so kann das Nichtbekannte, Fremde, bisher Unheimliche, gar Traumatische in einem Prozess innerer Auseinandersetzung mit anerkannt und dadurch verändert werden. So kann auch der Andere, der bisher Fremde und das eigene Fremde und Gefährliche repräsentierende entspannter in seiner Differenz, seinen Gefühlen, Interessen und Erfahrungen schließlich mitanerkannt werden. Dieser Prozess der Perspektivenübernahme mag Gewalttätigkeit und Fremdenhass mindern helfen.
Um welche Erfahrungsdimensionen es sich handelt, hat neuerdings die Psychologin Jessica Benjamin gültig rekonstruiert und damit anthropologische Grundlagen ausgemacht, ohne die die Entfaltung des Individuums schwer denkbar ist. Jessica Benjamin konnte nachweisen, dass - anders als es in der traditionellen Freudschen Analysetradition formuliert worden ist - es sich schon in der frühen Bildung des Individuums, seines Selbst oder seines Ichs weniger um Identifizierung, als um Intersubjektivität, um die Beziehung zwischen zwei Persönlichkeiten – in der Regel der erwachsenen mütterlichen Bezugsperson einerseits und dem Kind andererseits handelt. Im Spiel von Anerkennung und Grenzziehung – getragen von kontinuierlicher Zuwendung – sieht sich der andere von selbst als ein Subjekt (mit eigenem Willen und Wünschen) anerkannt. In diesem von Zuwendung getragenem Spiel kann die junge Person, das kleine Kind, sowohl die eigene Subjektivität und die Anwesenheit des Anderen ganz erfahren. Der Psychologie der Beziehung geht es darum, diese Tatsache zu beschreiben und zu erklären. Sie greift dabei auf die Erfahrungen von Stern u.a. zurück, die beobachtet haben, dass schon das 8-9 Monate alte Kind zu affektiver Einstimmung auf andere fähig wird. Es beginnt zu entdecken, dass es noch anderes Bewusstsein außerhalb des eigenen Selbst gibt.

Es beginnt damit eine Phase, in der die Möglichkeit erfahren wird, die innere Welt mit Anderen zu teilen. Das Kind lernt herauszufinden, was die elterliche Person fühlt, etwa, wenn es ein neues Spielzeug entdeckt hat und die Elternperson dann demonstriert, dass sie sich darauf einstimmt und so in einem Wechsel von Bindung und partieller Loslösung den Spielraum des Kindes zur Erfahrung von sich, den Dingen und den Anderen erweitert. Es ist diese grundlegende, basale Interaktion, die in der einen oder anderen Form sicher zunächst begrenzt, doch mit jedem jungen Menschen dann stattfindet, wenn dieser junge Mensch nicht schwer geschädigt ist. In diesem Sinne handelt es sich um eine nicht reduzierbare allgemeine anthropologische Beobachtung, ohne die wenigstens als minimaler Bestand ein Individuum sich nicht als soziales Wesen entfalten kann.
Die Sozialisationsforschung hat nachgewiesen, inwiefern Gewissen und Moralentwicklung notwendig mit einem solchen nicht geschwächten Ich verbunden ist und in diesem Prozess wie selbstverständlich das Gewissen „die Stimme das anderen in einem Selbst“ wird (Gertrud Hardtmann).
Solche Befähigung zur Wahrnehmung des Anderen schließt der Struktur nach die selbstverständliche Empathie mit dem Fremden, Anderen ein; auch der braucht nicht unheimlich und ängstigend zu sein, wenn die Grundlagenerfahrung der basalen Interaktion der kleinen Person von traumatischer, psychischer oder realer Gewalt freigeblieben ist oder zeitnah solche Erfahrungen gelungen bearbeitet worden sind (vgl. auch die Elternbriefe des Arbeitskreises Neue Erziehung dazu).
Christel Hopf hat die Bedeutung dieser Ich-Entwicklung mit Hilfe der Beziehungs- und Bindungsforschung an rechtsorientierten Jugendlichen nachgewiesen: Kontinuierliche affektive Zuneigung und Erfahrungen des Haltens einer autonomen sicheren Bindung stärken die Entwicklungsprozesse zu einem autonomen Ich – und damit zu nicht rechtsextremen, nicht aggressiv-destruktiven Orientierungen. Demgegenüber, so Christel Hopf, besteht die Gefahr der Fehlentwicklung, wenn es zu abweisenden oder aggressiv-verstrickenden Bindungserfahrungen kommt. Eine in diesem Sinn destruktive Erfahrung dürfte dann noch näher liegen, wenn sie auch durch negative Ergänzungserfahrungen in Schule und Umwelt verschärft wird. Die Theorien von Jessica Benjamin und Christel Hopf bieten Erkenntnisse dafür, dass die Entfaltung des Individuums, sein Befähigung zu sozialer Empathie und zur Moralentwicklung integriert analysiert werden können. Ihre Analyseergebnisse verweisen darauf, dass die Moralvorstellungen den konkreten und generellen Anderen in eine vernünftige Ich-Entwicklung integrieren können.
Das von Jessica Benjamin gekennzeichnete Spiel der Anerkennung und Grenzziehung in einer gelungenen Erziehung eröffnet Chancen der Achtung und des Respekts – Chancen, die allerdings nicht ohne gesellschaftliche Rahmenbedingungen umgesetzt werden können. Zu ihnen zählen die öffentliche politische Durchsetzung eines liberaler Erziehungsstils, entsprechende normative Grundlagen in freiheitlichen Gesellschaften sowie Mindestformen sozialer Integration, ohne die die individuellen Entfaltungschancen schnell begrenzt und zerstört werden können.
Der Sozialisation entnommenen anthropologischen Grundkonstanten lassen sich philosophisch-religiöse Traditionen der Achtung, der Menschenwürde und der Achtung des Fremden ebenso anschließen wie Reflektionen aus der modernen Menschenrechtstradition. Der Philosoph Margalit spricht vom Recht, vor Demütigung und Missachtung bewahrt zu werden (ebenso wie vor Folter) und dem Recht auf das Prinzip der Achtung, des Anstandes, der Würde. Dies ist gerade keine Frage von Gnade – sondern des Rechts auf das Recht (Hegel) der Selbst- und Fremdanerkennung – zu der Güte, Humanität und Gewissen hinzutreten können, ebenso Tradition und Überzeugung aus jüdischen bzw. christlichen oder muslimischen Offenbarungs- und Grundgehalten der jeweiligen Traditionen – die indes das Recht aufs Recht nicht ersetzen dürfen.

Eine Revolution wäre es, wenn es in diesem Prozess der Selbstreform der Schule zu demokratischen Schulgemeinden kommt, also zu einer umfassenden Teilhabe der Schüler an der Organisation der Schule, realer Selbst- und Mitbestimmung. Aber eine solche Partizipation an Gemeinwesen und die daraus resultierende Bindung an Gemeinde und zivile Aushandlungsprozesse (Rawls) ist gebunden an die Erfahrbarkeit der demokratischen und partizipatorischen Kompetenz der Gemeinde selbst, also an sie umgebender sozialer Demokratie. Dann, um noch einmal Wolfgang Edelstein zu zitieren, besteht die Chance, jenen anderen Cliquen, deren Kick aus rassistischer Gewalt kommt, das „Wasser abzugraben".

Nachsozialisierung verschütteter Potentiale ?

Christel Hopf hat an westdeutschen Jugendlichen, die rechtsextrem orientiert sind, nachgewiesen, dass Erfahrungen der Demütigung und sozialer Beschädigung für nach außen auf schwächere verschobenen Aggressionen für viele von zentraler Bedeutung sind.
Christel Hopf (1995) hatte zusammen mit anderen eine Untersuchung zur Bedeutung von Kindheit und aktuellen Erfahrungen bei westdeutschen männlichen Jugendlichen durchgeführt. Sie kann zeigen, dass Erfahrungen der mangelnden Zuwendung und Nichtbeachtung zur Orientierung an rechtsextremen Haltungen beitragen können. Negative Bindungserfahrungen begünstigen, wenn andere Faktoren hinzutreten, rechtsextremes Handeln. Das heißt natürlich nicht, dass nicht auch andere gravierende gesellschaftliche Erfahrungen – wie die wiederholte Erfahrung des Betrogenwerdens durch Gesellschaft und Politik - so belastend wirken können, dass die Zuflucht in die Scheinwelt des rechtsextremen Lebensstils gesucht wird. Christel Hopfs Frage lautet genauer, warum Jugendliche unter gleichen äußeren sozialen Bedingungen unterschiedlich im Hinblick auf ihre politische Orientierung reagieren. Sie konzentriert sich auf die Frage nach Unterschieden in der Sozialisation, dem Aufwachsen in der Kindheit. Fünfundzwanzig junge Männer zwischen siebzehn und fünfundzwanzig mit mittlerem Schulabschluss im metallverarbeitenden Gewerbe wurden in intensiven Interviews befragt – und zwar vor allem nach der Art und Weise, wie Eltern und andere erwachsene Bezugspersonen mit ihnen als Kindern umgingen. Die Untersuchergruppe wollte herausfinden, ob und wie es zu einer inneren Anerkennung elementarer moralischer Normen gekommen ist, also dazu, die Stimme des anderen als Gewissen in sich selbst anzuerkennen und zu empfinden. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, dass eine solche positive Normentwicklung entscheidend davon abhängt, ob den Kindern genügend Zuwendung entgegengebracht wurde, ob sie beachtet wurden und man versucht hat, sie jeweils zu verstehen und zugleich auf Bedürfnisse und Rechte anderer Kinder oder auch erwachsener Bezugspersonen im Gespräch mit ihnen (induktiv) aufmerksam zu machen. Wichtig waren induktive Erziehungspraktiken, also die Argumentation mit der Handlungskonsequenz eigenen Tuns für Andere (statt des „Einbläuens" bestimmter Normen – etwa durch Prügel oder durch Liebesentzug). Die emotionale Qualität der Beziehung zwischen Eltern und Kindern und die dabei vermittelte Sicherheit, die das Kind schon von den ersten Lebensjahren an durch die erwachsene Bezugsperson erfährt, ist von erheblicher Bedeutung für die Selbstwahrnehmung des Kindes, aber auch die Wahrnehmung des Anderen in ihm selbst. Dadurch gelingen Formen der Anerkennung des anderen in einem selbst, also des Gewissens als innere Stimme des Anderen. Es ermöglicht den Kindern, eigene moralische Maßstäbe, unabhängig von äußerem Druck zu entwickeln.
Dagegen berichteten die Jugendlichen der Untersuchergruppe, die Normen besonders wenig verinnerlicht hatten, von Erfahrungen mit körperlichen Strafen und/oder mangelnder Zuwendung. Ebenso gibt es wenig Hinweise auf „induktive" Erziehungspraktiken.

Die „hat sich über mich halb totgelacht". Autoritäre Aggression

Ich will dies am Beispiel des interviewten Thomas erläutern:
Seine Eltern waren ihm gegenüber in seiner Kindheit nicht sehr liebevoll: Sie ließen ihn viel allein und standen in schwierigen Situationen, z.B. wenn er krank war, nicht zur Verfügung. Sein Vater war besonders wenig ansprechbar, aber auch die Mutter ließ ihn viel allein und reagierte, wenn Thomas emotionale Unterstützung hätte gebrauchen können, auch unüberlegt und lieblos. Beispielsweise erzählt Thomas im Interview von einer Begebenheit während seiner Kindergartenzeit. Ein anderes Kind schlug ihn mit einer Schaufel, Thomas brach sich dabei das Nasenbein. Er habe gebrüllt „wie am Spieß", wie „abgestochen", wurde ins Krankenhaus gebracht und bekam einen Gipsverband. Die Mutter besuchte ihn im Krankenhaus. Thomas berichtet. „Die hat sich dann halb totgelacht, als sie mich dann gesehen hat." (Gelacht?). „Ja wirklich. Ich sah ihr dann zu witzig aus. Ich habe dann nur noch gelacht." Thomas' Eltern waren (Christel Hopf 1995: S. 100) nicht allein wenig unterstützend und wenig einfühlsam, sondern ihrem Sohn gegenüber aggressiv und gewalttätig. Er wurde häufig geschlagen. Als unmittelbare Anlässe schildert er vor allem Situationen, in denen er ihren Befehlen und Wünschen nicht folgte und „Widerworte" gab. Seine Eltern schlugen ihn aber auch, wenn er andere Kinder prügelte. Sie waren dabei hart. Die Mutter schlug ihn mit dem Kochlöffel oder mit dem Teppichklopfer. Der Vater mit der Hand, „was aber auch nicht weniger weh tat." Die Eltern von Thomas orientierten sich in ihren Erziehungsmaßnahmen eher an Techniken der Machtbehauptung und an körperlichen Strafen.
Christel Hopf fügt hinzu, dass auch andere Jugendliche, die zu autoritärer Aggression tendierten, in den Interviews über vergleichbare Konstellationen berichteten: Erfahrung mit relativ geringer emotionaler Zuwendung – nicht notwendig mit körperlichen Strafen – und Erfahrung mit der Tolerierung ihrer Aggressivität durch die Eltern.
Es sind nun diese Kinder, die als Jugendliche sowohl zu autoritärer Aggression neigen wie auch einen geringen Grad an Verinnerlichung sozialer Normen aufweisen und über wenig Verständnis für Andere, über wenig Empathie verfügen. Die Konsequenz der Studie ist, dass die Beziehungserfahrungen in der Familie und die Frage nach der subjektiven Bedeutung dieser Beziehungserfahrungen auf keinen Fall vernachlässigt werden dürfen, wenn es um die Interpretation von Autoritarismus und Rechtsextremismus geht (vgl. Christel Hopf 1995:104).
Wiederum am Beispiel von Thomas lässt sich dies sehr deutlich illustrieren. Nicht nur, dass er relativ stolz davon berichtet, wie er schon als Kind an Gewalttätigkeiten und verschiedensten Prügeleien beteiligt war und im Kindergarten durch aggressives Verhalten wie Schlagen und Ärgern anderer Kinder und das Zerstören von Mobiliar auffiel. Prügeleien bleiben für ihn wichtig. „Wenn z.B. irgendwo eine Schlägerei ist und... man haut dem anderen richtig welche in 'ne Fresse und kriegt kaum was ab, dann gehört man schon mal nicht mehr zu den ganz Kleinen." Er hält es im Sinne eines Sozialdarwinismus für gut und normal, wenn sich in Auseinandersetzungen der (körperlich) Stärkere durchsetzt. Seither drangsaliert er Menschen, die er nicht mag, oder inszeniert ihnen gegenüber Prügeleien. Gewalttätige Handlungen sind für ihn emotional wichtig. (ebd. 40 ff.) Er demonstriert, dass er zu den „Unterdrückern" gehört. Anders als der typische autoritäre Radfahrer, der gegenüber Vorgesetzen sich unterordnet und gegenüber Schwächeren draufhaut, ist der hier beschriebene Typ des aggressiv-autoritären stärker darauf konzentriert, im Sinne eines gesellschaftlich verbreiteten Sozialdarwinismus und der gesellschaftlichen Belohnung von Stärke und Durchsetzungsfähigkeit eben dies mit den Mitteln gewalttätigen Handelns zu demonstrieren.

Gesteigert findet sich die autoritäre Aggression in den Aussagen von Volker, der beschreibt, wie er mit Leuten umgeht, die er nicht mag. Er habe in einer Disco mit zwei Freunden einen anderen Jugendlichen beim Tanzen getreten und „immer umgekickt und so, weil er eben voll dämlich war." Er finde ihn „eklig", er sehe „dämlich aus" und rede „nur Mist". (Hopf 1995:70) Bei ihm ist die autoritäre Aggression besonders ausgeprägt. Sie wird geradezu beliebig gegenüber denen ausgeführt, die man zu Schwachen erklärt oder die schwach erscheinen. Mit körperlicher Gewalt reagiert er auf diejenigen, die von seinem Standard an Erwartungen abweichen, deren Art zu reden, zu gehen, sich anzugleichen oder zu tanzen er nicht mag. Er ist dem Opfer gegenüber zusammen mit seinen Freunden zugleich in einer Situation der Überlegenheit. Er kann auf die Schwächeren ohne Risiko einschlagen. Er hat Freude an ihrem Elend. Ein Jugendlicher, der Gegenstand seiner Attacken wurde, landete zuletzt in einer Pfütze. „Und da waren die alle ja voll am Kaputtlachen". Wenn der Unterlegene defensiv reagiert, wächst noch die Verachtung, die ihn womöglich zu erneuten Attacken provoziert (ebd.) – ein sadistisches Verhalten.
Die hier genannten Autoritär-Aggressiven führen im Grunde nur aus, was sie selbst an Frustrationen, vor allem an Liebesentzug, autoritärer Strafe und Aggression, an Ohnmachtserfahrung erlebt haben: Sie reproduzieren jene Ohnmacht, an der sie selbst gelitten haben und von deren Erfahrungszusammenhang sie sich nicht haben befreien können.
So unerträglich es nach wie vor für sie ist, wie Eltern mit ihnen umgegangen sind, tendieren sie vielfach dazu, diese noch zu verklären und sie in der Darstellung ihrer Eigenheiten noch zu idealisieren. So verschieben sie die in der Eltern-Kind-Beziehung unterdrückten Aggressionen auf andere Menschen und Gruppen, die sie im Vergleich zu den eigenen Eltern leichter und mit geringerem Risiko („feige") attackieren können. Diese Aggression ist auch insofern autoritär, als sie sich nicht traut, die Autoritäten der eigenen Gruppe, der eigenen Familie anzugehen und Konflikte zu riskieren. Das Böse wird viel mehr aus der eigenen Gruppe, auch aus der Person selbst nach außen hin verbannt. Gerade weil es so unerträglich ist, wahrnehmen zu sollen, dass die eigenen Eltern diese „bösen" Taten an ihnen vornahmen, werden die bösen Erfahrungen gleichsam abgespalten und nach außen verschoben. Ein falsch idealisiertes Elternpaar bleibt zurück – um so aggressiver, weil verschoben, müssen die Aggressionen an dem vermeintlich Bösen ausagiert werden. Idealisierung der eigenen Eltern und Bagatellisierung ihres autoritären Verhaltens sind die Folge.

Verschiebung der Aggression auf „Sündenböcke"

Dies erst erklärt, warum die leicht attackierbaren Ausländer mit solcher Wutentladung bedacht werden: sie sind im Kern nicht gemeint. Die Wut kommt von woanders her. So abgetrennt von den idealisierten eigenen Eltern, der idealisierten eigenen Gruppe werden die Opfer eben außerhalb: in Sündenböcken gesucht. Es sind vornehmlich jene, die der eigenen, längst abgewehrten Erfahrung demütigender Schwäche und Ohnmacht sehr nahe kommen. Die Ausländer scheinen sie an ihre eigene Schwäche und Opferposition zu erinnern. Indem sie sie schlagen, suchen sie diese eigene Erfahrung zu verbannen. Im Akt der allmächtigen Gewalt wiederholen sie am Opfer ihr eigenes Opfersein. Eine entsetzliche Verkettung ohne Lösung, wenn sie an ihrem Gewalthandeln festhalten. Dies erklärt, warum neben den Phasen der Erhebung und des Gewaltrausches zugleich Phasen tiefer Depression nach oder vor Gewalthandeln auftreten. Deswegen greifen sie zu Alkohol und handeln zumeist in der Gruppe. Es mag auch einen Hinweis dafür bieten, dass neben diesem erhebenden Gewaltrausch zugleich ein tiefer Pessimismus auftaucht.

Gewaltrausch, Drogen, Rituale und Mythen harter Männlichkeit sind mehr oder weniger verzweifelte Versuche, dem zugleich immer wieder erkannten und wahrgenommenen tristen Alltag zu entgehen. Im ethnozentrischen, rechtsextremen Mythos vom großen Deutschland und den abzuwertenden Feinden lässt sich eindeutig Freund und Feind definieren und damit jene scheinbare Sicherheit „deutscher Zugehörigkeit", die die extrem verunsicherten Jugendlichen „brauchen", um Wut und Hass überhaupt kanalisieren und ihre Aggression ungehemmt ausleben zu können. Nur das Gefühl, man sei im Krieg mit den anderen, erlaubt ja die wahnhafte Idee, nur in der gewaltsamen Bekämpfung des anderen überleben zu können – ohne doch die Erfahrung machen zu können, dass dies auf Dauer irgend etwas löst.

Alternative Jugendsozialarbeit

Dies ist auch die Chance der Jugendsozialarbeit oder einer vernünftigen Betreuung und Sozialarbeit in der Schule. Peter Steger hat seine Erfahrungen seiner Jugendsozialarbeit aus Berlin Lichtenberg im „Parlament" vom 20. September 2000 dargelegt. Er zeigt, wie der Sportjugendclub rechten Jugendlichen an ein attraktives Freizeitangebot heranführt und so ein alternatives Angebot zu Langeweile, sinnentleerter Freizeit mit Alkoholmissbrauch und risikoreicher Konfliktsuche bietet. Jugendliche, deren Identitäten dadurch geprägt sind, dass sie gefürchteten werden, weil sie als rechtsradikal gewaltbereit gelten, können ihre Identitäten nur neu definieren, wenn sie Rahmenbedingungen vorfinden, Stärken an sich selbst entdecken und entwickeln, die sie vorher gar nicht kannten. Der Jugendclub in L. bietet Fußballturniere rechter Jugendlicher mit türkischen Jugendlichen an, ebenso Auseinandersetzungen mit der Zeit des Nationalsozialismus. Er konfrontiert rechte Jugendliche, die auf der Suche nach ihren Beweisen sind, mit der Geschichte, mit der anderen Seite des „Friedensfliegers" Heß oder mit den Originalaufnahmen von der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Wie Steger schreibt: Es gab anschließend keinen mehr, der angesichts dort gezeigter Obduktionen von Babyleichen noch der Meinung war, bei den Opfern handele sich um Kriegsgegner und deren Bekämpfung sei im Krieg legitim. Es stimme nicht, dass man mit denen nicht reden kann: die reden über alles. Es ist diese Mischung von Konfrontation mit dem, was sie glauben und persönlicher Zuwendung, als notwendiges Erfordernis, um angesichts schlechter schulischer Ausgangsbedingungen und schwieriger sozialer Verhältnisse erneut Perspektiven für ein Leben danach entwickeln zu können.
Inzwischen, mehr als drei Jahre später, ist die Gruppe 16 bis 19jähriger Jugendlicher, die als rechtsextreme in den Jugendclub gekommen waren, in Ausbildung, teilweise arbeitslos, aber sein größter Teil ohne ihre frühere rechte Orientierung. Aber: es hat drei Jahre gedauert, bis nicht nur die Mitläufer, sondern auch der informelle Kader aus dem rechtsextremen Milieu ausgestiegen ist.
Naturgemäß gibt es für pädagogische und soziale Lernprozesse keinen strikten Kriterienkatalog. Vielmehr handelt es sich um komplexe Interaktionsprozesse, die nicht ohne Konfrontation einerseits und ohne den Umstand auskommen, dass man sich diese Jugendlichen zuwenden und in Lernprozesse verstricken will.

„Exit“

Am Extrem, den Ausstiegsgründen von Aussteigern, wie sie gründlich vom Zentrum Demokratische Kultur dargelegt worden sind, lässt sich exemplarisch zeigen, worum es geht: Es zeigt, dass selbst ideologisierte aktive Kader sich im Denken und Handeln verändern können. Von Bedeutung sind offenkundig innere Reflexionen, so bei Adrian, der anhaltende Druck ebenso wie die Kälte, die durch diese Organisation trotz aller Kameradschaftsangebote sich durchzieht. Zum anderen sind es Prozesse innerer kritischer Verständigung und subjektiver Anerkennung im privaten häufig intimen sozialen Leben.
Die Mehrzahl der Beispiele zeigt, dass dies ein komplexer innerer oft unvorhersehbarer durch Widersprüche, Differenzen und Rückschläge geprägter Prozess ist. Aber offenkundig sind persönliche Beziehungen, die andere Motive als die des rechtsextremen Programms zulassen, von entscheidender Bedeutung. Der Freund, die Freundin, der alternative väterliche Freund. Mit anderen Worten: Prozesse der Anerkennung und demütigungsfreien Kommunikation. Die Re-Politisierung jener Persönlichkeitsanteile, die offenkundig weiter latent existierten und reaktiviert werden können: Motive für ein gelingendes Leben, eine vernünftige Perspektive in Beziehungen, Job und Gesellschaft.

Was ich anhand der Beobachtungen von „Exit“ und der Sozialarbeit von Peter Steger in Lichtenberg vergleichend festhalten lässt, sind mindestens die folgenden Kriterien:

(1) die Bedeutung von Freunden, der Familie - von Motiven, die außerhalb der rechtsextremen, oft auf strikte, oft gewalttätigen Reglements reduzierten Gruppenerfahrung liegen;
(2) der Wunsch, der permanenten Ausnahmesituation in Konflikt mit Gesellschaft und oder Staat zu entgehen und Jobs, Ausbildung oder anderes haben zu wollen;
(3) die Erfahrungen in den rechten Gruppen selbst: die Erfahrung von Verrat und der Unfähigkeit der Gruppen, Kameradschaft als Solidarität zu verstehen und so den eigenen Versprechungen zu widersprechen;
(4) Jugendarbeit ist daher dann geeignet, wenn sie diese Prozesse der Differenzierung und mentaler und eigentlicher Ausstiegsperspektiven im Bewusstsein der Konfrontation mit Ideen rassistischen und rechtsextremen Wahns und der Anerkennung der individuellen und ihrer sozialen Wünsche nach einem Leben diesseits rechtsextremer Gruppen fördert. Die Anerkennung der Person - die persönliche Erfahrung des Vertrauens und der Zuwendung - kann die negative Kette an Erfahrungen von Ausgrenzung und Demütigung unterbrechen: Aber ohne eine solche Anerkennung der Person ist eine Auseinandersetzung, die auch emotional wirksam ist, undenkbar. (Dies sind nicht nur die Erfahrungen des zitierten Jugendsozial-Clubs in L., sondern auch die Erfahrungen der aufsuchenden Sozialarbeit in Johannisthal und Grünau ebenso wie die Sozialarbeit in Haftanstalten.) Diese Orte auszulassen, führt nur dazu, dass andere mit autoritäreren Erfahrungen sich der Jugendlichen bemächtigen wollen und vielfach auch bemächtigen können. Umgekehrt führt rigide Ausgrenzung zur Wiederholung und Bestätigung der lebensgeschichtlichen Erfahrung von Ausgrenzung und Demütigung. Durch Demütigungen fixiert man rechtsorientierte Jugendliche auf das, was ihnen in der Demütigungspraxis zugeschrieben wird. Man legt sie gleichsam auf ihre rechtsextreme Praxis und Ideologie fest. Insofern spielt man das Spiel der Rechtsextremen.

Dies gilt auch für diejenigen, die die aufsuchende Jugendarbeit etwa in Johannisthal und Grünau als Stärkung rechtsextremer Praxis zu kritisieren versuchen. Diese Kritiker sind selbst Teil des Problems und nicht der Lösung. Anders als Krafeld es für seine Ausgangserfahrung, die Arbeit mit Drogenabhängigen in Bremen beschreibt, ist daher zwar die Anerkennung und Formung der in der rechtsextremen Gruppe zurück gedrängten und unterdrückten Persönlichkeitsanteile nach einem vernünftigen sozialen Leben zu fördern, zugleich aber auf einer Haltung und Praxis der Konfrontation mit dem rassistischen Wahn in der mehrjährigen Perspektive einer solchen Arbeit zu bestehen.

(5) Dies schließt ein, keine Gewalt-Vorbereitung oder Ausübung von Gewalt, die ausdrückliche Organisation rechtsextremer Demonstrationen, Rassismus oder vergleichsweisen Zynismus in der Jugendarbeit zuzulassen.

(6) Ohne eine spezifische Analyse der Jugendarbeitssituation und praktischer Konsequenzen können Grenzfälle – etwa die Gefahr der De-facto-Stärkung rechtsextremer Gruppen – nicht angemessen ethisch entschieden werden.
Diejenigen, die die beschriebenen Formen aufsuchender und sozialer integrativer Jugendarbeit als Anpassung kritisieren, tun dies zuweilen, ohne eine zureichende Perspektive von innen auf diese Prozesse entwickelt zu haben. Wer dies als akzeptierende Jugendarbeit abweist, übersieht, um was es im klassischen Fall rechtsextremer akzeptierender Jugendarbeit in Leipzig etwa gegangen war: die Hinnahme und letztlich Stützung rechtsextremer jugendlicher Strukturen. Es wäre Ausdruck von Dogmatismus oder von ideologischer Verblendung, wenn man hiesige Bemühungen aufsuchender Jugendarbeit derart disqualifizieren würde.

Meine Aufforderung geht daher dahin, neben der Opferperspektive und zivilgesellschaftlicher Initiativen mehr als bisher mit der nötigen Kompetenz und Aufmerksamkeit diejenigen auch finanziell zu unterstützen, die sich der Mühe unterziehen und dazu fähig sind, die schwierige, enttäuschungsgefährdete langfristige Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen mit Engagement und Kompetenz durchführen. Mehr noch: Diese Arbeit ist geeignet, wenn sie gelingt, den Kern des Problems von Rechtsextremismus und Rassismus tatsächlich zu entkernen. Wir brauchen in den Worten Bernd Wagners und Dirk Borstels die exitorientierte Jugendarbeit des Jugendsozialclubs in Lichtenberg, von Gangway und von „Exit“. Sie sind ebenso wichtig wie Zivilgesellschaft und Opferperspektive.
Wenn ich eine Erwartung äußern darf, dann die, dass insbesondere in den Arbeitsgruppen die Vielfalt solcher Ansätze, aber auch ihre Grenzen präzise ermittelt und in der Schlussdiskussion zusammengefasst werden können.

Literatur

Benjamin, Jessica 1988: Fesseln der Liebe. Frankfurt/M.
Edelstein, Wolfgang 2001: Problemskizze, in: Eckert u.a.: Demokratie Leben und Lernen. Weinheim
Funke, Hajo 2002: Paranoia und Politik. Berlin
Hopf, Christel 1995:Familie und Rechtsextremismus. Weinheim/München
Sturzbecher, D. u.a. 1994: Jugend in Brandenburg. Potsdam
Sturzbecher, D.:2001: Jugend in Ostdeutschland – Lebenssituation und Delinquenz. Opladen

AG 1 „Zielgruppendynamik“

Die Arbeit mit rechten Jugendlichen ist nicht leichter geworden:

Viele rechtsextrem orientierte Jugendliche sind resistenter gegen sozialarbeiterische Einflüsse geworden. Die rechten Strukturen haben sich nicht nur informell verbessert, sondern versuchen manchen Ortes der Sozialarbeit gefährliche Konkurrenz zu bieten: Man erinnere sich nur an die Existenz von Knastbetreuung für verurteilte Rechte oder die Versuche der NPD, mit Kinderfesten und Angeboten für Lückekinder der demokratischen Pädagogik das Wasser abzugraben.
Die Zielgruppen sozialer und pädagogischer Arbeit haben sich in den letzten Jahren stark verändert.
Die rechte Szene differenziert sich aus und konzentriert sich inzwischen mehr auf Themen als auf kulturelle Erscheinungen wie z.B. Kleidung.
Vor allem nach den Verboten rechtsextremer Vereine in den 90er Jahren entstanden die Kameradschaften, Zusammenschlüsse, die sich als Alternative zu den Parteien verstehen, keine formellen Strukturen, aber ein hohes Gewaltpotenzial bieten.
Der jugendliche Neonazi mit Bomberjacke und Springerstiefel ist nach wie vor zu sehen und Fanatismus und mentale Verwahrlosung vieler rechter Schläger führen immer wieder zur Gewalt gegen potenzielle Opfergruppen. Auch „chauvinistische (Jugend- und Sub)kulturen“ (z.B. Rocker, Kriminelle) erhalten Zulauf durch Rechtsextreme bzw. wenden sich dahin.
Doch trotz der nicht zu unterschätzenden Gewalt finden Veränderungen statt. Statt über äußere Merkmale, wie z.B. Mode, findet eine Gruppenidentifikation zunehmend über ideologische Momente statt.
Bestimmte Kleidung ist nicht mehr unbedingt ein Zeichen rechter Gesinnung und kultureller Dominanz, sondern sie ist zum Mainstream geworden. Die verschiedenen Formen von Lifestyle mischen sich und die entsprechenden Einflüsse treten auch in traditionell eher unpolitischen Jugendkulturen auf - ebenso wie ehemals nichtrechte Jugendkulturen nicht unbedingt frei von rechten Einflüssen sein müssen. Das Palästinensertuch beispielsweise ist längst kein Symbol von Linken mehr, sondern steht für die angebliche Solidarität mit den Palästinensern und tatsächlich oft genug für den Antisemitismus ihrer Träger.
Tatsächlich gibt es Versuche der Kameradschaftsszene, politische und soziale Problemfelder ideologisch aufzunehmen und Aktionsformen zu kopieren, die in der linksalternativen Szene lange Zeit praktiziert wurden.
Rechtextremisten beschäftigen sich mit Themen wie der Globalisierungs- und Kapitalismuskritik, Diskussionen um Sozialabbau, mit der Debatte um die EU-Osterweiterung und fordern „nationale“ Jugendzentren. Damit knüpfen sie nicht nur an Stimmungen und Bereitschaften von Teilen der Heranwachsenden an, sondern an Themen, die in der vielzitierten Mitte der Gesellschaft ebenso umstritten sind und diskutiert werden, man denke nur an die Ängste und Vorbehalte gegenüber der EU-Osterweiterung oder auch an die leidige Debatte um den sogenannten Sozialmissbrauch, bei der gefordert wird, ganze Gruppen von Menschen aus unserem Sozialsystem auszuschließen.
Umgekehrt werden nun Diskurse, die früher nur oder überwiegend in der extremen Rechten stattfanden, in der Mitte der Gesellschaft geführt und beeinflussen das politische und soziale Klima.
Neu ist, dass versucht wird, demokratische Strukturen zu nutzen und unter Hinweis auf andere Jugendkulturen scheinbar „gleiche Rechte für alle“ zu fordern. Neben der Schaffung von „National befreiten Zonen“ und Treffpunkten (wozu auch der „eigene“ Jugendklub gehören kann) beteiligen sich Rechtsextremisten an öffentlicher Diskursen der „Mitte“, um diese in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach Konzepten und Handlungsansätzen, die – neben der notwendigen (Sozial)pädagogik - weder die Arbeit am Thema noch den Aspekt der Förderung von demokratischer Praxis und aktiv konfrontativen Umgang mit rechten Ideologien vernachlässigt.
Während Peter Steger auf die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen einging, beschrieb Sascha Wenzel die Bedingungen bei der Etablierung demokratischen Strukturen gegenüber einem (teilweise) rechtsextrem geprägten Umfeld.

So viel habe sich habe nicht verändert.

Hervorgegangen aus dem AgAG-Programm leitet Dr. Peter Steger seit 1991 das Projekt „Sport und Jugendsozialarbeit gegen Gewalt" der Sportjugend Berlin.

Das Projekt arbeitet mit Jugendlichen in Berlin Lichtenberg, einem Stadtteil, der immer wieder durch gewalttätige Übergriffe auf Migrant/innen und nichtrechte Jugendliche in die Schlagzeilen gerät. Die gewaltpräventive Arbeit des SJC, so Steger, bestehe darin, auffälligen Jugendliche mit Hilfe von Club- und Sportangeboten sinnvolle und bedürfnisgerechte Freizeittätigkeiten zu ermöglichen und ihnen damit ein Alternativmilieu gegen gewaltfixierte Verhaltensweisen und sinnentleertes Herumhängen zu bieten.
Für die Arbeit von Peter Steger vom Sportjugendclub Lichtenberg spielen diese Veränderungen eine geringere Rolle: Seine Klientel, schon die dritte Generation junger überwiegend männlicher, rechtsextrem orientierter Jugendliche, habe sich gar nicht so sehr verändert. Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit , eine im Wesentlichen positive Bewertung bzw. ein Bagatellisieren des Nationalsozialismus und eine Vorliebe für rechte Musik sind bei vielen dieser Jugendlichen zu finden. Viele seiner Jugendlichen stammten aus zerrütteten familiären Verhältnissen, waren und sind gewalttätig, oft vorbestraft und hätten Alkoholprobleme. Arbeitslosigkeit spiele eine große Rolle, wobei die Jugendlichen Schuldige für ihre Misere gern bei Anderen suchten.
Für ihre gravierenden persönliche Defizite und sozialen Probleme fänden sie im SJC oft zum ersten Mal in ihrem Leben Ansprechpartner , die sie ernst nehmen, ihnen Unterstützung und gleichzeitig ihren Auffassungen und Taten Paroli böten. Voraussetzung für diese Arbeit sei es, eine persönliche Beziehung zu den Jugendlichen aufzubauen, Vertrauen und Zuwendung und ihnen oft erstmals im Leben auch Anerkennung zu vermitteln. Nur so könne er mit den Jugendlichen eine Perspektive für ihr Leben entwickeln und überhaupt die Bedingungen für die kritische Auseinandersetzung schaffen.

Wesentliches Element der Arbeit des Sportjugendclubs sei die Beteiligung der Jugendlichen im Jugendclub, die Freiwilligkeit der Angebote und Anerkennung. Erst wenn die Jugendlichen sich sicher sein könnten, dass sie erwünscht seien und ihre Cliquenbindung akzeptiert werde, könnten sie langfristig an das Projekt gebunden werden. Wenn Pädagogik Wirkung erzielen solle, müsse sie sich überlegen, wie sie ihr Angebot attraktiv gestalten kann. Durch ein breitgefächertes Sportangebot könne der SJC nicht nur Jugendliche binden, sondern schaffe auch die Möglichkeit, fairen und gewaltfreien Umgang zu trainieren.
Dem Einwand, der Club stünde nur Rechten zur Verfügung und andere Jugendliche würden ausgegrenzt, begegnet Steger. Nur wenn die Jugendlichen die Einrichtung als die ihre betrachten würden, könnten Aktionen und Begegnungen stattfinde, die sozialintegrative Ansprüche hätten und zum friedlichen Zusammenleben im Stadtteil beitragen könnten.

Nie verschweigen, wo man steht:

Die Bereitschaft zum Dialog könne nur geweckt werden, wenn die Jugendlichen als Personen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen anerkannt, aber gleichzeitig die rechtsextreme Ideologie eindeutig abgelehnt werde. Das Interesse an Ereignissen, Personen und Zeitzeugen der Nazizeit müsse für die Auseinandersetzung genutzt werden um die Jugendlichen nicht den rechten Rattenfängern zu überlassen.
„Linke Philosophen", so Steger, werde er aus seinen Jugendlichen sicher nicht machen. Aber gerade weil er seine Meinung nie verhehle, würden die Jugendlichen ihn achten. Bei ihm, dem Andersdenkenden, und nicht bei den rechtsextremen Kadern dürften sie ihre Meinung frei äußern - allerdings müssten sie sich auch Widerspruch gefallen lassen. Das sei aber das, was Jugendliche ohnehin bräuchten. Das Sich-Reiben, das Austesten des Wissens der Mitarbeiter und das Erleben, dass Kontroversen friedlich ausgetragen werden können, seien für viele gänzlich neue Erfahrungen. So könnten sie auch Unsicherheiten zulassen und neue Fragen stellen. Gegen Belehrung allerdings, so Steger, seien die Jugendlichen genauso allergisch wie ihre Altersgenossen.

Aber auch die Konfrontation mit den eigenen Widersprüchen sei wichtig. Dem Rassismus der Jugendlichen begegnet er ständig: „Na welcher Türke hat Dir denn den Arbeitsplatz weggenommen?" frage ich schon mal, wenn einer wegen wiederholten Verschlafens den Job verloren hat", erzählt Steger. „Dann müssen sie zugeben, dass das mit den Feindbildern nicht so einfach ist, wie sie es gerne hätten"
Im Moment sei beispielsweise die Frage nach der Deutschen Nation und Kultur Thema. „Dann frage ich sie natürlich erst mal was sie mit der Deutschen Nation denn meinen", so Steger, „soll es nun das Heilige Römische Reich Deutscher Nation oder der Deutsche Bund sein und schon erfahren sie, dass manches doch ein bisschen komplizierter ist, und sie wollen mehr wissen".
Die Interessen der Jugendlichen an der Nazizeit und an rechter Musik werde auch bei den jährlich stattfindenden Bildungsfahrten genutzt. Neben vielen Sportangeboten stehen Bildungsarbeit und Diskussionen auf dem Programm. Die Jugendlichen lernten auf diese Weise, wie man kontrovers und trotzdem friedlich miteinander umgehen könne. Der Kampf um die Köpfe sei aber ein hartes, zähes Ringen, das nicht in kurzfristigen Events, sondern nur in langfristiger Arbeit stattfinden könne.

Der folgende Beitrag ist die gekürzte Version des Vortrages von Sascha Wenzel. Er entstand unter Mitarbeit von Michael Hammerbacher, Herbert Weber (RAA Berlin) und dem Mobilen Beratungsteam gegen Rechtsextremismus:

Sascha Wenzel ist Projektleiter für das Berliner Vorhaben im BLK-Modellprogramm „Demokratie lernen und leben" und hat die Aufgabe, die Schulen bei der Weiterentwicklung ihres pädagogischen Konzepts im Hinblick auf die Förderung demokratischer Handlungskompetenz und Entwicklung einer demokratischen Schulkultur zu unterstützen.

Worin besteht das Problem? Welchen ideologischen Konstrukten folgen Rechtsextreme, wie organisieren sie sich und welchen Strategien bedienen sie sich?

- Rechtsextremisten betonen die prinzipielle „Verschiedenartigkeit der Menschen" und meinen deren Ungleichwertigkeit.
- Humanismus und Universalismus, gleiche Rechte und Chancen für alle Menschen als Individuen werden abgelehnt.
- Eine Trennlinie, die Rechtsextreme isoliert und von anderen Denkwelten scharf abgrenzt, existiert dennoch nicht. Die Realität ist komplizierter, es gibt Überschneidungen:
- Zum Beispiel Antisemitismus: Rechtsextreme – und nicht nur sie – können sich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens stützen: Antisemitische Einstellungen sind mehrheitsfähig, 51,5 % der Deutschen schätzen den „Einfluss von Juden auf das Weltgeschehen" als zu hoch ein und 63,7 % reden von der „Ausnutzung des Holocausts durch Juden" (Quelle: Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 bis 2002, Reinhard Wittenberg und Manuela Schmidt, Universität Erlangen-Nürnberg, AJC, Emnid, Infratest)

Nach den Verboten rechtsextremistischen Organisationen in den 90er Jahren: „Organisation durch Desorganisation":

- Aufbau bzw. Weiterführung unabhängiger Gruppen ohne formale Mitgliedschaft, deren bundesweite Koordinierung unter Leitung anerkannter lokaler Führer, Schaffung einer technischen Infrastruktur für einen effektiven Informationsaustausch.
- Dezentralisierung in autonome und unabhängige Kameradschaften ohne Vereinsstruktur, die stark arbeitsteilig vorgehen und nur durch informelle Kontakte ihrer lokalen Anführer miteinander vernetzt sind. Zum Selbstverständnis gehört u.a. das Eintreten für ein nationalsozialistisches System, offener Rassismus und eine strikt antisemitische Grundhaltung.

Kameradschaften geht es um ihr Ansehen in der Gesellschaft:

- „Meinungsfreiheit auch für Deutsche" wird gefordert. Häufig greifen sie öffentlichkeitswirksame tagespolitische Themen auf und marschieren gegen Krieg („Kein deutsches Blut für fremde Interessen", „Gegen one world-Polizei und US-Imperialismus").
- Der aus der Weimarer Republik bekannte Begriff der „Querfront-Strategie" hat auch in die Kameradschaften Einzug gehalten.
- Systematisch wird versucht, Brücken zu den Diskursen der (radikalen) Linken zu schlagen.

In Berlin bezieht sich die Aktivität der Kameradschaften vor allem auf die Lichtenberger „Kameradschaft Tor Berlin“, das aktionsorientierte von ehemaligen Kameradschaftsaktivisten gegründete Projekt ANB (Autonome Nationalisten Berlin), die neugegründeten Zusammenhänge BASO („Berliner Alternative Süd-Ost“) mit ihrem Aktionsschwerpunkt Treptow-Köpenick und die „Kameradschaft Reinickendorf“.
Kameradschaften binden den Teil der Rechtsextremisten ein, der sich weniger für organisatorische und theoretische Parteiarbeit interessiert, und beziehen sich auf ein relativ starkes Umfeld rechtsextremer oder rechtsorientierter Jugendlicher und junger Erwachsener. In vielen Berliner Bezirken gibt es rechtsextreme Jugendcliquen, die kameradschaftsähnliche Strukturen aufweisen und sich selbst als „Kameradschaften“ bezeichnen.
Kameradschaften bedienen sich neben der Schaffung von „Angsträumen“(National befreite Zonen und Treffpunkten (Jugendzentren, Kneipen) der Beteiligung an offenen Diskursen der „Mitte“, um diese in ihrem Sinne mit beeinflussen können.

Das Beispiel Treptow-Köpenick:

Die BASO agiert mit „nationaler Jugendarbeit“ im Umfeld von Jugendzentren und Schulen in Treptow-Köpenick. BASO-Aktivisten besuchen öffentliche Diskussionsveranstaltungen, in denen sie ihre Positionen offensiv einbringen.
Als Reaktion auf den Rauswurf eines rechtsextremen jugendlichen Kaders aus einem Jugendfreizeitheim besuchte der dortige frühere NPD-Kreisverbandschef Rene Bethage, die treibende Kraft hinter der BASO, mit dem Jugendlichen die Sprechstunde des Bürgermeisters. Der Bürgermeister versprach, dem Vorfall nachzugehen. Gleichzeitig wurde der Leiter der Jugendeinrichtung auf rechtsextremen Internetseiten beschimpft und mit Photo veröffentlicht.
Das Thema eines „nationalen Jugendzentrums“ steht auch sonst im Mittelpunkt der Aktivitäten der BASO. Am 06.12.2003 demonstrierten unter dem Motto „Nationale Freiräume erkämpfen!“ rund 200 Rechtsextreme in den Bezirken Neukölln und Treptow-Köpenick
Auch auf den öffentlichen Diskurs im Bezirk versuchen Aktivisten der BASO Einfluss zu nehmen. Im Juni 2003 besuchten 15 rechtsextreme Aktivisten eine Diskussionsveranstaltung der SPD mit einem Bundestagsabgeordneten und Bezirksbürgermeister zur Agenda 2010 und brachten sich massiv in die Diskussion – unter anderem mit dem Hinweis auf das „Querfrontprojekt“ Antiglobalisierung– ein. Nach Angaben der BASO besuchten 50 rechte Jugendliche in Berlin-Rudow das jährliche SPD-Straßenfest, beteiligten sich dort an der Diskussion und verteilten Flugblätter. Weitere Veranstaltungen mit rechtsextremer Beteiligung fanden im vergangenen Jahr in den Räumen der „Brücke 7“ statt.

Situation in der Berliner Schule: Wie reagieren Lehrerinnen und Lehrer?

Dieses Vorgehen hat praktische Auswirkungen: Nicht nur die Zahl rechtsextremer Straftaten ist gestiegen, die Schulen im Bezirk spüren den Druck rechtsextremer Cliquen. Einzelne Kinder und Jugendliche fallen dadurch auf, dass sie im Unterricht z.B. geschichtsrevisionistische Positionen beziehen. Auf Nachfrage stellte sich dann heraus, dass diese Jugendlichen regelmäßig Schulungsveranstaltungen der NPD besuchen. Rechte Jugendliche werden von ihren älteren „Kameraden“ von der Schule abgeholt und nicht-rechte Jugendliche von diesen verbal eingeschüchtert und bedroht. Ziel ist es, eine rechte subkulturelle Dominanz durchzusetzen.
Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport erklärt „extremistische Orientierungen unter Schülern werden aus individuellen Mangellagen und gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit gespeist, die von interessierten Gruppierungen gezielt genutzt werden“ (Quelle: Verstehen und handeln V. Gewaltsignale an Berliner Schulen 2002/2003,

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Seite 11). Auffällig gewordene Kinder und Jugendliche würden über Musik- und Freizeitangebote gezielt geworben und langfristig in einschlägigen Gruppen instrumentalisiert (gleiche Quelle).
Dazu gibt es weiter gehende Beobachtungen:

- Schulen mit rechtsextremen Dominanzverhältnissen und Verbotsverfügungen, die zu einem Wechsel von Stilen und Codierungen führen;
- Schulen mit rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Einstellungspotenzial, die nicht zu einer Herausbildung szenebezogener Dominanzverhältnisse, wohl aber zu Demütigungen von Opfergruppen führen – verdeckte, durch die Schule nicht erkannte, durch politische Symbolik nicht präsentierte Diskurse;
- Schulen mit nicht-rechter Hegemonie – teilweise sensible Reaktionen, aber Dominanzaufbau, Unterwanderung von Verboten, Argumentationsstrategien, Wahrnehmungsdefizite seitens der Verantwortlichen bezüglich eines verfestigten Alltagsrassismus und -antisemitismus.
- spezifische Problemlagen in Grundschulen (Gewalt) und Kindergärten (plus geprägter Vorurteilsstrukturen).

Welche Handlungschancen bieten sich für die Berliner Schule? Wie macht man erfolgversprechende Rechtsextremismus-Prävention?

Analysefähigkeit erhöhen:
Lehrerinnen und Lehrer kennen oft weder die Symbole, die Sprachcodes, die Musik und die Denkwelten der Jugendlichen. Sie erfassen nicht, was an Tauschbörsen auf dem Schulhof läuft, welche Motive manchmal hinter subtilen Aussagen stehen und wie Jugendliche rekrutiert werden. Deshalb gilt es, die Analysefähigkeit der Pädagogen zu erhöhen, indem sie über die Bedeutung der verschiedenen Erscheinungsformen informiert werden. Das bedeutet aber auch, differenzieren zu lernen. Ein Skinhead-Outfit oder ein Wikingerposter können rechtsextreme Gesinnung ausdrücken genauso wie ein Lonsdale-T-Shirt, müssen es aber nicht tun.

Thematisieren:
In vielen Fällen werden verbale oder physische Ausfälle gegen Minderheiten oder Ausgegrenzte an der Schule nicht weiter verfolgt. Auch Parolen und diskriminierende Meinungen werden von Lehrerinnen und Lehrern oft nicht thematisiert, wodurch undemokratischen Einstellungen ein immer größerer Spielraum gegeben wird. Will eine Schule deshalb an einem Demokratisierungsprozess arbeiten, muss sie diskriminierende Erscheinungsformen im Schulalltag thematisieren und reflektieren, anstatt für ein gutes aber falsches Image entsprechende Vorfälle unter der Decke zu halten und zu verdrängen.

Positionierung:
Eine demokratische Schule verlangt von Schülern, Lehrern und Eltern eine Reflexion darüber, was Demokratie für sie darstellt und wie Demokratie an der Schule gelebt werden soll. Das betrifft einerseits die Positionierung gegenüber rechtsextremen Meinungen und Argumenten zu Themen wie Zuwanderung, Nation, Geschichte etc., aber auch den eigenen Umgang. Wichtig ist dabei, Demokratie nicht nur als Instrument der Mitbestimmung und Entscheidungsfindung wahrzunehmen, sondern als eine Werthaltung, die auf den allgemeinen Menschenrechten (Menschenwürde, Toleranz, friedliche Konfliktlösung, Minderheitenschutz, Gleichheitsgebot) beruht. Es reicht bei der Auseinandersetzung nicht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus usw. zu sein, effektiv wird die Positionierung erst, wenn sie offensiv für eine demokratische Kultur eintritt.

Repression als ambivalentes Instrument:
Verbote dürfen an einer demokratisch strukturierten Schule nur das letzte Mittel sein, weil sie in sich autoritäre Akte und Zwangsmaßnahmen sind, die für Schüler keine Demokratie erfahrbar machen können. Deshalb ist in den meisten Fällen einem Verbot eine offene Auseinandersetzung und Positionierung gegenüber bestimmten Symbolen und Parolen vorzuziehen, die zwar die rechtsextremen Einstellungen ablehnt, aber immer noch den Menschen und sein Recht auf Meinungsfreiheit akzeptiert. Kleidungsverbote sind eher kontraproduktiv.

Trennung von Kadern und Mitläufern:
An bestimmten Punkten muss allerdings die Toleranz gegenüber antidemokratischen Einstellungen aufhören. Das ist in der Regel bei offen volksverhetzenden Inhalten, bei Gewaltvorfällen, aber auch bei klaren Rekrutierungsversuchen von rechtsextremen Kadern der Fall. Hier gilt es, jugendliche Mitläufer von rechtsextremen Kadern zu separieren – d. h. Kader mit ihrem Tun konfrontieren, ihnen kein Forum bieten, sie in Projekte nicht integrieren, Verbote.

Gegenkräfte stärken:
In noch größerem Maß müssen allerdings Gegenkräfte an der Schule gestärkt werden. Das bezieht nicht nur Schülerinnen und Schüler ein, die sich offen gegen rechtsextreme Einstellungen positionieren, sondern auch so genannte Mitläufer, die es durch Projekte und Angebote zu aktivieren gilt. Das Hauptaugenmerk einer Schule soll sich also nicht auf die potenziellen Täter, auf die rechtsextremen Jugendlichen, richten, sondern die demokratischen Potenziale der anderen Schüler nutzen, um somit eine demokratische Gegenkultur aufzubauen.

Opferperspektive als wichtigsten Aspekt der Arbeit gegen Rechts:
Diskriminierte Minderheiten, ausgegrenzte Schülerinnen und Schüler oder bedrohte Kollegen müssen unterstützt und dürfen nicht allein gelassen oder zusätzlich angegriffen werden. Ängste und Aussagen von Opfern müssen ernst genommen werden.
Vernetzung bedeutet, ein Unterstützersystem an der Schule zu schaffen. Engagierte Schüler oder Lehrer, die etwas gegen rechtsextreme Dominanz unternehmen wollen, dürfen nicht alleine stehen. Die Solidarität im Kollegium und der Beistand der Schulleitung ist von entscheidender Bedeutung. Unterstützung kann auch von außen für die Schule bereitgestellt werden. Der Kontakt zur Jugendarbeit oder zu Eltern, vor allem aber externe Partner für Projekte oder Schulberatung und Erfahrungen anderer Schulen kann hier hilfreich sein.

Schulöffnung:
Die Schule kann aber die sie umgebenden Verhältnisse nicht ignorieren. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Schulumfeld, mit Jugendarbeit, Kirchen, Initiativen, Sportvereine, Betrieben usw. scheint deshalb sinnvoll. Vor allem Eltern sollten verstärkt in den Schulalltag mit einbezogen werden. Demokratische Schulentwicklung bezieht sich nicht allein auf Mitbestimmungsgremien an der Schule sondern fördert soziale Kompetenzen bei Schülern und Lehrern, ihre Konfliktfähigkeit, vermeidet und thematisiert Ausgrenzungsprozesse in Gruppen, fordert eigene Meinungen heraus. Das geht meist nur durch partizipative Lernmethoden, die individuelle Teilnahme und Artikulation ermöglichen und fördern. Mittelfristige Arbeit gegen Rechtsextremismus bedeutet, sich ein entsprechendes Schulprofil zu geben.

Diskussion

Weitgehende Einigkeit bestand darüber, dass die bekannten Debatten um sich scheinbar ausschließende Konzepte - Förderung alternativer Jugendkulturen versus „akzeptierende“ Sozialarbeit - als nicht hilfreich begriffen wurden. Das Interesse galt Konzepten und Handlungsansätzen, die den Anforderungen an die pädagogische und politische Praxis gerecht werden können.

Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf konkrete Nachfragen zur Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Thematisiert wurden auch die Grenzen einer derartigen Arbeit, die stark von den Arbeitsbedingungen, eigenem Selbstvertrauen, Belastungsfähigkeit und der Arbeit im Team abhängt - wie auch von der Möglichkeit, organisierte Kader von anderen Jugendlichen trennen zu können.
Dabei gab es keine gemeinsame Definition dieser Kader. Während Kader für die einen organisierte Mitglieder rechtsextremer Kameradschaften oder Parteien waren, setzten andere eher auf personengebundene Kriterien wie Alter/Reifegrad, Aufgeschlossenheit, Bildungs- und Reflexionsbereitschaft.
Übereinstimmend wurde als Grundlage der Arbeit aber immer die Beziehungsarbeit genannt, die eine konkrete Einschätzung überhaupt erst ermöglicht.

Eine „Gehirnwäsche“ von rechtsextrem orientierten Jugendlichen wurde abgelehnt, weil sie nur eine negative Identität fördere. Ambivalenz bestand auch gegenüber repressiven Strategien; diese könnten immer nur ein letztes Mittel sein.

Andere Teilnehmer der AG berichteten über Unsicherheiten bezüglich der Wahrnehmung rechtsextremer Erscheinungen bei ihrer Klientel und zeigten deutliches Interesse an Informationen, Hilfestellungen und Materialien, die es überhaupt erst ermöglichen aktuelle Entwicklungen wahrzunehmen und entsprechend zu handeln.

Für den Bereich Schule wurde diskutiert, wie demokratiefördernde Arbeit unter den bekannten schulischen Zwängen überhaupt stattfinden könne.
Abgelehnt wurden die Ansätze der klassischen „Belehrpädagogik“, die darauf setzten, Jugendliche müssten nur die richtige Aufklärung erhalten, um nicht den Rechten „in die Fänge zu geraten“. Wichtig seien vielmehr dialogische Prozesse, bei denen Pädagog/innen auch einmal Schwächen und Unsicherheiten zeigen dürften.

Gefragt wurde, wie die Arbeit von Pädagogen/innen wirken soll, wenn die unmittelbare Umgebung keine eindeutigen oder ablehnende Positionen zur Demokratieförderung hat und die Pädagogen/innen die einzigen sind, die „etwas“ verändern wollen, wie Eltern einbezogen werden können und ob es möglich ist, die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen zu forcieren.

Nur eine Minderheit der Jugendlichen wird überhaupt von der offenen Jugend, Kultur- und Sozialarbeit erreicht. Die Schulen können und dürfen die Verhältnisse in ihrer Umgebung und in den Familien nicht ignorieren. Daher gilt es, die Jugendarbeit mit anderen Ansätzen wie z.B. der Gemeinwesenarbeit und den Schulen zu vernetzen. Beispielhaft wurde ein Jugendklub aus Treptow genannt, wo dank der Vernetzung des Jugendklubs mit Schulen und Einrichtungen im Sozialraum erst einmal die Bedrohung durch rechtsextreme Einflussnahme angesprochen werden konnte und damit ein gemeinsamer Wissensstand aller Beteiligten geschaffen wurde. In der Folge konnte der Einfluss rechtsextremer Kader immerhin aus der Einrichtung zurückgedrängt werden.

Länger diskutiert wurde über antisemitische Einstellungen. Viele Teilnehmer berichteten von eigenen Erfahrungen mit offenem wie auch verdecktem Antisemitismus, auch vor dem Hintergrund des Nahostkonfliktes. Vorgeschlagen wurde, die Analyse zu entzerren und zu versuchen, die Diskussion des Nahostkonfliktes von der des Antisemitismus zu trennen. So könnten Einstellungen gegenüber Juden hinterfragt und diskutiert werden, ohne dass gleichzeitig über die Legitimität kritischer Einstellungen gegenüber Israel gestritten werden müsse.

AG „Ich bin stolz ..."

Eingangsthesen
Es gibt eine Kultur der Abwehrhaltung gegenüber „Basisthemen" rechtsextremorientierter Jugendlicher.
Es gibt die Tradition des Versuchs der Überzeugung oder des wenigstens moralischen Bekehrens, wenn nicht sogar „Besiegens" rechtsextremorientierter Jugendlicher
Es gibt das Dogma der Verdammung der positiven Besetzung von Themen rechtsextremorientierter Jugendlicher als Fraternisierung.

Als die Alternative zu rechtsextremer Orientierung und entsprechendem Verhalten bzw. als akzeptiertes und gewünschtes Erziehungsziel gilt gemeinhin die Orientierung am demokratischen System, an demokratischen Werten, an einem an demokratischen Normen ausgerichteten Zusammenleben.

In der Verfolgung dieses Ziels bzw. in der Umsetzung dieses Auftrages tauchen mitunter aber folgende Probleme auf:

1. Demokratisches Verhalten im Sinne der wesentlichen Bestimmung und Gestaltung von Angelegenheiten oder Objekten, die von den Jugendlichen selbst als wesentlich ausgemacht und ihnen nicht präsentiert worden sind, ist außerhalb künstlich angelegter Spielwiesen (Projekte von Sozialarbeitern) für Jugendliche oft nicht oder nur begrenzt möglich.
   Die Mitbestimmung oder wirkliche Teilhabe an Entscheidungsprozessen durch die „kleinen/jungen Demokraten" wird nicht selten dann nicht mehr konsequent gewollt, wenn die „großen Demokraten" ihre Spielregeln nicht befolgt sehen oder ihre Ziele nicht mehr im Mittelpunkt stehen.
   Der Punkt der „Endlichkeit" der demokratischen Alternative, des Risikos einer programmierten Enttäuschung ist damit im übrigen nicht nur für rechtsextremorientierte Jugendliche schnell erreicht.
   „Demokratie" und „demokratisches Verhalten" sind und bleiben abstrakt, wenn sie nicht im unmittelbaren Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen erprobt, gelernt und erlebt werden können
   „Demokratie" ist zu oft beschränkt auf die Vorstellung bzw. die Einführung in das System der etablierten und „erwachsenen" Politik mit Koordinaten wie „Grundgesetz/Parteien/Parlamentarismus/Politische Eliten".

2. „Demokratie" kommt in Wertekanon der relevanten Jugendlichen entweder als anzustrebendes Ideal nicht vor oder ist sogar negativ besetzt. Es gibt zu häufig einen dominanten Bezug zum politischen System, zu dessen scheinbaren oder tatsächlichen Schwächen. Im Gegensatz gibt es nur selten einen Bezug zu einer individuellen Grundhaltung. „Demokratie" ist etwas der „Anderen".

3. Demokratisches Verhalten als angestrebtes Ideal ist ein nach außen gerichtetes Moment, ein „Auftrag“, der das Streben nach einer Ich-zentrierten Selbstdefinition zu wenig berücksichtigt. Diese Selbstdefinition (individuell oder die der Eigengruppe) erfolgt zunächst auch über Abgrenzung. Auch Sozialarbeiter/innen beschreiben ihre Zielgruppen als immer mehr einem Gemeinschaftsgedanken entfremdet. Gemäß der Schilderungen von vielen Seiten ist unsere Gesellschaft immer mehr von Vereinzelung und sozialer Kälte gezeichnet. In diesem Zusammenhang erscheint der Griff nach der sehr gemeinschaftsorientierten „Demokratie“ ohne langfristige vorherige Lern- und „Aufwärmphase“ übereilt und eventuell nicht realistisch.

4. „Demokratie“ kann vor den geschilderten Hintergründen daher ziemlich schnell „uncool“ sein.

Was tun?

Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit mit „Rechten“ spiegelte ein Dilemma wider, nach dem nicht mehr mit oder für Jugendliche gearbeitet werden kann, mit denen man eine (oder mehrere) gesellschaftliche Vision(en) teilt. Die Arbeit erfolgte oft aus der Opposition, der mitunter nur unausgesprochenen Gegnerschaft, wenigstens aber aus einer moralischen Position heraus, die sozialarbeiterseitig mit einem „Wir haben nichts miteinander zu tun!“ beinahe kategorisch belegt war.

Meilensteine des sozialarbeiterischen Umgangs mit rechtsextremorientierten Jugendlichen

<u>Akzeptierender Ansatz</u>

- Eckpunkte:
- Akzeptanz der Person der/des Betreffenden
- Akzeptanz des Umstandes, dass die/der Betreffende gerade so ist, wie sie/er ist
- Akzeptanz des Umstandes, dass verschiedene Lebensumstände dazu beigetragen haben (s. o.)
  aber
- Ablehnung des Denkens und Tuns der Jugendlichen

<u>Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik</u>
Eckpunkte:

- Konzentriertes Hinterfragen von Argumenten, Sichten, Einstellungen
- Permanentes Konfrontieren mit anderen, gegensätzlichen Informationen
- bewusstes Verunsichern über die Störung von „Selbstverständlichkeiten“
- Trennen von hinsichtlich bestimmter Argumentationsweisen und Sichten weitgehend homogener Gruppen
- Destabilisieren von bestimmten, möglicherweise exponierten Persönlichkeiten aus den relevanten Gruppen

Eine Gemeinsamkeit dieser hier nur sehr ausschnitthaft dargestellten Ansätze ist folgende:

Das Fehlen von wichtigen Anknüpfungspunkten im vorhandenen und akzeptierten Wertekanon der Jugendlichen kann die Ignoranz oder Negation unterschiedslos aller Werte der Jugendlichen und mithin auch deren „Abqualifizierung“ bedeuten. Es besteht die Gefahr, den Verzicht auf das eigene Wertgefüge, quasi den „Kniefall“ zur Voraussetzung der Kooperation zu machen. Damit kann es passieren, Grundbedürfnisse der Jugendlichen aus dem Blick zu verlieren bzw. nicht zu (be)achten.

Aus diesen Umständen resultiert die Möglichkeit der dritten Gefahr, nämlich des Angebotes irrelevanter Alternativen.
Ein Ausdruck für das Vergeben möglicher Anknüpfungspunkte in der Berücksichtigung von positiv zu besetzenden Werten ist ein übliches Aneinandervorbeiargumentieren:

Bewegung auf Ebenen, die mitunter gar nichts miteinander zu tun haben

Vertreibung war ungerecht!	Die Deutschen haben den Krieg doch angefangen!
Bombenkrieg ist Terror!	Guernica und Coventry kamen zuerst!
Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein!	Was hast du denn schon geleistet?

Beachte hierzu:
Verweis 1

Maslowsche Bedürfnishierarchie

<u>Ebene 1</u>	
Physiologische Bedürfnisse	Nahrung, Wärme, Unterkunft
<u>Ebene 2</u>	
Sicherheitsbedürfnisse	Sicherheit, körperliche und seelische Unversehrtheit
<u>Ebene 3</u>	
Soziale Bedürfnisse	Zugehörigkeit, Nähe, Anerkennung
<u>Ebene 4</u>	
Bed. nach Wertschätzung	Zielsetzung + erfolgreiche Realisierung = Selbstachtung
<u>Ebene 5</u>	
Selbstverwirklichung	Streben nach ind. Erfüllung

Verweis 2

„Bedürfnisorientierung“ und „Verwurzelung“ der Angebote „in Lebenswelt und Alltag der Jugendlichen“ Strukturmaximen der Jugendhilfe der Bundesrepublik Deutschland (8. Bundesjugendbericht, 1992)

AG 2 „Die Stärkung von Alternativkulturen als Ausweg?!“

Unter der Moderation von Eberhard Seidel berichteten anfangs Nico Zerbian über die Praxis der Jugendarbeit in Fürstenwalde sowie Burkhard Zimmermann über die Probleme der Arbeit mit Jugendlichen in der Stadt. Ergänzt wurden die einleitenden Überlegungen durch praktische Erfahrungen von Heike Dornseiff, die jetzt im Sportklub Lichtenberg tätig ist. Teilnehmer der Arbeitsgruppe waren Jugendarbeiter aus diversen Klubs und Einrichtungen aus Pankow, Weißensee, Marzahn, Treptow und aus Brandenburg.

Mehrfach und deutlich mussten die Referenten eine missverständliche Formulierung im Arbeitsgruppentitel korrigieren: Es ging nicht um die „Entlarvung“ von undemokratischen Elementen von Anteilen von Jugendkultur. Es ging darum, dass demokratische Jugendkultur nicht per se korrekt ist, dass wir es in der Jugendkultur und –arbeit immer wieder mit undemokratischen, machistischen, anti-emanzipatorischen sowie arroganten und vorurteils-behafteten Elementen der Jugendlichen zu tun haben.

Unsere Aufgabe ist es, mit den Jugendlichen dazu zu arbeiten und sie zu auf einen humanistisch geprägten Weg mitzunehmen. Das bedeutet, sie dort abzuholen, wo sie sich befinden und sie auf eben diesen humanistisch orientierten Weg mitzunehmen. Es ist zugleich der humanistische Ansatz der akzeptierenden Arbeit. Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass Jugendarbeit nicht erst durch Stigmatisierung möglich werden darf (gewaltbereit/drogenabhängig und rechts...), sondern auch für normale Jugendliche notwendig ist. Dabei schaffen die politischen und sozialen Verhältnisse immer wieder Probleme für Jugendliche und damit Problemjugendliche. Auch Civitas u.ä. Programme, die wir in der Jugendarbeit brauchen, sind selten zielgenau und häufig am realen Bedarf vorbei.

Hervorgehoben wurde durch die Teilnehmer, dass auch für diese Jugendlichen Beteiligungs-Projekte, Übernahme von Verantwortung bis hin zur Selbstorganisation notwendig sind. Hierbei gilt es eine Kultur zu entwickeln, in der auch ein Scheitern von Projekten der Selbstorganisation legitim ist. Natürlich ist eine fachliche Begleitung und Evaluation dieser Projekte notwendig.

Einigkeit bestand auch darin, dass es neben der katastrophalen Sparpolitik im Jugendbereich eine Masse von Hindernissen gibt, die auch ohne finanzielle Auswirkungen strangulierend in der Jugendarbeit sind: TÜV- und Lärm-Bestimmungen, Regeln für öffentliche Mitarbeiter usw.

(Heike, Nico, Burkhard)

Impulse

- Angebote der offenen Jugendarbeit aus verschiedensten thematischen Bereichen nutzen; aktiver Gebrauch von Veranstaltungsformen jeglicher Art, v.a. auch von Formen, die von rechten Gruppierungen zur Attraktivitätssteigerung verwendet werden → Ziel ist es, vorhandene Interessen zu nutzen und einem Automatismus der „Gleichsetzung von Form und Inhalt entgegen zu wirken";
- Anerkennung der Tatsache, dass wir mit den „Rechten" im Wettbewerb stehen und diesen auch annehmen (für Jugendliche ist Attraktivität von Veranstaltungen neben Inhalten mitentscheidend);
- es gilt, Klischees und Vorurteile aus nichtrechten Subkulturen zu hinterfragen, eigene vorhandene oder entstehende undemokratische Einstellungen der Jugendlichen müssen besprochen und angegangen werden;
- der Sozialarbeiter muss stets Stellung beziehen und auch mit eigenen Unsicherheiten offensiv umgehen;
- in Zeiten, wo Personen oft wichtiger sind als Inhalte, muss derjenige, der mit Jugendlichen arbeitet, sich seiner Vorbildwirkung bewusst sein und dementsprechend handeln – insbesondere, wenn es sich um inhaltliche, moralische und politische Angelegenheiten handelt;
- der Sozialarbeiter muss Vertrauensperson sein (bei Anerkennung notwendiger Rollenwechsel, persönlicher Grenzen und individueller Konflikte);
- die Bedürfnisse der Jugendlichen in ihrer gegenwärtigen Realität erfassen und ihnen ermöglichen, eigene Erfahrungen zu machen, Vorstellungen zu prüfen, Erfolge zu erzielen und Enttäuschungen zu verdauen;
- wichtig ist es, in den Einrichtungen (möglichst gemeinsam mit den Jugendlichen) feste Regeln aufstellen und für deren Durchsetzung sorgen: Hierbei müssen eigene Grenzen erkannt und thematisiert werden.
- Die Jugendlichen sollten in die Planung und Durchführung von Veranstaltungen miteinbezogen werden;
- das Hausrecht („Gewaltmonopol"?) muss bei den BetreuerInnen liegen. Räume müssen eine Schutz- und Rückzugsmöglichkeit bieten.
- Zentraler Ausgangspunkt im Umgang diesen Zielgruppen ist die Definierung eines humanistisch geprägten Weltbildes. Unser Maßstab ist ein humanistisch geprägtes Weltbild. Ausgangspunkt ist nicht die Einzelstundenabrechnung höchst qualifizierter Sozialarbeiter, sondern demokratische Gruppenbildung und Freizeit : Demokratietraining, Selbstorganisation und Prozesse der Bewusstwerdung unter komplizierter werdenden gesellschaftlichen Bedingungen.
- In diesem Sinne brauchen wir Freizeit und schulischpädagogische Angebote für Jugendliche, die nicht vorher erst stigmatisiert werden müssen.
- Es geht im weiteren Sinne um Präventionsarbeit .
- Wir legen großen Wert auf den Erhalt demokratischer offener Jugendarbeit
- Wir sind begeistert über den Kinoerfolg von Michael Moore und sind angetan über die Redeerfolge des türkischen Schauspielers Somuncu, der seine Goebbels-Reden erfolgreich `zelebriert`.

- Wir wissen, dass auch diese Arbeit nicht „pc“ ist
  * Machismus/Sexismus im Kinderzeltlager oder in Gruppen
  * Gefahr undemokratischer Strukturen/Zeitverlust durch Demokratie
  * elitäres Verhalten
  * Absturz in Drogen versus Toleranz
  * TÜV; Hygiene contra Demokratie/Zivilgesellschaft
  * rassistische Spuren bei der Antifa oder in der Musik
  * Bürokratie ist Totalverweigerung von Fehlern in der Jugendarbeit
  * etc.

(Burkhard 19.1.2004)

Was müssen wir verstärkt berücksichtigen:

- Vermehrtes Interessen an Veranstaltungen in Clubs bzw. Parkfesten;
- Kino → Mainstreaminteresse, über anspruchsvolle Filme in Diskussion kommen, Wertevermittlung über „geteilte Kulturgüter“ muss möglich sein;
- Konzerte und Diskotheken → Gewünschtes und Horizonterweiterndes verbinden;
- die Diskussion über Verhaltensregeln und deren Umsetzung in kritischen Situationen offensiv angehen und als interessante Herausforderung verstehen;
- Fahrten → Gemeinschaft, Umgang mit Nähe und „Alltag“;
- das Thema Sexualität, Vergnügen und Partnerschaft viel offensiver angehen;
- Mitbestimmung über jugendrelevante Gremien: z.B. Clubrat → Mitgestalten, aber auch in der Auseinandersetzung demokratische Grenzen erleben;
- Bildungsveranstaltungen → interessenorientierte außerschulische Bildung;
- kulturelle Erfahrungen werden häufig unterschätzt (Ausstellungen/ Kleinkunst/Literatur/ kreative Selbsterfahrung, Kontakt, mit „Hochkultur“);

Von welcher Praxis reden wir:

z.B. Ehrenamtliche Praxisfelder in der Jugend-(verbands-)arbeit am Beispiel eines Kollegen:

- Kinder und Jugendgruppenarbeit seit zwanzig Jahren (wöchentlich);
- Kinderzeltlager mit weitgehender Selbstorganisation seit 1980 mit Durchschnitt 150 TN zwischen 8-16 Jahre;
- Skilager einmal im Jahr, einwöchig mit zuletzt 70 TN (Selbstversorgerfahrt);
- Selbstverwaltungsjugendcafe „Chaos“, 1996-99 mit am Wochenende 200Besuchern;
- Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz seit 87 (in 03 sieben Fahrten mit 400 TN);
- Selbstorganisierte, zweitägige Ravensbrückfahrt des Schülernetzwerkes Marzahn mit ca. 100 TN;
- längere Fahrten nach Stutthoff/Wroclaw/Groß-Rosen/Brno/ Buchenwald;
- ehrenamtliche Bühnenorganisation durch Jugendliche bei der großen Friedens-demonstration 2003;
- vielfältige Gremien- und Vernetzungsarbeit;
- Qualifizierung von TeamerInnen für Zeltlager/Gruppenarbeit/ SozialarbeitMitarbeit/Vorstandsarbeit in mehreren Jugendverbänden;
- deutlich getrennt davon ist berufliche Arbeit im Lücke-Kinder-Bereich/im Kinderzirkus/als Streetworker mit, gewaltbereiten, multiethnischen Jugendlichen etc.

„Zum Beispiel Thomas Pötschke“ von Jan Becker, Stefan Schützler (Gangway e.V.), Dr. Herbert Scherer (Verband für sozial-kulturelle Arbeit)

Über Hilflosigkeit oder Ein Fall von zivilgesellschaftlichem Engagement im Gemeinwesen

In der sozialpädagogischen Literatur werden nur wenige Einzelbeispiele erörtert. Ein Grund dafür mögen Schwierigkeiten in der Darstellung derart komplexer Vorgänge sein.
Im Gegensatz zu vielen wissenschaftlichen Abhandlungen ist in der Realität nichts „wichtig“ oder „unwichtig“, nichts nur „wahr“ oder „unwahr“. Sie hat, oft kompliziert genug, einfach nur stattgefunden. Hier der Versuch einer thematischen und chronologischen Abhandlung des Falles „Thomas Pötschke".

+ + + Freitag, 19. März, 23.00 Uhr + + +

Thomas (20) und die Brüder Mathias (23) und Robert (19) treffen sich mit Denny (19) und Dirk (32) im nahe liegenden Jugendclub „Wurzel“. Es wird getanzt und getrunken. Nur Denny trinkt nicht, er soll die vier Freunde mit seinem Corsa in die Diskothek „LeProm“, fahren.

+ + + Sonnabend, 20. März, 0.30 Uhr + + +

Die fünf jungen Männer fahren los und finden einen der begehrten kostenlosen Parkplätze am S-Bahnhof Marzahn – direkt gegenüber dem „LeProm“.

+ + + 0.41 Uhr + + +

Beim Aussteigen hören die jungen Männer einen Knall, als ob eine Glasscheibe zersplittere. Darauf noch einen und noch einen ... Mathias sieht einen Mann, der mit einer Steinschleuder die Heckscheiben von Autos zertrümmert. In einem Wagen sitzt noch eine Frau mit ihrer Tochter, beide werden durch Glassplitter leicht verletzt.
Robert ruft: „Hör auf damit! Spinnst du?“ und mit den Worten „Den schnappen wir uns!“ laufen er und seine Freunde dem Randalierer hinterher.

+ + + 0.42 Uhr + + +

Thomas, der Sportlichste von allen, besinnt sich nicht lange und erreicht den Flüchtenden nach etwa 50 Metern zuerst. Er gibt ihm von hinten einen Stoß und fordert ihn auf, mit dem „Unsinn aufzuhören“.
Der Täter zieht sofort ein Messer, dreht sich um und stößt Thomas damit in den Bauchbereich. Thomas fällt zu Boden und kriecht auf die nahe Rassenfläche.

+ + + 0.43 Uhr + + +

Der Täter wirft sich neben Thomas, der auf dem Bauch liegt, und sticht immer wieder auf ihn ein. Er lacht dabei. Wie die Gerichtsmediziner später feststellen, treffen Thomas zehn Stiche; einer dringt ins Herz, er war tödlich.
Thomas’ Freund Matze (Mathias) ist die ganze Zeit in der Nähe, erstarrt, zitternd und schreiend. Er steht unter Schock. Er kann Thomas nicht helfen.

+ + + 0.44 Uhr + + +

Nachdem der Täter mit Thomas `fertig ist`, steht er auf und geht auf Matze los. Matze rennt weg, der Täter hinterher. Robert kann sich in Sicherheit bringen.

+ + + 0.45 Uhr + + +

Matze läuft über die Märkische Allee und rennt vor ein Polizeiauto. Er hämmert auf die Motorhaube und macht die Polizisten auf die Tat aufmerksam. Der Täter sieht die Polizei und flüchtet in Richtung S-Bahnhof.

+ + + 0.46 Uhr + + +

Dirk hatte sich bereits auf dem S-Bahn-Übergang in Sicherheit gebracht. Der Täter rennt an ihm vorbei, stößt mit dem Messer in den Lungenbereich und rennt weiter.

+ + + 0.47 Uhr + + +

Die Polizei stellt den Täter, einen 24jährigen Tunesier, auf dem S-Bahnhof Marzahn.
Ein Ermittler: „Das waren schreckliche Szenen, überall war Blut, die Begleiter weinten bitterlich." Dirk schwebt noch Tage in Lebensgefahr. Für Thomas kommt jede Hilfe zu spät.

Der Täter ist ein 24-jähriger Soziologiestudent aus Tunesien, der vor zwei Jahren aus Heidelberg nach Berlin kam. Er wohnt in einem Studentenwohnheim in Zehlendorf. Er lebt dort zurückgezogen, sagen die Mitbewohner im Heim. Er soll sich in letzter Zeit reichlich merkwürdig benommen haben: „Der hat stundenlang lautstarke Selbstgespräche geführt." Wie bekannt wird, ermittelt die Polizei bereits gegen den jungen Mann, nachdem dieser Tage zuvor in einem Zehlendorfer Lokal randaliert hat.
Das Verbrechen soll er in geistiger Verwirrung begangen haben. Ob er Drogen genommen habe oder psychisch krank sei – dazu wollen sich die Ermittler nicht äußern. In der einschlägigen Presse ist neben Terrorverdacht (Unter anderem wird er mit den Worten zitiert: „Ich tat es für Osama bin Laden!") auch von Drogen- und Waffenhandel die Rede[1]. Außerdem heißt es, der tunesische Staatsbürger sei auch an den Anschlägen vom 11. März in Madrid beteiligt gewesen.
„Offiziell machte die Justiz am Montag nur diese Aussage zu dem spektakulären Fall: `Er wurde vernommen, und er hat sich geäußert. Zum Inhalt sagen wir nichts` - so Justizsprecher Grunwald. Er begründete dies mit `Ermittlungstaktik`, dies sei mit der Polizei abgesprochen. Bei der Mordkommission wurde dies kritisiert, `wir könnten sehr wohl was sagen`, hieß es dort, schon um die ins Kraut schießenden Spekulationen in der Boulevardpresse zu stoppen." (Der Tagesspiegel, 23.03.2004)
Wie die Mutter und die Sozialarbeiter erst später erfahren, weisen die polizeilichen Ermittlungen auf ein anderes Motiv hin: Kurz vor der Tat hat der junge Tunesier einen sehr heftigen Streit mit seiner deutschen Freundin, die die Beziehung beenden will. Der junge Mann soll geäußert haben „Heute bringe ich noch eine deutsche Frau oder einen Deutschen um".

+ + + Sonntag, 21.März + + +

Am Tag nach der tödlichen Messer-Attacke herrscht bei den Bekannten von Thomas tiefe Betroffenheit. „Du wirst in unseren Herzen immer weiter leben" haben zwei Freunde von Thomas am Tatort neben Blumen und Kerzen hinterlassen.
Um 15 Uhr treffen sich ca. 60 Freunde, Bekannte und der Vater von Thomas im Jugendclub „Wurzel". Die Mitarbeiter bieten ihnen, wie auch in den folgenden Tagen, einen Raum zum Reden an. Sie organisieren mit den Jugendlichen und für sie Gespräche und Aktionen, stehen ihnen bei, so gut es geht, und lassen sie mit ihren Emotionen nicht allein. Es gilt auch, Aktionen zum Gedenken an Thomas gemeinsam abzusprechen und zu gestalten.

Es ist insbesondere Thomas' Vater, der ab Sonntag jeden Tag die Jugendlichen besucht und ihnen Mut macht. Er stärkt die Gruppe, fordert sie auf, zusammenzuhalten und auf sich aufzupassen. Selbst in Schmerz und Trauer, appelliert er an die Teilnehmer, keinen Hass gegen Ausländer zuzulassen. Er betont, das es sich hier um einen Einzeltäter handelt.

[1] Siehe: Berliner Kurier vom 23.03.2004, Der Messer-Mord von Marzahn; von Claudia Keikus

Die Jugendlichen und Sozialarbeiter, viele unter Schock, überfordert und ohne Unterstützung von außen, lassen eine folgenschwere Entscheidung zu: Neben einem errichteten Kreuz ein Spruch, der noch eine Woche am Tatort verbleibt: „Hier wurde Thomas Pötschke von einem Tunesier hingerichtet."

Eine professionellere Herangehensweise wäre in dieser Situation denkbar und wünschenswert gewesen:
- Kollegen aus anderen Einrichtungen sichern die Öffnungszeiten des Klubs ab.
- Die Kollegen aus „Wurzel", unterstützt von erfahrenen Kollegen, begleiten die Eltern und Betroffenen, bereiten die Trauerfeier vor, leisten Öffentlichkeitsarbeit und gewährleisten den Zusammenhalt im Sozialraum. Offenbar muss auch noch irgendjemand auf das Jugendamt zugehen, wenn es einem schon nicht entgegenkommt.
- Notwendig wird in dieser Situation, dass die Sozialarbeiter das Verhältnis von emotionaler Betroffenheit und rassistischen Vorurteilen, in dieser Situation möglicherweise auch in den eigenen Reihen, thematisieren.
- Fachliche Begleitung wird eingefordert.

+ + + Montag, 22.März + + +

Das Büro des Regierenden Bürgermeisters übermittelt ein Beileidsschreiben an die Eltern. Im Laufe der Woche reagiert, in Person der Verantwortlichen des Sozialraumes, das Bezirksamt mit einer Anfrage über den Tathergang.

+ + + Donnerstag, 25.März + + +

In der „Wurzel" taucht der Mitarbeiter einer Security-Firma auf und bittet um Kontakt zu den Mitarbeitern und den betroffenen Jugendlichen im „Fall Tomas Pötschke". Er möchte einen Flyer mit einem Aufruf zu einem Trauermarsch verteilen und fordert die „verantwortungsgemäße Unterstützung" durch den Jugendclub. Der Mann informiert darüber, dass vor zwei Jahren ein Security-Mitarbeiter des „LeProm" erstochen wurde – von einem Ausländer. Man könne diesen „erneuten Vorfall" doch nicht auf sich sitzen lassen... Thomas sei doch „Einer von ihnen" gewesen[2].
Die Sozialarbeiter weisen sein Ansinnen zurück und lehnen die Verantwortung für diesen Trauermarsch ab. Sie sichern aber zunächst die Anwesenheit der Eltern und Freunde zu.

Seit Tagen verwandelt sich der Ort der Tat in ein Blumenmeer. Gleichzeitig mehren sich dort auch schriftliche „Grüße" der Rechten Szene.

Die Security-Firma meldet den Trauermarsch/Demonstration für den 3. April an und beginnt mit der Verbreitung eines eigenen Flyers.

[2] Thomas Pötschke war zwar regelmäßiger Besucher im „LeProm", aber weder Stammgast noch in die Organisation der Veranstaltungen eingebunden.

+ + + Dienstag, 30.März, 18.00 Uhr + + +

In der „Wurzel“ treffen sich Sozialarbeiter des Sozialraumes – Kolleg/innen der Träger Outreach , JAO und des Jugendclubs „Muchte“.
Alle Informationen über den Verlauf der letzen Woche werden zusammengeführt. Dabei verdichten sich die Hinweise, dass sowohl die Security-Firma als auch Rechtsextreme vorhaben, den Trauermarsch für ihre Zwecke zu missbrauchen.
Absprachen werden getroffen:

- Erstellung und Vervielfältigung eines neuen Flyers für den Trauermarsch, der durch den Vater von Thomas autorisiert ist
- Sicherung der Informationen zum Tathergang und Aktivierung der Sozialräume
- Kontaktaufnahme mit der OGJ (Operative Gruppe Jugendgewalt der Polizei)
- sofortige Entfernung aller rassistischen Schriftstücke am Tatort
- der Tatort wird regelmäßig kontrolliert
- Entwurf des Leitgedankens, der künftig alle Veranstaltungen in diesem Fall durchziehen wird:

„Für Zivilcourage, gegen jegliche Gewalt, wir trauern um Thomas Pötschke“

Die Sozialarbeiter bezeichnen dieses Treffen später selbst als den entscheidenden Wendepunkt in diesem Fall. Sie *reagieren* nicht mehr nur, sondern sie *agieren* zunehmend offensiv.
Allerdings wäre eine fachliche Einbeziehung aller bezirklichen Entscheidungsträger spätestens zum jetzigen Zeitpunkt notwendig gewesen, auch auf die Gefahr hin, dass weitere Parteien den Fall in ihrem Sinne zu nutzen versuchen. Hier gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialarbeitern, die negative Auswirkungen auf eine mögliche effektivere Aktivierung der Sozialräume nach sich zogen.
Als ein schwerwiegender Fehler wird bezeichnet, dass kein eigener Trauermarsch angemeldet wurde.

+ + + 20.00 Uhr + + +

Ein Mitarbeiter der „Security Disko M“ - Anmelder des Trauermarsches - taucht im Jugendclub „Muchte“ auf. Er verwahrt sich gegen jegliche weitere Einmischung und will wissen, welche rechten Gruppen noch kommen würden. Er hätte „doch alle informiert“ und auch darüber, „dass alle ohne Uniform kommen sollen“.
Die Sozialarbeiter machen darauf aufmerksam, dass sie eigene Security-Leute stellen. Sie werden verhindern, das der Trauermarsch von der Rechten Szene missbraucht wird.

+ + + Mittwoch, 31.März + + +

Die Sozialarbeiter treffen sich mit Vertretern der OGJ. Austausch über die gesicherten Erkenntnisse des Tathergangs. Die Anmelder der Demonstration – „Security Disko M“ – sollten nicht unterschätzt werden. Ihnen werden Kontakte in die Rechte Szene zugeschrieben. Es liegen ebenfalls gesicherte Informationen vor, dass das „rechte Netzwerk“ mobil gemacht hat: NPD, „Blood&Honour“, „Skinhead Gemeinschaft Marzahn/Hellersdorf“. Zudem besteht die Gefahr, das zeitgleich stattfindende Veranstaltungen der Neonazis in Neubrandenburg und Frankfurt am Main nach Berlin „umgelenkt“ werden. Eine Bremer Kameradschaft trifft am Freitag in Berlin-Marzahn ein. Bis zum 03.April fallen den Freunden und Bekannten immer mehr Rechte aus ganz Berlin am Tatort auf. Jugendliche werden durch die Rechte Szene gezielt angesprochen.
Die Boulevardpresse ihrerseits überhöht das couragierte und menschliche Verhalten von Thomas und verklärt ihn zum „Helden von Marzahn“. In der rechtsextremen Szene wird er nunmehr als der „Märtyrer von Marzahn“ gehandelt.

+ + + Donnerstag, 01.April + + +

Weitere Absprachen zwischen Sozialarbeitern, Jugendlichen und der OGJ. Es werden vier wichtige Entscheidungen getroffen:

1) Der Ablauf des Trauermarsches wird mit der OGJ bis ins kleinste Detail abgesprochen. Eine eigene Security – einheitlich in „Outreach"-Jacken – wird die Eltern und Freunde abschirmen, sobald die Rechte Szene aktiv werden sollte. Die Polizei kesselt die Rechte Szene daraufhin ein.
2) Das Bezirksamt hat die Anweisung herausgegeben, dass sich die Freizeiteinrichtungen der Sozialräume an eventuellen Aktionen im „Fall Thomas Pötschke" nicht beteiligen sollen. Man befürchtet, dass „die Sache aus dem Ruder läuft". Eine wesentliche Rolle bei dieser Bewertung spielt die Überschätzung des rechten Potentials und eine entsprechende Unterschätzung des bürgerlichen Engagements in den Sozialräumen. Entgegen diesen Anweisungen werden die Sozialräume durch die beteiligten Sozialarbeiter/innen aktiviert.
3) Die Sozialarbeiter werden im Zusammenhang mit dem Trauermarsch auch Jugendliche ansprechen, die in den letzten Jahren durch rechtsorientiertes Gedankengut aufgefallen sind und durch sie betreut werden. Es wird geklärt, welche dieser Gruppen (z.B. „Forum-Gruppe") durch Sozialarbeit erreichbar sind. Voraussetzung für ihre Teilnahme am Trauermarsch ist, dass sie den Leitgedanken akzeptieren und ohne Bomberjacken und Doc-Martens-Schuhe erscheinen.
   Später erweist sich, dass diese Gruppen sich an die Absprachen halten werden.
4) Das bundesweite Netzwerk praxisnaher Sozialarbeit hat in dieser Situation sehr gut funktioniert. Informationen über die Bewegung rechtsextremer Gruppierungen gingen aus anderen Bundesländer bei den Berliner Kollegen ein.

+ + + Freitag, 02.April +++

Unterstützt von den Sozialarbeitern entwerfen die Freunde von Thomas ein Schreiben für das Kondolenzbuch, in dem es heißt:

Thomas war ein offener, fröhlicher und allzeit hilfsbereiter Mensch.
Im Kreise seiner Freunde unterstützte er gemeinsame Aktivitäten, die er in seiner Freizeit mitorganisierte.
So zählte er mit zum Stammpublikum des Jugendklubs „Wurzel", spielte in einer Sport-Freizeitgruppe Fußball und Volleyball und war ein leidenschaftlicher Biker.
Sein großer Freundeskreis schätzte ihn aufgrund seiner Bescheidenheit, zugänglichen Art und Unkompliziertheit und das machte ihn zu einem beliebten Mitmenschen.
In schwierigen Situationen zeigte er offen seine Zivilcourage und durch persönliches Engagement half er, Probleme zu lösen.

Mitarbeiter des Diskjockey-Teams der „Wurzel", bei dessen Partys Thomas ehrenamtlich beim Auf- und Abbau mithalf, sagen: „Er war ein feiner Kerl, der da war, wenn man ihn brauchte. Aber sein Gerechtigkeitssinn und seine offene und zupackende Art könnten ihm am Sonnabend zum Verhängnis geworden sein."

Sie vervielfältigen das von den Sozialarbeiter/innen angeregte Plakat „Für Zivilcourage, gegen jegliche Gewalt. - Wir trauern um Thomas Pötschke - ."

Der Vater gibt dem „Berliner Kurier“ ein Interview, das noch in der Abendausgabe gedruckt wird: „Wir gehen auf die Straße, um die Brutalität in unserer Gesellschaft anzuprangern. Trittbrettfahrer haben morgen keine Chance!"

Die erneuten Befürchtungen des Bezirksamtes, die Aktion gefährde Kinder, Jugendliche und Anwohner, werden mit Hinweis auf die Absprachen mit der OGJ und den Einsatzkräften zurückgewiesen.

Thomas' Vater macht in den Tagen bis zum Trauermarsch immer wieder deutlich: *„Mein Sohn war kein Rechter“.* Er geht immer wieder in den Jugendclub, spielt mit den Freunden von Thomas Tischtennis und spricht mit ihnen. Er wendet sich gegen „Hass-Tiraden oder Vergeltungsschläge gegen Ausländer. Der Tod meines Sohnes war das Werk eines Einzelnen.“
In Form von Solidaritätsaktionen und Spendensammlungen erweisen Mit-Lehrlinge, Freunde und auch völlig unbekannte Menschen Thomas eine letzte Ehre. An den Spendensammlungen beteiligen sich seine ehemalige Schule, Lehrlinge und Ausbilder aus den Vulkan-Standorten, wo er im Februar seine Lehre als Zweirad-Mechaniker abgeschlossen hat, die Presse, Jugendklubs und die Streetwork-Teams. Sie werden über 5000 Euro spenden[3].

+ + + Sonnabend, 03.April, 13.00 Uhr +++

Vorbereitung des Trauermarsches, Aufbau des Kondolenzbuches und nochmalige Absprachen der Sozialarbeiter mit dem Vater und der OGJ:

- die Sozialarbeiter begleiten die gesamte Zeit über den Vater und die Freunde,
- die eigene Security ist durch „Outreach“-Jacken und Basecaps gekennzeichnet,
- sobald rechte Parolen etc. zu vernehmen sind, schirmt die Outreach-Security die Eltern und Freunde ab und die Polizei drängt die `rechten Gruppierungen` ab,

[3] Die Spendenaktion ist von den Freunden organisiert worden. Die Mutter ist Sozialhilfeempfängerin. Das Geld ist für die Beerdigung vorgesehen.

+ + + 13.30 Uhr + + +

Zwischen 600 und 800 Menschen versammeln sich um den Tatort. Sie legen Blumen nieder und kommen mit den Freunden von Thomas ins Gespräch. Fünfzig Plakatschilder "Für Zivilcourage - gegen jegliche Gewalt" geben die Stimmung wieder, die unter den Anwesenden herrscht. Insbesondere Kinder und Jugendliche zeigen diese Schilder.

In Begleitung von Sozialarbeitern geht der Vater auf den Veranstalter zu und weist noch einmal auf die Absprachen hin:

- nur der Vater und der Anmelder dürfen während der Veranstaltung sprechen,
- Worte wie „Ausländer“, „Tunesier“ oder „hingerichtet“ dürfen nicht verwendet werden,
- „Mein Sohn war kein `Rechter`“; Er, der Vater, dulde daher keinen "rassistischen Missbrauch der Veranstaltung bzw. rechtsradikale Äußerungen und Bekundungen"

Ungefähr 200 Teilnehmer sind dem "Rechten Lager" zugehörig: B&H, NPD, „Hammerskins“, „Kameradschaft Tor“ (Friedrichshain), „Skinhead-Gemeinschaften Marzahn und Hellersdorf“, „Wotans Volk“, DVU, BFC Hooligans und etliche Mitläufer. Sie werden zum Ende des Trauermarsches hin ihre zunächst bedeckt gehaltenen rechte Symbole (T-Shirts, Tätowierungen, Basecaps) zeigen.

+ + + 14.00 Uhr +++

Der Vater wendet sich an die Teilnehmer und wählt ganz bewusst das Megafon, dass ihm die Sozialarbeiter reichen. Er sei froh, dass so viele am Trauermarsch teilnehmen und sagt weiter: „Lasst uns das Geschehene nicht vergessen. Die Bestrafung des Mörders muss so hoch wie möglich ausfallen." Er freue sich, dass so viele den Schmerz und die Trauer mit ihm, den Angehörigen und Freunden teilten. Die Tat dürfe jedoch nicht zu "Vergeltungsschlägen gegen Ausländer führen" und während der Demonstration sollten "keine politischen Parolen gerufen werden".

Einige Sozialarbeiter verhalten sich aus persönlicher Betroffenheit problematisch und halten nicht alle Absprachen ein, insbesondere die, durchgehend bei den Eltern zu bleiben, komme, was da wolle. So sind es der Anmelder des Trauermarsches und ein in der Szene bekannter ehemaliger B&H-Aktivist, die dem Vater medienwirksam nicht von der Seite weichen.

In seiner Rede wird sich der Veranstalter an die Absprachen mit dem Vater halten. Er bittet die Anwesenden, den Wunsch des Vaters, keine politischen Bekundungen zuzulassen, zu respektieren.

+ + + 14.15 Uhr + + +

Der Trauermarsch setzt sich hinter dem Führungstransparent der Veranstalter - “Thomas Pötschke - ermordet mit 20 Jahren“, das von den Eltern, Matze und den Security-Leuten getragen wird, in Bewegung. Der Trauermarsch führt durch die Marzahner Promenade, endet gegen 16.00 Uhr mit einer Schweigeminute und wird von den Veranstaltern aufgelöst.
Von vielen mit Anerkennung vermerkt: 15 bis 20 Jugendliche, Punks bzw. vom Äußeren her eher der `linken Szene` zuzurechnen – trauern um Thomas Pötschke und lassen sich von den „Rechten“ nicht abschrecken.

Die Situation droht zu eskalieren, weil einige Kameradschaften nicht gehen wollen. Dem Veranstalter wird von ihnen vorgeworfen, dass „die Sache nicht nationalistischer gewesen ist".

+ + + 14.30 Uhr +++

Von wenigen beachtet, findet eine ganz besondere Szene statt: Gegen 14.30 Uhr, der Trauerzug hat gerade den Parkplatz und damit den Tatort verlassen, hält ein junger Mann vor dem Holzkreuz inne. Er wickelt einen Strauß roter Rosen aus dem Papier und legt sie an das Kreuz. Er sagt: „Ich schäme mich für meinen Landsmann." Er habe bis zum Weggang des Trauerzuges gewartet, weil er die Leute nicht provozieren wolle. „Ich wünsche der Familie und den Freunden viel Kraft, um den Schmerz zu überwinden." Er sei, wie der Täter auch, in Tunis geboren. Nach einer Trauerminute verneigt er sich vor dem Holzkreuz und geht zurück zum S-Bahnhof.

Der Vorschlag für ein eigenes Führungstransparent wird durch interne Streitigkeiten der Sozialarbeiter verhindert. Es kommt erneut zu Situationen, in denen sich die Sozialarbeiter überfordert fühlen und nicht an Vereinbarungen halten. Die an Heftigkeit zunehmenden Auseinandersetzungen unter den Sozialarbeitern, die bis zu persönlichen Angriffen führen, gefährden zunehmend ihre Handlungsfähigkeit. Die fachliche Begleitung des Prozesses weist erhebliche Schwächen auf.
Dennoch wird der *zivile* Trauermarsch zu einem Erfolg. Entgegen den Befürchtungen des Bezirksamtes steht die Veranstaltung bis zuletzt unter der Kontrolle von OGJ, Einsatzkräften und Sozialarbeitern.

Die Antifa ist an gesicherten Informationen über das Geschehen nicht sonderlich interessiert. Sie weist nur daraufhin, dass selbst die Polizei einen islamistischen Hintergrund als völlig abwegig bezeichnet. Weil die Boulevard-Presse den „Helden von Marzahn" zu „einem Musterbeispiel von Zivilcourage hochstilisiere", versteigt sich die Antifa im Fall Thomas Pötschke zu der abwertenden Beurteilung: „Zugleich wird auch der Begriff Zivilcourage sinnentleert."[4]

Obwohl es im Chat-Forum der Antifa wiederholt Versuche gibt, den tatsächlichen Tathergang zu untersetzen und die Person Thomas und seine politische Gesinnung `richtig zu stellen`, werden immer wieder rechtsextremistische Verbindungen hergestellt.

„...Thomas (der Getötete) soll wohl im Jugendclub `Wurzel` abgehangen haben. Der ist nach dem Mord an Silvio Meier 1992 schonmal abgebrannt, heute soll es dort auch nicht besonders nett sein."
„... vor einer Stunde waren es so ungefähr 20-30 personen! Grund der mahnwache könnte die messerstecherei vor gut ner woche gewesen sein bei dem ein marzahner ums leben gekommen ist, welcher wohl auch verbindungen zur neonazi szene haben soll, ..."[5]

Noch am15.04.2004 ist im Aufruf zu einer antifaschistischen Gegenkundgebung zu lesen:
„Thomas Pötschke wurde von einem Tunesier erstochen. Die NPD und andere Nazis versuchen nun an der bürgerlichen Verurteilung des Tunesiers anzuknüpfen, um ihr faschistoides Gedankengut anhand von `Tatsachen` zu beweisen und mal wieder salonfähig zu machen. Dass in der Presse nie die Aussage des Tunesiers erscheint und man den Mythos des zivilcouragierten Deutschen erbaut, der den `randalierenden` Tunesier stoppen wollte und damit sein Leben verlor, zeigt wie sehr die deutsche Gesellschaft mit rassistischer Vorverurteilung zersetzt ist. In keiner bürgerlichen Presse kam der Verdacht auf, dass man hier eventuell das Opfer zum Täter macht."[6]

Selbst noch Wochen später wird in der Antifa-Szene das Gerücht einer rassistisch motivierten Tat kursieren.

[4] Siehe: „Nazi-Agitation missbraucht tödliche Auseinandersetzung" von Falco Schumann, antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v., rundbrief nr. 15, mai 2004
[5] Siehe: www.de.indymedia.org, 07.04.2004, 20:32 Uhr
[6] Siehe: www.de.indymedia.org. von Smash Fascism – 15.04.2004, 12:08 Uhr

+ + + Mittwoch, 07.April +++

Die NPD hat „zu Ehren von Thomas Pötschke“ eine Demonstration von 15.00 bis 23.00 Uhr angemeldet. Zwischenzeitlich beteiligen sich ungefähr 50 Neonazis. Die Demonstration endet mit einem Fackelmarsch.

Die Sozialarbeiter sind zwar über die Demonstration vom 07.04. informiert, aber sie reagieren nicht. Es werden keine Schritte unternommen, obwohl es Überlegungen gibt, die Eltern, Freunde, Bekannte und den Sozialraum zu mobilisieren. Ziel wäre es gewesen, den Tatort zu sichern, einen Kreis darum zu bilden und somit die Distanz zur rechten Szene zu wahren. Die Leitung der Sozialarbeiterteams ist noch immer unzureichend gewährleistet.

+++ 12:30. + + +

Aus einem Chat-Forum der Antifa[7]:

„Seit ca. 12:30 Uhr versammeln sich am S-Bahnhof Marzahn Nazis um eine Mahnwache abzuhalten. Zur Stunde sind ca. 15 Nazis anwesend, welche gut abgeschirmt von Bullen gelangweilt rumstehen. Ein paar Antifa`s sind vorort um Bilder zu schießen!"

+ + + 17:30 + + +

ebenda:

"Es sind immer noch um die 20 Nazis am Start und belästigen vorbeifahrende Auto-Insassen mit zwei dämlichen Transpis: "Deutschland uns Deutschen" und "Multikulturell= Kriminell".
Und es sind immer mal wieder Personen zu beobachten die dort rumstehen, vermutlich Bekannte/Verwandte/Schulfreunde etc. Bisher waren diese Leute - rein äußerlich - nicht dem rechten Spektrum zuzuordnen (zumindest, nachdem was ich im Vorbeifahren gesehen habe, von Vorurteil-behafteten Klamotten wie `Londsdale` etc. mal abgesehen, aber sowas bedeutet in Marzahn eh nich viel)."

+ + + 18:09 + + +

ebenda:

"...beiträge im fernsehen, wo auch freunde des opfers zu wort gekommen sind. bei den berichten die ich gesehen habe. äußerte keine/r der bekannten rechte argumentationen, ist also naheliegend, dass die faschos die sache instrumentalisieren, so nach dem motto `guter deutscher rechtschaffender bürger von kriminellem ausländer ermordet`".

"Ich glaube mich an Zeitungsartikel erinnern zu können, in dem erwähnt wurde, dass der Vater des Opfers vor möglichen rassistischen Auslegungen gewarnt hat. Wenn dem tatsächlich so ist, kann man die Aktion der Nazis nur als widerlich einstufen. Insofern würde mich freuen, wenn jemand fundierte Hintergrund-Infos liefern könnte:
- was sagen die Eltern zu dieser Aktion?
- war das Opfer rechtsgesinnt, oder gar Mitglied einer rechten Organisation?
- Handelt es sich vielleicht um "Kameraden des Opfers.... etc.?"

+ + + 08.04., 01:01 + + +

ebenda:

"Auf die Art produziert man Nazis: Verschweigen, Schönreden und Verständnis allerorten für ausländische Mörder, aber dabei ständig versuchen eine `rechte Sau` aus dem Hut zu zaubern und durchs Dorf zu jagen. Die Strategie geht nach hinten los. Is ja nicht so, daß die Normalbürger das nicht mitbekämen (Vor allem dann, wenn sie selber schon mal Opfer waren)."

[7] Siehe: www.de.indymedia.org, Chat-Nachrichten vom 07.04., 12.30 Uhr bis 08.04., 14.30 Uhr

Jugendliche aus den Freizeiteinrichtungen, die im abwertenden Sprachgebrauch der Antifa als „Normalos" *(„Ganz normale Leute eben, nix Besonderes")* bezeichnet werden, speisen gesicherte Informationen zum „Fall Thomas Pötschke" ins Antifa-Chat-Forum ein. Man will mit dem moderaten Teil der Antifa ins Gespräch kommen. Selbst tolerant gesinnte Jugendliche aus der Antifa-Szene, die sich gegen eine politische Instrumentalisierung wenden, geraten unter Druck und werden tätlich angegriffen. Ab jetzt kann die Antifa nicht mehr behaupten, dass es nicht mindestens eine Gruppe von Bürgern, im übrigen in diesem Fall die so genannte `weiße Mehrheitsgesellschaft`, gibt, die ausschließlich zivilgesellschaftliche und/oder menschliche Gründe für ihr Handeln vorweisen kann.

+ + + 08.04.,14:30 +++

ebenda:
"1. Thomas Pötschke ist keinesfalls dem rechten Spektrum zuzuordnen. Sein Einsatz am 20.03. beruhte auf Zivilcourage, nicht auf rassistischen Motiven.
2. Der Jugendclub "Wurzel" hat als Klientel eher unpolitische Jugendliche, unter anderem auch Aussiedler und Russen. Dementsprechend sollte mensch auch hier keinen Zusammenhang herstellen.
3. Beim Trauermarsch am 03.04.2004, an dem meine Wenigkeit auch teilnahm, waren zwar B&H-Aktivisten, NPD-Leute und Angehörige der Kameradschaft Hellersdorf anwesend, diese machten jedoch höchsten 25 Prozent der Veranstaltung aus. Der Rest der Demo setzte sich aus Bürgern zusammen, die mobilisiert wurden, um eine Politisierung des Falles zu verhindern. Die meisten Bürger trugen Schilder mit der Aufschrift „Für Zivilcourage. Gegen jegliche Gewalt. Wir trauern um Thomas Pötschke."

Fazit: Bitte nicht die geistige Verfehlung weniger gleichsetzen mit dem Engagement vieler Marzahner Bürger! Respektiert das Verhalten von Thomas und zieht seinen Namen nicht in den Dreck! Und schreibt nur über Sachen, von denen ihr aus erster Hand wisst und mutmaßt nicht aufgrund von Zeitungsartikeln oder sichtbarem Verhalten von Vollidioten! Danke!"

+ + + 15. April +++

Die NPD hat für diesen Tag erneut eine Demonstration ab 16.00 Uhr angemeldet.

+ + + 11.00 Uhr +++

Die Jugendstadträtin des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf informiert den Geschäftsführer des VskA (Verband für sozial -kulturelle Arbeit) und die Sozialarbeiter des Sozialraumes über die geplante Demonstration der NPD, die am Tatort stattfinden soll. Sie sichert den Sozialarbeitern jegliche Unterstützung bei der Verhinderung des Aufmarsches zu.
Bis 14.00 gelingt es, den Sozialraum Marzahn-Mitte, Eltern und Freunde zu mobilisieren.

+ + + 14.00 Uhr + + +

Die Stadträtin Frau Dr. Schmidt richtet sich mit engagierten Worten an die Jugendlichen in der „Muchte": Sie wolle den Jugendlichen beistehen, so gut es gehe und sie in ihrer Trauer und Wut nicht allein lassen. Die Demonstration könne aber gefährlich werden, weil die Neonazis vor Ort gewaltbereit seien. Sie verbietet den Unter-18-Jährigen die Teilnahme an der Veranstaltung und macht die Sozialarbeiter auf ihre Aufsichtspflicht aufmerksam. Einige der Unter-18-Jährigen entscheiden dennoch für sich selbst und nehmen teil.

+ + + 15.30 Uhr +++

30 bis 35 Jugendliche, Freunde und Verwandte treffen am Tatort ein. Dort halten sich ungefähr 10 Neonazis im Abstand von 10 m zum Tatort auf. Die OGJ, der Präventionsbeauftragte und ca. 100 Einsatzkräfte - in angrenzenden Straßen sechs Bereitschaftsfahrzeuge der Polizei - sind vor Ort. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite haben sich zehn junge Leute der Jugend-Antifa aufgestellt. Ihr Transparent fordert: „ORGANISIERT EUCH IN DER JUGENDANTIFA! WEHRT EUCH GEGEN NAZIS!"

Die Angehörigen und Freunde bilden einen Kreis um den Tatort. In Begleitung von Sozialarbeitern versucht der Vater, mit den NPD-Leuten ins Gespräch zu kommen. Er fragt sie, mit welchem Recht sie den Tod seines Sohnes als Plattform für ihre Propaganda missbrauchen.
Die abweisende Antwort erhält er von ihrem Anführer: „Ganz Deutschland ist unsere Pattform."
Der Vater weist darauf hin, dass er seinen Anwalt ersuchen wird, juristisch gegen weitere Kundgebungen von Neonazis vorzugehen.

+ + + 16.30 Uhr + + +

Die Stadträtin führt ein Gespräch mit zwei „Passanten", die sich in sicherer Entfernung vom Ort des Geschehens auf der Fußgängerbrücke am S-Bhf. aufhalten und die Geschehnisse beobachten. In Wirklichkeit handelt es sich bei ihnen um zwei (namentlich bekannte) Mitarbeiter von Beratungs- bzw. Netzwerkeinrichtungen gegen Rechtsextremismus. Die beiden ordnen, wider besseren Wissens, sogar ihnen persönlich bekannte Sozialarbeiter der „Rechten Szene" zu. Daraufhin wendet sich die Stadträtin an die Freunde und Bekannten von Thomas. „Auch völlig Unbeteiligte" hätten sie darauf aufmerksam gemacht, dass alle Leute um den Tatort rein optisch zur NPD-Demonstration gehören würden. Sie alle müssten daher zur Demonstration der Jugend-Antifa, die sie auch als „PDS-Demonstration" bezeichnet, gehen. Die Jugendlichen weisen diesen Vorschlag zurück.

+ + + 18.00 Uhr + + +

Nach ungefähr zwei Stunden hat die Stadträtin zumindest eines erreicht: Die Jugendlichen geben den von ihnen bisher gegen die Nazis geschützten Tatort auf und ziehen sich in die „Wurzel" zurück.
Erst jetzt wagt sich die NPD näher an das Holzkreuz heran.
In einem Gespräch mit den Sozialarbeitern bedankt sich der Vater für deren Unterstützung.

Aus der Presse[8]:
„NPD und Freie Kameradschaften versuchen das Aufsehen um den Mord zu nutzen und den `Helden von Marzahn` zum Märtyrer für ihre Sache zu erklären. ... Gerüchte kursieren, Thomas Pötschke sei einer der ihren gewesen. ... `Deutschland uns Deutschen` und `Multikulturell = kriminell` verkünden die Transparente, die auch am 15. April am S-Bahnhof Marzahn aufgezogen wurden. Immerhin war den Neonazis verboten worden, sich direkt am Tatort, an der mit Holzkreuz, Blumen und Kerzen improvisierten Gedenkstätte, aufzustellen. Dort haben sich die Freunde des Ermordeten niedergelassen."

+++ 16. April +++

Der VskA beantragt bis zum 30.04.2004, dem Tag von Thomas' Beerdigung, das Demonstrationsrecht am Tatort in der Zeit von 16.00 bis 22.00 Uhr.
Gleichzeitig werden durch Jugendliche und Sozialarbeiter am Vorabend angefertigte Schilder und Fotos am Tatort angebracht. Zentrale Forderung: *"Wir distanzieren uns von jeglichem Missbrauch durch politische Gruppierungen".*
In Absprache mit der Polizei und den Sozialarbeitern bereiten die Eltern die Beerdigung vor. Fünf bis fünfzehn Freunde, Eltern, Verwandte und Sozialarbeiter werden ab jetzt täglich den Tatort sichern.

[8] Siehe: "Mein Sohn war kein Rechter" von Uwe Ruprecht, Neues Deutschland, 20.04.2004

Am Mittwoch vor der Beerdigung findet eine Aussprache der beteiligten Sozialarbeiter statt. Hier zeigt sich, dass der enorme persönliche und politische Druck der vergangenen Monate nicht folgenlos an den Kolleg/innen vorbei gegangen ist. Insbesondere die Mitarbeiter der „Wurzel“ fühlten sich von ihren Kolleg/innen „überrannt“ und vereinnahmt.
Daher scheitern – fast zwangsläufig – auch weitergehende Überlegungen zum Umgang mit dem Tatort. So waren zum Beispiel die tägliche Absicherung des Tatortes durch je eine Freizeiteinrichtung des Stadtbezirkes und Veranstaltungen und Lesungen zu Themen wie „Zivilcourage“ und „Gewalt“ vorgesehen.
Immer häufiger taucht die Frage auf, wie mit dem Tatort umzugehen sei. Ein Versuch, die Mutter zu bewegen, den Tatort im Zusammenhang mit der Beerdigung aufzulösen, scheitert zunächst.
Erst nach der Beerdigung ihres Sohnes und nach einer Reihe von Gesprächen mit Sozialarbeitern, die sie darauf hinweisen, dass der Tatort von Tag zu Tag schwerer zu schützen sei, ist sie bereit dazu.

+ + + Freitag, 30.April, 10.20 Uhr + + +

Zehn Minuten bevor der Vater seinen Sohn zu Grabe trägt, fragt er im Gespräch mit Sozialarbeitern und dem Präventionsbeauftragten, wie der Tatort aufzulösen und gegen weiteren Missbrauch zu schützen ist.

+ + + 10.30 Uhr + + +

Es ist still auf dem Parkfriedhof Marzahn. Viele Freunde sind gekommen. In der kleinen Kapelle ist kaum Platz. Dort drängen sich 50 Menschen, draußen harren weitere 200 Trauernde aus. Mit bebender Stimme hält Matze eine der Trauerreden: „Du wolltest nur helfen. Gott machte einen Fehler, als er dich zu sich nahm."
"Mach`s gut, mein Herzensschöner, nun lasse ich dich zieh’n" - Thomas’ Lieblingslied der Berliner Band „Rosenstolz" begleitet ihn auf seinem letzten Weg. Am Grab hört man leises Schluchzen vieler, meist jugendlicher Trauergäste.

+ + + 04.Mai + + +

Pressemitteilung
„Die Jugend-BVV Marzahn-Hellersdorf möchte den Angehörigen von Thomas Pötschke ihr Beileid bekunden und seinen Mut zur Zivilcourage würdigen. ... Sein tragischer Tod sollte uns in unserer Bereitschaft bestärken nicht wegzuschauen, sondern dazu führen, Schwächeren in Notlagen zu helfen und so das Andenken an Thomas Pötschke zu ehren."[9]

Der Vorschlag von Jugendlichen und Sozialarbeitern, im Jugendamt eine Tafel zum Gedenken an Thomas Pötschke anzubringen, wird vom Bezirksamt nicht weiter verfolgt.

Die Vernetzungsrunde des Sozialraums Marzahn Mitte schlägt Thomas Pötschke für den „Gewaltpräventionspreis“ und den Vater Udo Pötschke für den Ehrenpreis der „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“ vor. Beide Vorschläge werden mit dem Hinweis, es werden nur Projekte geehrt, abgelehnt,

Eine Anerkennung von offizieller Seite steht aus.

Die Mutter hat am Tatort erneut ein kleines Holzkreuz angebracht. Sie braucht zwei Orte zum Gedenken an ihren Sohn.

[9] Siehe: Zivilcourage nötig, Berliner Stadtteilzeitung Nr. 298, Hellersdorfer Ausgabe, 04.05.2004

„Rechtsextreme Orientierungen unter Jugendlichen – versagt Jugendpolitik, verzagt Jugend(sozial)arbeit“ von Prof. Dr. Jürgen Gries, Dr. Irmgard Steiner, Dr. Gerhard Wenzke

Der Beitrag macht auf Entwicklungstendenzen im Verhältnis der Jugendlichen zum Rechtsextremismus aufmerksam, die als Entgrenzung des Politischen gefasst werden können. Nicht wenige Jugendliche, häufig an bestimmten, dem Lebensalter entsprechenden Entwicklungsaufgaben gescheitert, (Schulabbruch, Lehre abgebrochen oder gar keine bekommen, Probleme mit den Eltern) sind gewaltbereit und haben nicht selten Gewalt habituiert. Gewaltbereite Jugendliche nutzen Aussagen und Losungen, die dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind, weitgehend nur als Legitimation oder verzichten auch je nach Legitimationszwang ganz auf solche Begründungen. Die Grenzen einer politisch legitimierten Gewalt zur Alltagsgewalt sind oft nicht mehr unterscheidbar. Institutionelle oder organisatorische langfristige Bindungen größerer Gruppen von Jugendlichen an rechte Parteien oder Organisationen sind nicht zu identifizieren, die allgemein anzutreffende Distanz zu politischen Institutionen findet sich auch in der rechten Szene. Die schon in der Vergangenheit anzutreffende Definition von Gruppen aus dieser Szene über jugendkulturelle Momente wie Musikstile, Kleidungssymbole, Tattoos erodiert. Politisch legitimierte Gewalt formiert sich unter Jugendlichen meist situativ und episodisch (eventorientiert) und nicht als langfristig formuliertes Handlungsprogramm. Der Beitrag nutzt eine Typisierung der Gruppen, um das Phänomen rechtsextremistisch legitimierter Gewalt besser identifizieren zu können. Die Erosion des Politischen ist in einen umfassenderen Prozess politisch konservativer und sozial selektierender Prozesse in der Gesellschaft eingeordnet, der sich u.a. auch einer verstärkten strukturellen Gewalt bedient. Die sich entgrenzenden Momente des Politischen führen auch dazu, dass Jugendpolitik und Jugendsozialarbeit sich vielfältiger Interventionsprogramme bedienen müssen, die arbeitsmarktpolitische, sozialrechtliche, kulturelle Aktivitäten propädeutisch auslösen und über sozialpädagogische Arbeit hinausgehen müssen.
Rechtsextremistische Tendenzen auch unter der Jugend sind in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt vor allem durch politisch motivierte Gewalttaten insbesondere gegen Fremde unübersehbar geworden und haben Gesellschaft sowie Politik zu unterschiedlichsten Maßnahmen gezwungen, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. Gefragt ist dabei Jugend(sozial)arbeit als ein Mittel, Jugendlichen, die Gefahr laufen an den Rand der Gesellschaft zu geraten, durch praktische und ideelle Hilfe Wege zu ebnen, öffentlich anerkannte Einstellungen und Verhaltensweisen zu finden und nicht einer menschenverachtenden Idee und Politik anzuhängen sowie sich zu anomischen bis delinquenten Handlungen missbrauchen zu lassen.
Mit dem Begriff Rechtsextremismus werden Einstellungen von Jugendlichen sowie Erwachsenen charakterisiert, die Gewaltakzeptanz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Ideologieelemente des Nationalsozialismus, Anerkennung des Führerprinzips, völkische Attribute (Blutsgemeinschaft, Rassentheorien, Volk und Raum), Einvernahme des Germanenkults (Runenschrift und Symbole), Verfälschung der jüngeren deutschen Geschichte und des Nationalsozialismus beinhalten. In den seltensten Fällen ist bei Jugendlichen eine geschlossene rechte Weltanschauung und entsprechendes Handeln zu finden. Viele Vorstellungen sind rudimentär, sind populistische Versatzstücke, plakative Sprüche u.a., d.h. rechtsextremistische Einstellungen haben ganz unterschiedliche Ausprägung und Tiefe. Handlungsrelevant werden rechts-extremistische Einstellungen in unterschiedlichem Maße, abhängig von Handlungsfeldern in Organisationen entsprechenden Charakters (politische Parteien oder Organisationen) oder als spontane Freizeitaktivitäten in einer Clique, Gruppe oder Peergroup oder auch in einem Netzwerk, mit mehr oder weniger verbindlichen Verhaltensnormen.

Das gewöhnliche Bild, das die Medien von rechtsextremistischen Jugendlichen zeichnen, ist wenig differenziert. Um so mehr ist sozialwissenschaftliche Erkenntnis gefragt, um hinter die Erscheinungen der martialisch Marschierenden oder grölenden Jugendlichen zu schauen und auch die in den Blick zu bekommen, die in Cliquen oder Gruppen wenig sinnvoll ihre Freizeit verbringen und durch anomisches Verhalten sowie „rechte" Sprüche und Symbole oder Outfit auffallen.
Der effiziente Einsatz von Jugend(sozial)arbeit erfordert Analysen sowohl der sozialen Lage, der Einstellungen und Verhaltensweisen der Jungen und Mädchen als auch der präventiven oder intervenistischen Arbeit von Projekten, die sich mit Jugendlichen, die von rechtsextremen Einstellungen und Verhaltensweisen beeinflusst sind, befassen.

1. Jugend und Rechtsextremismus

In vielen Jugenduntersuchungen wurde und wird immer wieder die Frage gestellt (beispielsweise in den verschiedenen Shell-Jugendstudien; Stöss 2000; Kleinert, de Rijke 2001), welchen Einfluss der Rechtsextremismus auf die heranwachsende Generation ausübt. Dabei wird häufig eine „links-rechts"-Positionierung von den Jugendlichen erwartet. Es gibt berechtigte Zweifel daran, ob die Einteilung jugendlicher Verhältnisse und jugendlichen Verhaltens in ein Rechts-Links-Schema noch produktiv ist und mit der Etikettierung „rechts" oder „rechtsextrem" reale politische Phänomene adäquat beschrieben werden können (Idzikowski, i.d.B.). Griffige Indikatoren für „rechts" oder „links" zu benennen, fällt für manche Handlungsbereiche schwer wie z.B. die Ökologie, die Nutzung der Gen- oder Kerntechnologien oder die Praktiken des demokratischen Parlamentarismus. Darüber hinaus markiert die Polarität nur die jeweiligen Endpunkte eines Intervalls, die wiederum nur vage umschrieben werden können.
Wenn auch in der Politik und in den Sozialwissenschaften „links" und „rechts" diffus definiert werden, können sich Jugendliche mit diesen Begriffen nach unseren Erfahrungen problemlos identifizieren und sich selbst einordnen. Somit haben diese Begriffe bei aller Unschärfe eine handlungsorientierende und abgrenzende Bedeutung für Jugendliche. Exemplarisch seien hier zu diesem Sachverhalt Daten aus der 14. Shell-Jugendstudie (2002) zitiert (vgl. Tab. 1 und 2).

Tab. 1: Links-Rechts-Positionierung Jugendlicher im Alter von 12 - 25 Jahren (in %)

Jugendliche positionieren	West	Ost
links (0-2)	7	10
eher links (3-4)	21	22
mitte (5)	24	33
eher rechts (6-7)	13	13
rechts (8-10)	3	4
ohne Positionierung	32	18

Positionierung erfolgte auf einer Skala von 0 = Links bis 10 = Rechts
Aus: Schneekloth 2002, 95.

Tab. 2: Zeitreihe: Nahestehende politische Gruppierungen (in Prozent)

Jugendliche im Alter von 15–24	1991	1996	1999	2002
CDU/CSU	14	14	22	26
SPD	25	20	21	25
Bündnis 90/Grüne	15	22	11	9
FDP	-	2	2	7
PDS	-	3	3	4
Rep/NPD/DVU		2	3	1
Andere		3	3	1
keine Partei	36	33	36	27

Aus: Schneekloth 2002, 98.

In dieser Untersuchung aus dem Jahr 2002 trauen die Jugendlichen den rechten Parteien nur zu zwei Prozent die Kompetenz zu, die Probleme in Deutschland lösen zu können (Schneekloth 2002, 100). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich in dieser Untersuchung 55 Prozent der befragten Jugendlichen für ein Verbot der NPD aussprachen (ebd., 104).
Ende des Jahres 2000 gab es in Deutschland 144 rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse und die Zahl ihrer Mitglieder betrug etwa rund 50.900 (vgl. Tab. 3). Hier sind jedoch alle Altersgruppen erfasst. Zu den subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten wird auch die Gruppe der Skinheads gezählt (etwa 85 Prozent) und hier betätigen sich insbesondere Jugendliche. Skinheads stellen eine Subkultur dar, eine von der „Normalität" abweichende, gegen sie gerichtete Kultur mit eigenen Gesellungsformen, Lebensstilen und Wertvorstellungen (Stöss 2000, 162). Die äußeren Merkmale sind zu einem weiten Teil zum Modetrend unter Jugendlichen geworden. Dabei ist die Skinhead Musikszene ein wichtiger Faktor bei der Entstehung und Verfestigung von Gruppen rechtsextremistischer und gewaltbereiter Jugendlicher.

Tab. 3: Rechtsextremismuspotenzial in Deutschland

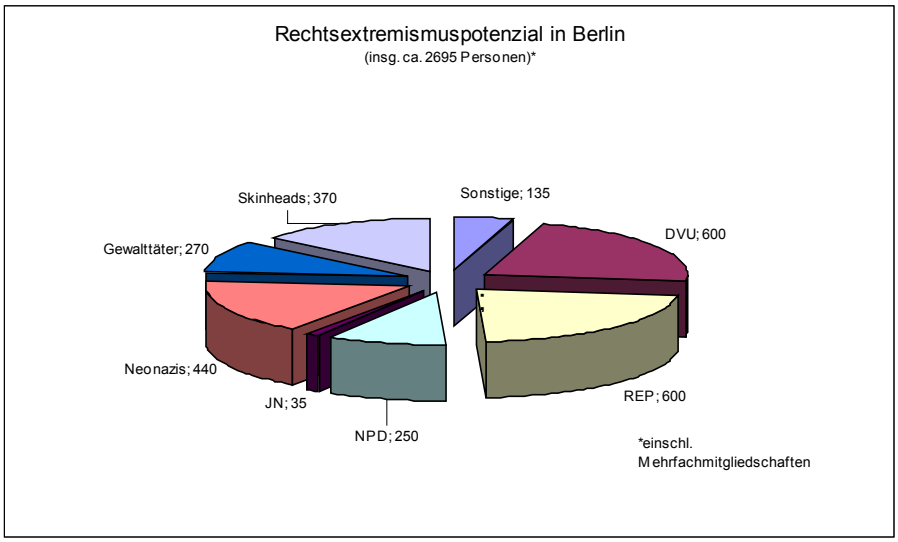
	1999		2000		2001	
	Grupp	Person	Grupp	Person	Grupp	Person
Subkulturell geprägte u. sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	5	9.000	2	9.700	1	10.400
Neonazis	49	2.200	60	2.200	65	2.800
Parteien	3	37.000	3	36.500	3	33.000
davon: NPD		6.000		6.500		6.500
DVU		17.000		17.000		15.000
REP		14.000		13.000		11.500
Sonstige rechtsextremistische Organisationen	77	4.200	78	4.200	72	4.300
Summe	134	52.400	144	52.600	141	50.500
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften		51.400		50.900		49.700

Aus: Bundesministerium des Inneren 2002, 34.

Bezogen auf Berlin lässt sich ein rechtsextremes Potentials von ca. 2.700 Personen feststellen. Ein Potenzial, das ebenfalls außerordentlich differenziert ist, wie die nachfolgende Abbildung zeigt (Abb. 1).
Als einzige rechtsextremistische Partei verfügt die NPD über eine zahlenmäßig relevante Jugendorganisation. „Junge Nationaldemokraten" (JN) sind laut Satzung der NPD ein „integrativer Bestandteil" der Partei. Sie hatten 2000 etwa 500 Mitglieder (Bundesministerium des Inneren 2002, 90).
Um gegen rechtes Gedankengut und vor allem von diesem möglicherweise initiierten Verhalten angehen zu können – insbesondere bei Jugendlichen – ist es unerlässlich, genauere Kenntnisse über demographische, biographische und sozio-ökologische Strukturen der betreffenden Jugendlichen zu gewinnen. Eine Möglichkeit dafür sind qualitative Studien. Die auch Ergebnisse quantitativer Forschung in gewissem Sinne bestätigen. Damit sollen keine neuen Zahlen über Anhänger rechter Ideologie ermittelt, sondern an Hand weniger Probanden versucht werden, in die Tiefe zu gehen, ein differenzierteres Bild zu erarbeiten.

Eine solche Studie10 soll im Weiteren hier vorgestellt werden.

Abb. 1: Rechtsextremismuspotenzial in Berlin



Aus: Senatsverwaltung für Inneres 2002, 32.

Die Studie war in einem wesentlichen Teil als qualitative Untersuchung angelegt, die einem lebensweltlichen Ansatz (u.a. Thiersch 1991, 1992, 1993, 2000) folgte. Mit qualitativen Interviews wurden 16 Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen aus Berliner Jugendprojekten befragt, die mit Jugendlichen arbeiten, die von rechten Ideen und Vorstellungen beeinflusst sind. Gleichermaßen wurden aus diesen Projekten 21 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 24 Jahren befragt. Der Altersdurchschnitt betrug sowohl bei den weiblichen als auch bei den männlichen Jugendlichen 18 Jahre, wobei die 18jährigen auch die größte Gruppe bildeten. Die Auswahl der Jugendlichen erfolgte in diesen Jugendprojekten der verschiedensten Art. So wurden ganz "normale" Jugendliche erfasst, die sich politisch als absolut neutral bezeichneten, als auch einige, die sich etwas "links" einordneten, und vor allem Jugendliche, die sich zur "rechten" Szene bekannten.
Ziel der Untersuchung war es, im Rahmen offener Gespräche authentische Informationen über die subjektiven Sichtweisen, die Deutungs- und Interpretationsmuster, die Bedeutungszuschreibungen und Bewertungsmaßstäbe für die Beurteilung der politischen und sozialen Situation seitens der Jugendlichen zu erfassen11. Den Jugendlichen sollte damit die Möglichkeit gegeben werden, ihre Wahrnehmungen, Einstellungen und Motive, ihre Ängste und Verunsicherungen mit ihren eigenen Worten und ihrer Begrifflichkeit darzustellen.

---

10 Der hier vorliegende Beitrag beruht auf einem Forschungsprojekt des Instituts für Sozialforschung, Informatik & Soziale Arbeit (ISIS Berlin e.V.), das wir mit weiteren Mitarbeitern im Rahmen des „Berliner Aktionsprogramm für Demokratie & Toleranz - respect!" durchgeführt haben. Die vorliegende Untersuchung stellt eine Momentaufnahme der Monate September bis Oktober 2001 dar. In ausgewählten sozialpädagogischen Projekten, die mit Jugendlichen arbeiten, die von rechtsextremen und demokratiefeindlichen Ideen und Gruppen beeinflusst werden, wurden exemplarisch Motive, Wirkung und Veränderbarkeit der rechtsextremen Orientierungen von Jugendlichen untersucht (GRIES, J.; KÖHNKE, M.; LINDENAU, M.; MAAZ, K.; RINGLER, D.; WENZKE, G. (2002): „…töten würd` ick dafür nich`!" Abschlussbericht zum Berliner Forschungsprojekt: Entwicklung von Projekten und Maßnahmen, die gezielt mit Jugendlichen arbeiten, die von rechtsextremen und demokratie-feindlichen Ideen und Gruppen beeinflusst werden. Forschungsberichte ISIS Berlin e.V.).

11 Der Interviewleitfaden für die Jugendlichen – der hier besonders interessiert – enthielt Hauptfragen und ggf. konnten Unterfragen und Nachfragen gestellt werden. Der Leitfaden hatte folgende Struktur:
1. Alltagsrealitäten**:** Freizeit; Schule/Ausbildung; Freunde/Netzwerkbeziehungen
2. Veränderungen in der Lebensführung/Lebenswelt: In Bezug auf: spezifische Ereignisse; Freizeit (Aktivitäten, Musik); Schule/Ausbildung
3. Projektbezug: Stellenwert im Alltag; Angebote der Projekte
4. Einstellungen: politische Einstellungen; soziale Einstellungen
5. Zukunftsvorstellungen: privat; beruflich.

Darüber hinaus sollten die Jugendlichen ihre subjektiven Erfahrungen im Bereich der öffentlichen Interaktion und die daraus resultierenden Erwartungen und Handlungsbedingungen bezogen auf die Effektivität spezifischer Maßnahmen rekonstruieren bzw. darstellen.
Aufgabe der Interviewer war es, unter Zuhilfenahme des Interviewerleitfadens über erzähl- und verständnisgenerierende Kommunikations- bzw. Befragungstechniken, durch sondierende und zugleich gesprächslenkende und -strukturierende Fragen, die Befragten mit Geschick und Einfühlungsvermögen zu entscheidenden Reflexionsleistungen anzuregen, damit die im Rahmen der Untersuchung interessierenden Aspekte seitens der Jugendlichen verbalisiert werden konnten. Durch spezifische Nachfragen sollten die Jugendlichen und auch die SozialarbeiterInnen dazu angehalten werden, ihre Ausführungen zu konkretisieren und ihre Sichtweisen im Detail darzulegen.
Die Gespräche wurden auf Tonband aufgezeichnet und im Anschluss vollständig transkribiert. Bei der Transkription wurde die Sprache unter möglichst geringfügiger Abänderung in Schriftsprache überführt. Im Folgenden werden einige Ergebnisse dargestellt.

2. Politische Einstellungen der Jugendlichen

Wenn man politisch eine Linie ziehen würde – Links und Rechts, wo würdest Du Dich einordnen? „Mehr Rechts." Ganz Rechts? „Hm, ick sag' so, sag' mal so, – töten würd' ick dafür nich, würden ja einige tun." Und auf die Zusatzfrage: Wie stehst Du zu den Punks? Die Antwort: „Abschaum, Dreck" (Azubi, männlich, 18 Jahre, Hauptschule nach der 8. Klasse verlassen).
So krass wie dieser Jugendliche brachten andere ihre politische Einstellung nicht zum Ausdruck.
„Hm, also ick würd mich schon bei den Rechten einordnen, aber, da jibts ja verschiedene Rechte, et jibt die Rechten, die hab'n wat grundsätzlich jegen Ausländer und denn jibt et Rechte, die hab'n wat jegen Drogen und jegen Ausländer. Also, ick hab zwar wat jegen Ausländer, aber nur jegen kriminelle, die hier nur Scheisse bau'n, sowat können wir hier nich jebrauchen, det können se in ihrem Land machen" meint ein anderer und steht damit für die Meinung einer Reihe anderer Jugendlicher (Azubi, männlich, 18 Jahre, Hauptschulabschluss).
Um die Differenziertheit rechter Orientierungen zu verdeutlichen, hier die Aussage eines weiteren Jugendlichen:
„Ich war schon immer ein ziemlich starker Patriot. Diese Einstellung, dass man sagt, man ist stolz auf sein Land, das ist in diesem Land nicht so normal ausgeprägt. Die Leute haben aus meiner Sicht eine ungesunde Einstellung zum Patriotismus. So war ich schon ein Skin, der stolz auf sein Land war, aber aus meiner Sicht die Vergangenheit auch kritischer gesehen hat" (Bürokaufmann, z.Z. bei der Bundeswehr, männlich, 22 Jahre, Realschulabschluss).
Und ein anderer betont, gefragt wie er sich bei einer Demonstration der Rechten gegen die Wehrmachtsaustellung verhalten hätte, zu der er eigentlich gehen wollte:
„Ich wäre bei den Rechtsradikalen auf der Seite gewesen, weil ich mich mit den anderen gar nicht hätte verstehen können. Ich weiß nicht, was die da Gegendemo machen mussten. Die Demos waren doch genehmigt, aber eben unter Auflagen, das und das muss eingehalten werden. Das haben sie ja auch gemacht! … sie haben Recht und versuchen sich durchzusetzen, aber nicht immer mit Gewalt. Immer kommen die anderen an, die linken oder auch die normalen Bürger, die Rechtsradikalen sind so schlecht, die machen ihr eigenes Land kaputt, obwohl es gar nicht so ist. Sie versuchen zu retten, was noch zu retten ist." Was wäre noch zu retten? „Das ist eine gute Frage. Ich weiß nicht, was überhaupt noch zu retten ist. Ich glaube nichts mehr. Es müsste zumindest, denke ich, ein Ausländerstopp erteilt werden. Dann würden nicht mehr so viele reinkommen. Die jetzt drin sind und solange die sich ruhig verhalten und uns nicht anpöbeln, scheiß Deutsche, guckt euer Land an, ihr seid ja alle so schlecht, obwohl die schon ewig lange in Deutschland leben. Das verstehe ich einfach nicht.

Wenn sie hier leben, dann könne sie sich auch verhalten wie jeder normale Bürger. Die machen ja dann auch unser Land kaputt“ (Schüler 8. Klasse, Realschule, männlich, 15 Jahre).
Der größte Teil der Jugendlichen mit rechten Orientierungen brachte zum Ausdruck, dass er zwar noch rechts eingestellt, aber von der Gewalt weg sei. Mehrere, die ihre rechte Laufbahn als Skinhead begonnen hatten, zählten sich auch nicht mehr dazu und hatten in gewisser Weise auch Abstand von deren Handlungsweisen. Sie wollten sich dadurch ihre Zukunft nicht verstellen.

3. Typenbildung

Rechte Orientierungen bzw. rechte Jugendliche, die in unserem Zusammenhang besonders interessieren, unterscheiden sich hinsichtlich der Ausprägung und der Begründung für ihre Haltung ganz beträchtlich, wobei die Ausländerfrage sehr häufig auftritt. Diese Differenzierungen und unterschiedliche biographische Verläufe machen eine Typenbildung notwendig und auch möglich, um gezielt mit den verschiedenen Gruppen, die sich aus der Typenbildung ergeben, präventiv, begleitend, teils therapierend bzw. intervenierend arbeiten zu können.
In Auswertungsstrategien bei empirischen Untersuchungen – quantitativer wie qualitativer – wird immer wieder auch mit Typisierungen der Ergebnisse gearbeitet, um auf der Grundlage von Individualdaten bedeutsame Zusammenhänge zu finden (vgl. beispielsweise Merkens u.a. 1998; Aram u.a. 2002). Jede Art der Typenbildung ist eine Konstruktion durch Abstraktion (Kudera 1995) „Im Bereich qualitativer Verfahren verläuft diese Abstraktion durch Stilisierung, mit der das für den Gegenstand Wesentliche hervorgehoben und das Unwesentliche vernachlässigt wird“ (ebd., 333). Solche Typen enthalten Gemeinsamkeiten, die die Eigenart des Typus konstituieren. Man kann hier im Sinne von Weber (1968) von einer „idealtypischen Konstruktion“ sprechen (422 ff.). In der Literatur wird auch hervorgehoben, dass Typenbildung in der qualitativen Forschung nicht an Fallzahlen gebunden ist. Hier kann jeder Fall seine eigene Typik ausbilden. „Der Vergleich solcher Individualtypen erzeugt je nach gewähltem Abstraktionsniveau und verwendeten Konstruktionskriterien aus den herangezogenen Gemeinsamkeiten und Unterschieden Typen, die, von den Einzelfällen abgelöst, strukturell und ihrer Logik nach homolog sind“ (Kudera 1995, 333). Insofern hat die Bildung von Typen in erster Linie auch eine heuristische Funktion (Kluge 1999).
Unser empirisches Material erlaubt eine Typisierung der Jugendlichen auf der Grundlage der qualitativen Leitfadeninterviews anhand von fünf ausgewählten Kriterien:

– Soziale Erfahrungen Jugendlicher in Familie, Schule, Freizeit und Peergroups sowie mit staatlichen Institutionen oder freien Trägern der Jugendhilfe im Verlaufe ihrer Sozialisation.
– Soziale Probleme oder Verhältnisse, die dem Prozess der Individualisierung geschuldet sind. Jugendliche sind diesem Prozess in unterschiedlicher Weise ausgeliefert, der für sie sowohl Chancen als auch vor allem Risiken bereit hält.
– Die Wahrnehmung und Selbstreflexion von Entwicklungsaufgaben durch die Jugendlichen. Auch bei unterschiedlichen Definitionen der Jugendphase, wenn für diese andere Prioritäten gesetzt werden, bleiben Entwicklungsaufgaben für den Übergang zum Erwachsenen für Jugendliche eine ständige Herausforderung, von deren Lösung Weichen für den künftigen sozialen Status nicht unwesentlich bestimmt werden.
– Die politischen Einstellungen der Jugendlichen und ihre mögliche Zugehörigkeit zu jugendkulturellen Szenen.
– Habituierte Verhaltensweisen, die zu anomischem bzw. delinquentem Handeln tendieren.

Je nach Ausprägung, Vorhandensein oder Abwesendsein der genannten Sachverhalte, je nach Verhaltensorientierungen und Einstellungen zu den angeführten Werten werden im Sinne einer idealtypischen Konstruktion die Typen gebildet und die Jugendlichen ihnen zugeordnet.
Typ 1:
Jugendliche, die sich in Cliquen oder Peergroups zusammenfinden, in denen nicht selten mit Gewalt gegenüber anderen Jugendlichen und Sachen und vor allem Ausländern vorgegangen wird, leichte Diebstähle eingeschlossen. Sie betrachten sich selbst als rechts, haben plakative Sprüche aus dem rechten Spektrum und begründen damit vor allem ihre Fremdenfeindlichkeit. Hier ist Gewalt und anomisches Verhalten nicht Resultat der politischen Einstellungen, sondern diese Einstellungen werden angenommen, um delinquentes Verhalten vor sich selbst und der Gesellschaft zu legitimieren.
So berichtet ein 19jähriger (arbeitslos, Realschule nach der 9. Klasse verlassen), der sich nicht mehr der rechten Szene zurechnet, dass er in einem Heim eine Anzeige wegen schwerer Körperverletzung bekam und dann doch aus dem Heim rausgeflogen sei, über seinen weiteren Weg in dieser Hinsicht:
Das Urteil? „Na ja, keen großes, ich hab 240 Arbeitsstunden bekommen, weil es die erste Anzeige war, die ich bekommen hab. Aber danach ging's halt mit den Anzeigen Schlag auf Schlag dann. Also eine nach der anderen. … die meisten waren halt schwere Körperverletzungen, versuchter Totschlag, … Bedrohung mit ner Schusswaffe und alles so ne Sachen halt. War ja mittlerweile in die Szene gerutscht, bei den ganzen Glatzen ... dabei da war ne Kameradschaft und die hat halt zueinander gehalten und so, da hab'n wir jeden Tag nur Scheiße gebaut also, das war der Tagesablauf: Wir hab'n uns getroffen, meistens an der Eisbahn oder so im Winter, so, dann sind wir erst mal rüber in's REAL, jeder hatte dann ne Reisetasche oder nen Rucksack bei, die hab'n wir dann gefüllt mit Alkoholflaschen ohne Ende, immer die Hochprozentigen. Denn sind wa raus, da haben wir uns hingestellt, da an die Eisbahn, haben gesoffen. Haben wir gewartet bis irgend so ne Spinner vorbeigekommen sind und so und denn ging et los. Haben den auf die Fresse gehauen … wenn wir Punks gesehen haben, haben wir Punks abgezogen, haben die aufs Maul gehauen. Na ja war schon voll extrem so … Ich war damals so der Typ, wenn ich irgendwohin gekommen bin und alle den Namen gehört haben, meinen Spitznamen gehört haben, dann wussten sie sofort, dem aus dem Weg gehen. Die haben alle Respekt und Angst gehabt und so. Ich war eigentlich so der Typ, der jeden Tag gesoffen hat und jeden weggeboxt hat, der ihn nur angesehen hat oder so."
Die Clique oder Gruppe, der der Jugendliche angehörte, war, wie er sagte, fest organisiert aber an keine Partei gebunden und hat den Anschluss auch nicht gesucht. Bei NPD Aufmärschen seien sie aber immer dabei gewesen. Und auf die Frage, ob es Anführer gegeben hätte, berichtete er:
„Na ja, wie soll man, ich sag mal so: bei uns in der Gruppe, wir waren dreißig Mann oder so – gab's von den 30 Mann vier Leute, die wirklich was zu sagen hatten. Das war einmal der Adolf, dann zwei andere und ich. Wir vier waren so die, die halt was zu sagen hatten. Und die anderen, die haben denn zugehört."
Der Jugendliche selbst konnte aber zu politischen Zielen, Ansichten oder Bewegungen keinerlei Aussagen machen.

Ein anderer Jugendlicher, 18 Jahre alt, jetzt Lehrling, berichtet auf die Frage, warum er verurteilt wurde:
„Wegen schwerer Körperverletzung, Erpressung, Diebstahl und Hausfriedensbruch." Alles auf einmal? „Ja, und schwerer Raub, sagt man dazu … Also, naja, da war son' son Typ inner Wohnung, von dem hab ick erfahren, und der hat Drogen an Jüngere verkoft, da war jemand dabei, den ick kannte, den ick sehr jut kannte, und ick wollte ja natürlich, damit der, damit der damit uffhört, und, naja, dann sind wir dahin jefahren und, hm, sind da in die Wohnung rin und habn den dann en bißchen zugesetzt, und denn haben sie die Sachen von den Einen mitjenommen, also, wir och, so wie wir, und Waffen hatten se da jehabt, haben wir och allet mitjenommen, und der hat denn die Polizei anjerufen, hat jesagt, dass er grad abjezogen wurde, ja … wir waren drei Mann ... 17, 18 Jahre alt." Hast Du für Deine Straftaten Bewährung erhalten? „Ja, ick hab Bewährung bekommen, und die andern, weil ick ja der, sozusagen, der Anführer war, mal jetzt mal so hinjestellt, weil die andern beden, die haben nich so viel jemacht, die haben och bloß ene Woche Jugendarrest bekommen, jeder, und en Antigewaltseminar ... wat ick och schon hatte." Und auf den Einwand: Schon hattest? die Antwort: „Ja, hatt' ick schon davor jehabt. Ick bin ja nich nur enmal vorbestraft, ick bin jetzt achtmal vorbestraft." Und weshalb? „Ja, wegen meistenteils, schwerer Körperverletzung, ja." Gegen wen hast Du die Körperverletzungen verübt? „Ja, det warn eigentlich so die Leute, det war zur Schulzeit, zu der noch, weil, det is ja schon bisschen her, und naja halt, wie jesagt, da jibts halt Streit mit den, mit den Schülern und denn hat man sich doch mal jejenseitig in de Schule uf de Fresse jekloppt und, naja, dadurch kam det allet, Anzeigen hintereinander, und och in der Freizeit."
Und die Gegenwart reflektierend, gab der junge Mann an: „Ick hab damit och ufjehört, also, früher, früher war ick ja so ‚hm', rechtsradikal - ‚Ausländer raus' - und sone Sachen, aber jetzt hab ick begriffen langsam, dass es nischt bringt, wenn ick mich so ufspule, sozusagen, weil, die Ausländer, die machen ja hier och nischt, außer, najut, et jibt welche kriminelle Ausländer, die machen die Scheiße, ziehen den Staat ab und machen sonstwat, und denn jibt et natürlich hier Unterschied, die andern Ausländer, die hier wohnen und arbeiten, die sind ja janz o.k., weil, die tun wenigstens wat, die jehn arbeiten und wohnen hier, die zahlen ihre Miete und da is det ja och ken Thema, die können alle hier bleiben, aber halt die kriminellen Ausländer, det is schon".
Und dass die politischen und sozialen Probleme häufig nur ein Vorwand sind und selten eigene Überlegungen dahinter stehen, kommt in dem Folgenden zum Ausdruck:
„Na, die meisten sind doch ‚hm', sagn wir mal, Rechtsradikale, die meisten eigentlich noch, die habn vielleicht det überhaupt allet noch nich begriffen, wie det is und dass det bis zum Nachteil is, wenn se so sind, weil alle Leute haben was gegen die Rechtsradikalen". Alle? „Na jut, nich alle Leute, aber die meisten, kann man sagen, und von daher bringt et ihn nich viel und ick hab`s einjesehen, dass et nich jut is."
Die Clique, der sich der Jugendliche noch zugehörig fühlt, schätzt er immer noch als rechtsradikal ein.
Über den Nationalsozialismus befragt, sagt der Junge: „Sag mal, da kenn ick mich nich so jut aus, aber, eh, mein ick weß schon, wat da los war, und, ick sag mal, ick fand det schwachsinnig, weil, war allet en bißchen dumm, weil, weß ick nich, Leute umbringen, det is nich jut, bringt doch jarnischt."
Die Schulen waren in diesem Fall das Reservoir für Kommunikation mit einer bestimmten Bezugsgruppe von Schülern, die in aller Regel ebenfalls Schwierigkeiten bei der Bewältigung ihrer Entwicklungsaufgaben hatten. Hier waren Konzentrationspunkte, wo „Vorbild" und „Gruppenzwang" auch über Altersjahrgänge hinweg besonders wirkten und man sich nach außen abgrenzen konnte.

So berichtet ein Auszubildender (männlich, 18 Jahre, Realschulabschluss), der sich nicht mehr zur rechten Szene zählt:
„Vor 4 - 5 Jahren war ich richtig tief in der rechtsextremen Szene drin, mit einem Kumpel. Ich denke das lag auch an der Schule, dass ich da reingekommen bin. Da sind viele von dieser Gesinnung rumgelaufen und als kleiner Stift macht man das, was die Großen auch machen. Man findet es ganz toll und so bin ich da reingekommen."
Und über die Treffpunkte und Aktivitäten in der Freizeit sagt er:
„In der Schule, freizeitmäßig, in der Clique. Wir haben, bevor ich hier her gekommen bin, (in den Jugendklub) viel draußen gesessen, wir hatten ja kaum Möglichkeiten, wohin zu gehen. Da haben wir halt im Park gesessen, Wohnsiedlung. Musik gehört über Walkman, auch die spezielle Musik, die rechtsextreme Musik." Kam es zur Berührung mit der Polizei? „Ja, zwei mal bei mir. Einmal wegen Ladendiebstahl und einmal, weil ich ein Wahlplakat abgerissen habe. Ja da waren wir leicht betrunken, sind durch die Straßen gelaufen und die Wahlplakate, die nicht für unsere Gesinnung waren, z.B. die linken Parteien, die haben wir runter gerissen."
Welche Partei hättest Du gewählt, wenn Du schon hättest wählen dürfen? „Na damals auf alle Fälle NPD oder DVU." Und jetzt? „Ich durfte noch nicht wählen. Keine Ahnung – ich bin mir da nicht ganz sicher. Schwere Sache, hm' vielleicht SPD?" Auf die Bemerkung des Interviewers, da liegen ja Welten zwischen den Antworten: „Ich bin ja inzwischen weit weg von dieser Szene. Durch die Filme und die Arbeit mit den Sozialarbeitern hier, weil es ja auch um berufliche Sachen geht. Ich hatte viel Stress mit den Eltern. Es gab keinen Abend, wo es mal ruhig war, immer nur Geschrei wegen der Clique und den Sachen, die vorgefallen sind. Ich hatte für zu Hause gar kein Interesse mehr, auch für die Schule kein Interesse mehr. Und irgendwann wollte ich das Ganze nicht mehr. Da kam ich dahinter, dass es Schwachsinn ist. Ich habe auch von den eigenen Leuten auf die Fresse bekommen."
Der Jugendliche kann sich auch noch erinnern, warum er eine „auf die Fresse bekommen" hat: „Da waren paar andere Glatzen, die waren auch leicht besoffen und wollten von mir Zigaretten haben. Ich habe gesagt: gibt's nicht, die soll'n sich welche kaufen."
Auf den Hinweis, dass in der Szene viel Gewalt ausgeübt wird, die Frage, hast Du selber auch Gewalt angewendet, meint der Proband: „Ja schon, in der Disko gab's so Kumpels, die dann kamen, wollten die Sache klären und so. Aber ich habe immer versucht mich rauszuhalten … Das war eine Clique, die nicht nur aus Gleichaltrigen bestand. Und die Älteren waren auch die Leitfiguren. Wir waren eigentlich nur Mitläufer."
Gewalt und teils anomisches Verhalten führt häufig zum Einschreiten des Jugendamtes, zu Ermittlungen der Polizei und zu Verurteilungen durch die Justiz. Zugang zu Jugendprojekten oder Jugendclubs der Jugendhilfe finden die fast schon marginalisierten Gruppen kaum. Auch haben diese Jugendlichen selten spezifische Interessen. Rauchen, Bier und Alkohol, seltener andere Drogen, spielen eine dominante Rolle in ihrem Freizeitverhalten. Dieser Typ charakterisiert sich selbst mehr oder weniger durch „selbst gezimmerte" Ideologien und/oder politische Orientierung. Diese Orientierung steht in einem sehr komplizierten und widersprüchlichen Verhältnis zu den sozialen Erfahrungen mit Sozialisationsagenturen wie Elternhaus, Schule, Berufsausbildung, Peergroup und Öffentlichkeit. Auf Grund sozialer Erfahrungen mit Elternhaus, Schule und Peergroup sowie anderen Einrichtungen der Wirtschaft und der Öffentlichkeit werden Entwicklungsaufgaben nicht oder nur unzureichend bewältigt; hier spielt auch anomisches Verhalten eine nicht geringe Rolle. Diese Denk- und Verhaltensmuster werden eingekleidet in Sprüche und Erscheinungsweisen rechter Jugendstilkultur, die sich der Symbolik und der Auffassungen des Nationalsozialismus bedient oder sich der Skinheadbewegung zurechnet. Häufig sind die politischen Auffassungen nur plakativ, verbal in wenigen Sprüchen geäußert, Gewalt und andere anomische Verhaltensweisen sind internalisiert und habituiert.

Typ 2:
Jugendliche, die sich zur Skinheadszene bekennen und ihr auch eine zeitlang angehörten oder noch angehören. Die Gruppennormen und das Gruppenverhalten in dieser Szene führen nicht selten zur Vernachlässigung von Entwicklungsaufgaben (Schule, Berufsausbildung) und zur Konfrontation mit der Polizei wegen Gewalt. Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sowie nationalistische Einstellungen sind die hervorstechenden Merkmale dieses Typs. Nur wenige Jugendliche, die dieser Szene angehörten und teilweise noch angehören, sind mit der Geschichte und den Variationen der Skinheads vertraut. Sie wollen mit rechten Parteien direkt nichts zu tun haben, werden aber durch diese instrumentalisiert bzw. ihre Auffassungen unterscheiden sich in weiten Zügen in keiner Weise von denen rechtsextremer Cliquen bzw. rechter Parteien.
Stellvertretend sei hier ein Skinhead (Bürokaufmann, z.Z. Bundeswehr, männlich, 22 Jahre, Realschulabschluss) zitiert:
„Das war meine wilde Zeit damals … 11. Klasse war schlimm bei mir mit Stiefel, Glatze, Bomberjacke. Da war ich voll Skinhead. Da war ich tief in der Szene. Und um Abitur zu machen, sollte man doch was für die Schule machen. Und bei mir war es halt so, viel trinken, Partys machen, aber nichts für die Schule. Da musste es so kommen, entweder ich gehe oder spätestens ein halbes Jahr später wäre ich gegangen worden." Wie bist Du dann in die Szene gekommen? „Das ist schwer zu erklären. Ganz früher war ich Punk, so als ich 14/15 Jahre alt war. Dann habe ich angefangen mit Kampfsport und irgendwie war mein Trainer ziemlich national und die ganzen Leute die beim Training waren. Und über die Leute, da war auch ne Glatze bei, na' und irgendwie war ich dann eben Skin."
Konkret nach Demonstrationen von Glatzen gefragt, kommt der Einwand nach möglichen Differenzierungen: „Können wir da unterscheiden. Das war eine NPD-Demo und keine Skin-Demo. Ich unterscheide da ein bisschen, weil ich den kultischen Weg der Skins nie nachvollziehen konnte. Es ist aber eine Kultbewegung." Zählst Du Dich eher zu den links orientierten Redskins? „Ich war auf keinen Fall ein Redskin. … Ich war schon immer ein ziemlich starker Patriot. Diese Einstellung, dass man sagt, man ist stolz auf sein Land, das ist in diesem Land nicht so normal ausgeprägt. Die Leute haben aus meiner Sicht eine ungesunde Einstellung zum Patriotismus. So war ich schon ein Skin, der stolz auf sein Land war, aber aus meiner Sicht die Vergangenheit auch kritischer gesehen hat." Woher hast Du die kritische Sichtweise erhalten? „Als ich in die Szene kam, wusste ich nicht alles. Das war ein Werdegang. Ich hab da zum Glück einen gehabt, der hat Jura studiert, war Skin gewesen, der hat mir dann einfach mal gesagt, wie es ist."
Auch zu Konflikten mit der Polizei war es bei diesem Jugendlichen gekommen. „Ja, leider ja. Aber nie so schwer, dass ich sagen muss, ich habe mir dadurch mein Leben verbaut. Ich musste schon ab und zu, so zwei- oder dreimal stand ich schon vorm Jugendrichter, habe alles in Arbeitsstunden abgegolten, zum Glück." Die Gründe waren Körperverletzungen und einmal eine Beamtenbeleidigung.
Gefragt nach seiner Meinung über das geistige Niveau, das in der Skinszene existiert, resümiert er:
„Es gab ziemlich intelligente Leute, die waren aber aus meiner Sicht selten, die meisten waren nicht doof, aber auch nicht richtig clever." Und unter „nicht clever" verstehst Du? „Leute, die haben so ein A nach B Schema, so eine festgefahrene Meinung. Die können nicht mal ausbrechen, das ist schwer zu beschreiben, die konnten nicht kontern und so. Ein cleverer Mensch ist für mich der, der auch hinterfragt."
Die Schulbildung der anderen in der Szene beschreibt er so: „Die meisten, ja kaum einer ist aufs Gymnasium gegangen, die meisten haben ziemlich früh die Schule abgebrochen, so 8. Klasse, waren auf sich selbst gestellt. Ein Teil hat Lehre gemacht, so Bauberufe. Es gab wenige Ausnahmen. Einer z.B. war dann später Anwalt, Jurist … war in seiner Freizeit Skin gewesen."

Nachgefragt, wie man sich so fühle in einer Gruppe, wo viele „nicht clever“ seien, eine schlechtere Ausbildung hätten als man selber, erzählt er: „Na auf jeden Fall zugehörig, es war schon eine tolle Gemeinschaft. Aber ich wusste eben, dass es nicht das ist, wie ich später mein Leben führen wollte. Die meisten waren älter, mir so zwei bis drei Jahre voraus. Da konnte ich sehen, wie ich in zwei oder drei Jahren hätte sein können. Das hat mich zwar irgendwie nie gestört, aber es gab eben dieses Moment, wo ich davor stand, entweder ziehst du jetzt durch oder vergeigst deine Lehre. Da habe ich es eben dann ein bisschen anders gesehen.“ Und wodurch bist Du aus der Szene raus? „Ich bin raus, wie man sieht. Das ist nur eine Bewegung für die Jugend. Irgendwann muss man da raus, sonst landet man im Knast, oder trinkt zu viel. Bei mir war es damals, ich hatte eine Lehre angefangen und da war die Angst, diese zu vergeigen durch nicht da sein, zu spät kommen und so. Da stand ich dann vor der Entscheidung, entweder du ziehst das letzte Jahr jetzt richtig durch oder du vergeigst das wieder, hast n’ 10. Klasse-Abschluss und drei Jahre umsonst gelernt, außerdem noch eineinhalb Jahre umsonst Schule durch das begonnene Abi – die waren verschenkt. Dann hab ich so auf die anderen geguckt, die keine vernünftigen Jobs hatten, nur so Gelegenheitsarbeiten und so. Da kam der Klick und ich dachte, entweder jetzt oder nie.“
Auf den Anspruch vieler Skins, sich keiner Partei zuzuordnen und auf entscheidende Charakteristika eines Skinheads macht ein ehemaliges Mitglied der Szene aufmerksam (männlich, 24 Jahre, arbeitslos, zeitweilig Schwarzarbeit, um die Arbeitslosenhilfe aufzubessern).
Was habt ihr vorgehabt in eurer Skin-Szene? „Das ist das, worüber man auch nachdenkt. Eigentlich so für irgendwelche Parteien, dafür hatte ich nie Interesse. Ich kann mich für nichts entscheiden, politisch. Das hat mich noch nie interessiert, so Parteien und so. Das war mir alles zu blöd. Das Zusammensein, feiern, lustig sein, das war das Ausschlag gebende. Sich in der Gruppe wohl fühlen.“
Bist du heute noch Skin? „Nein.... Ganz umdenken tut man glaube ich nicht, aber man ist nicht mehr so radikal, so extrem. Irgendwann merkt man, dass es einfach nur dämlich ist. Das die Leute auch nur dämlich sind. Wenn man die heute so auf der Straße rumlaufen sieht, denkt man nur, so warst du auch mal.“
Vor Jahren hättest du dich in die Szene der Skins eingeordnet? Wo würdest du dich heute einordnen? „Normal. Ich hatte ja eigentlich auch vor, mit 25 Frau und Kind und Beruf.“
Als du Skin warst, warst du da auch stolz, ein Deutscher zu sein? „Ich bin eigentlich immer noch stolz, ein Deutscher zu sein.“ Was gehört zum Skin sein? „Patriotismus.“ Den hast du auch heute noch? „Den hab ich auch heute noch, ja.“
Wenn man sich prügelt, ist das nicht unbedingt Spaß. „Das ist auf alle Fälle ein gewisser Kick.“ Und darauf habt ihr am Wochenende schon gewartet? „Nein, nicht unbedingt. Wir sind auch nicht losgegangen und haben gesagt: jetzt suchen wir uns einen. Das ist aus irgend welchen komischen Situationen heraus passiert.“ Ihr seid einer Prügelei aber auch nicht aus dem Weg gegangen? „Eigentlich nicht, ich jedenfalls. Da hat es auch noch ein bisschen Klick gemacht mit den Skinheads und so. Wenn mir ein Skin sagt, er ist nicht für Gewalt, dann ist das eine Lüge oder eine falsche Orientierung von dem. Weil Skinhead steht auch für Gewalt. Das ist eine Szene, wo Gewalt mit drin ist.“ Und Red-Skinhead aber? Sind die nicht gegen Gewalt? „Das ist falsch. Das sind auch Skinheads und Skinhead steht für Gewalt.“
Für Politik hast du dich nicht interessiert? Hast du dich fürs dritte Reich mal interessiert?
„Dafür auf jeden Fall. Ich mag auch so das Militärische. Da ist auch so die Wehrmacht. Ich hab auch mit meinem Opa viel darüber gequatscht. Der war im Krieg in Norwegen stationiert.“
Der frühere Fremdenhass des Jugendlichen ist einer klein wenig differenzierteren Ansicht gewichen.

Das eigentliche heutige Problem dieses ehemaligen Skinheads kommt in der Antwort auf die folgende Frage zum Ausdruck: Was müsste sich denn politisch ändern? Was wären deine Wunschvorstellungen, was Politik eigentlich verändern müsste? „Keine Ahnung. Ich habe auch schon immer überlegt, auch in meinem Leben, was könnte besser sein. Aber eigentlich bin ich so zufrieden. Bis auf Freundin und Kinder. Wenn ich jetzt vielleicht Arbeit hätte, das wäre vielleicht noch was, was man ändern könnte, so mit der Arbeit. Der Lohn auf dem Bau ist ja im Arsch. Da verdient man ja nichts mehr. Das müsste sich vielleicht auch ändern. Dann würde ich auch wieder richtig normal arbeiten gehen. Wenn ich jetzt normal arbeite, verdiene ich auf jeden Fall weniger als jetzt."

In den Äußerungen dieser beiden Jugendlichen spiegelt sich eine Jugendszene wider, die durch relativ feste Verhaltensnormen bestimmt ist. Man grenzt sich durch Symbolik und Verhalten von anderen ab, vertritt nationalistische Ansichten, die mit Fremdenhass verbunden sind und versucht durch Gewalt bestimmte Sozialräume zu dominieren.

In den Äußerungen kommt auch zur Sprache, dass für manche die Skinheadszene eine zeitweilige Phase ist, die man irgendwie beenden sollte. Ein Kern des Wertekanons dieser Szene bleibt aber offensichtlich auch denen erhalten, die sich nicht mehr dazugehörig fühlen, wenn er auch nicht mehr das Verhalten dominiert.

Typ 3:

Zu diesem zählen diejenigen Jugendlichen, die innerhalb der Jungen Nationaldemokraten (JN) eine „friedliche" nationale Jugendkultur gestalten wollen. Nicht wenige von ihnen sind über die Skinheadszene mit der NPD und ihrer Jugendorganisation in Berührung gekommen.

Ein Jugendlicher (Azubi, männlich, 17 Jahre, erweiterter Hauptschulabschluss), früher Skinhead, jetzt Angehöriger der Jungen Nationaldemokraten, schildert die Motive für seine Mitgliedschaft so:

„Für mich ist das der richtige Weg. Sicher stört mich da auch vieles, aber ich möchte es auch verändern. Als einzelner schafft man das sicher nicht, aber es denken ja auch nicht alle so, wie man sich das jetzt so denkt. Da drin hab ich mich auch gewandelt, weil ich gesehen habe, wenn man so ist, muss man sich den Leuten auch anders präsentieren. Man will ja auch zeigen, dass man anders sein kann (früher als Skin)."

Und darüber, was die NJler so machen, erzählt der Jugendliche: „Wir treffen uns immer am Wochenende einmal. Da gibt es gewisse Stützpunkte in Berlin, z. B. Nord-Ost und so was. Da treffen sich aus einzelnen Bezirken die Leute immer, das ist dann ein Stützpunkt. Dann zeigen sie so politische Blätter, so zur politischen Bildung, mit Geschichte und so. Dann sprechen wir das zusammen durch, es wird auch mal gesungen. Dann machen wir Fahrten, so Zelten. Wir sind ja die Jugendorganisation von der NPD. Wir unterstützen die und versuchen neue Mitglieder zu werben." Und auf welche Weise geschieht dies? „Ja so mit Fahrten, Sport und Tanzen, Gitarre spielen, singen und so was alles. Da versuchen wir die Jugendlichen zu locken. Bei uns kann jeder kommen der will."

Für diesen Jugendlichen, ist die Familienpolitik – eingeschlossen die Ausländerproblematik – sicher auch ein Resultat der politischen Bildungsarbeit der NPD, ein wichtiges Thema:

„Es muss sich was verändern. Das Hauptproblem sind ja nicht die Ausländer, die jetzt alles schlecht machen, sondern die Politiker; die Kinderpolitik, die gefällt mir nicht. Das ist der Hauptpunkt, woraus die ganzen Fehler resultieren. Es gibt zu wenig Kinder. Es gibt mehr ältere als jüngere Menschen. Das muss wieder ausgeglichen werden. Dadurch werden die Ausländer reingeholt, um das wieder auszugleichen, damit wir mal eine Rente haben usw."

Auf diese Weise werden rassistische und fremdenfeindliche Begriffe wie „Durchrassung", „das Boot ist voll" u. ä. auf populistische, scheinbar auf die eigenen Erfahrungen aufbauende Art vermittelt. Ausländer werden dafür verantwortlich gemacht.

„Wir haben kein Problem mit Ausländern außerhalb Deutschlands. Wir haben uns schon getroffen mit Schweden, Tschechen, Franzosen und Wolgadeutschen, da haben wir keine Probleme. Uns geht es nicht nur um Deutschland sondern um ganz Europa. Wir wollen, dass ganz Europa so wird, wie wir es uns vorstellen, das wollen wir erreichen. Das es insgesamt zwar das Gleiche ist, aber jeder in seinem Land ist."

Um Auskunft über die Rolle des Nationalsozialismus in diesem von dem Jungen Nationaldemokraten dargelegten Weltbild zu erfahren, wurde er gefragt, was denn das Positive am Nationalsozialismus (gewesen) sei.

„Ich bin dem Nationalsozialismus nicht so gut gesinnt. Da gefällt mir auch vieles nicht. Die Diktatur will ich ja auch nicht. Zwar so was in der Art, aber nicht so ein totalitärer Staat. Eher so eine Art Demokratie. Das ist ja jetzt auch keine Demokratie für mich, finde ich. In der Berufsschule darf man keine Bomberjacke tragen, keine Stiefel, nix was Rechte tragen. Das finde ich ziemlich faschistoid. Das ist vom Prinzip genau das gleiche, zwar nicht so extrem, aber auf der gleichen Basis."

Die Mutter des jungen Mannes war bis 1991 ca. 15 Jahre beim Rundfunk gewesen. „Danach immer abwechselnd arbeitslos, ABM, arbeitslos ...". Er wohnt noch zuhause, und hin und wieder hat er Stress wegen des Geldes mit seiner Mutter. Er selbst erhält ein Lehrlingsentgelt.

Was sagt denn deine Mutter zu Deinen Aktivitäten?

„Meine Mutter sagt, solange ich keinen Unsinn mache, ist das völlig in Ordnung. Sie denkt da halt auch so – teilweise. Sie setzt sich da nicht so mit auseinander, aber sie kann es schon verstehen. Sie merkt ja selber, wie es ist, kriegt schon seit 11 Jahren keine Arbeit mehr, und mit dem Geld, das ist alles nicht so."

Von sich sagt der Junge, dass er viel lese. „Was mich so gerade interessiert, Geschichte interessiert mich viel. Drittes Reich und auch davor, aber auch ganz neue Bücher." Und was ist so spannend am Dritten Reich? „Mal zu wissen, wie das alles zustande gekommen ist, wieso, warum und auch davor die Zeit, wie es da mal war. Jetzt ist es doch alles anders, als es früher war. Das interessiert mich. Man müsste sich eigentlich mit seiner Geschichte auseinander setzen."

Großes Interesse hat dieser Jugendliche an Filmdokumentationen und Filmen hauptsächlich über den II. Weltkrieg.

„Da kommt ja ständig neues Material auf den Markt. Von Hitler wieder gefundene Gegenstände oder die Briefe, die Russland rausgegeben hat – die alten Feldpostbriefe und so was. Ich bin drauf gekommen, weil der (Mitarbeiter der Einrichtung) viele solche Filme zeigt." Und was empfindest Du bei Filmen über die Judenvernichtung? „Das finde ich nicht gut. Eigentlich empfinde ich Hass auf die Leute, die so was gemacht haben. Aber das ist noch nicht lange so. Ich habe ja auch eine gewisse Vorgeschichte" (Womit er auf seine rechtsextreme Skin-Vergangenheit verweist).

Das in den Medien kontrovers diskutierte Verbotsverfahren gegen die NPD, das ja auch die Jungen Nationaldemokraten treffen würde, würde nach Meinung des befragten Jugendlichen den Zusammenhalt unter den Jungen Nationaldemokraten stärken und festigen. Sollte das Verbot kommen, würde man eine Kameradschaft gründen, um politisch weiter arbeiten zu können. Jugendliche dieses Typs bedürfen einer vertrauensvollen, sachkundigen politischen Bildung, die die Auffassungen der jungen Leute respektiert und sich in deren Gedankenwelt und ihren Quellen sehr gut auskennt. Sie bevorzugen Gruppenabende mit Volksmusik, mit Volksliedern; Mädchen sind in der „Mädchenschar" organisiert. Es werden von den Jugendlichen Vorträge zu verschiedenen Sachthemen wie Umweltschutz gehalten. Die dieser Nuance rechter Ideologie und Organisation anhängen, sind zumindest jetzt nicht gewalttätig und lassen ein delinquentes Verhalten vermissen.

Dieser Aspekt rechter Jugendkultur könnte künftig aber durchaus größeren Einfluss auch auf jüngere Jugendliche haben, weil z.B. Eltern nicht gleich die hinter der verharmlosenden Volkstümelei, wie sie auch über die Medien verbreitet wird, verborgene NS Ideologie wahrnehmen, so sie sich um die Freizeit ihrer Kinder Gedanken machen.

Ursachen für rechtsextreme Orientierungen

Bei allen drei Typen, die hier kurz vorgestellt wurden, sind Drogen, abgesehen von Alkohol und Zigaretten, verpönt. Großer Alkoholkonsum ist häufig Statussymbol und fast immer bei Gruppendelikten oder delinquentem Verhalten vorausgegangen.

Die drei Typen verweisen auf teils gleiche Erfahrungen in ihrer Sozialisation. Viele der Jugendlichen haben häufig gravierende Probleme mit ihrer Familie und mit der Schule. Betrachtet man den Zugang in die rechte Szene, so wird in keinem Fall von den von uns interviewten Jugendlichen eine Zustimmung oder Beförderung durch die Eltern benannt. Die Eltern sind entweder dagegen oder es werden Konflikte zwischen Eltern und Jugendlichen provoziert, die sich im Laufe der Zeit verfestigen. Oft haben die Eltern oder auch allein erziehende Mütter allen Einfluss auf ihre Kinder verloren oder es aufgegeben, noch Verhaltensänderungen zu erreichen. Damit soll nicht gesagt werden, dass nicht auch in Elternhäusern die Ursachen für das zeitweilige oder auch ständige Abdriften Jugendlicher in rechte Szenen liegen können. In den seltensten Fällen aber wird es sich dabei um eine lineare Ursache-Wirkung (rechte Einstellungen der Eltern = rechte Einstellungen der Jugendlichen) handeln. Vielmehr geht es um komplexe psychische, kommunikative und Entwicklungsaufgaben fordernde Prozesse und die Herausbildung gesellschaftlich akzeptierter Wertorientierungen, die eine Identitätsfindung der Jugendlichen, ihre Suche nach der eigenen Position in ihrer sozialen Umwelt fördern und deren fehlenden Chancen und Risiken durchaus zu dauerhaften Störungen in den sozialen Beziehungen im Elternhaus führen. Offensichtlich liegen die Probleme der Jugendlichen mit den Eltern zeitlich vor dem Eintritt in rechte Szenen oder Cliquen, werden dadurch jedoch noch einmal verschärft.

Bei der Analyse der Ursachen für rechtsextreme Verhaltensweisen haben sich in der Vergangenheit eine Reihe von Argumentationsfiguren durchgesetzt, wobei auf die besondere Argumentationslinie, den Rechtsextremismus als ostdeutsches Problem zu denunzieren und die Ursachen wiederum in der Vergangenheit der DDR-Sozialisation zu verorten, verzichtet wird. Ein weitgehender Konsens zwischen den Diskussionspartnern besteht darin, die Familie und die gestörten sozialen Beziehungen in ihr, den damit fehlenden Wertetransfer verantwortlich zu machen. Es sei nur darauf aufmerksam gemacht, dass schon in früheren Untersuchungen (Kirchhöfer, Wenzke 1995) darauf verwiesen wurde, dass gestörte Familienbeziehungen sicher die Herausbildung von Gewaltbereitschaft unterstützen, aber nicht einen bestimmten politischen Legitimationszwang. Nachweisbar ist auch ein Zusammenhang zwischen dem sozialen Klima in der Schule, dem in der Schule vermittelten Gefühl des Gebraucht- und Anerkanntwerdens und von Kompensationsfeldern gegenüber Defiziten. Auch hier erzeugt schulische Sozialisation viel häufiger Momente der Resignation und der Verweigerung als einen Rückgriff auf Gewalt. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Aussage der 14. Shell-Jugendstudie (s. Beitrag Kirchhöfer i.d.Band), dass es vor allem die Gruppe der „robusten Materialisten“ ist, die zu Gewalt neigt, aber ansonsten meint, damit eine Bewältigungsstrategie für sich definiert zu haben. Nachweisbar ist allerdings der Zusammenhang zwischen Bildungsstand/Bildungsabschluss und ausgeprägter Gewaltbereitschaft. Es ist bekannt, dass es vor allem die Peergruppenbeziehungen und die in den Gruppen wirkende Gruppendynamik sind, die gewaltförmige Auseinandersetzungen hervorbringen. Diese Gruppendynamik erzeugt zum einen die bekannten Abgrenzungen der Gruppe gegenüber Anderen, aber auch die Art der Konfliktaustragung in der Gruppe und die in der Gruppe existierenden Normen für Anerkennung und Duldung.

Es wäre untersuchenswert, inwieweit soziale Verursachungen (z.B. Ausbildungsabbruch, fehlender Ausbildungsplatz, fehlender Arbeitsplatz nach der Berufsausbildung, als unsinnig empfundene Berufsausbildung) das Entstehen eines bestimmten Gruppenmilieus begünstigen, und daraus wieder anomische Verhaltensweisen hervorgehen (Claßen 1997). Bisher konnte nur nachgewiesen werden, dass politisch legitimierende Akteure der rechtsextremen Szene nicht nur, aber auch zur Gruppe der Benachteiligten oder Gescheiterten gehörten.
So verschieden die Biographien der Jugendlichen sind, so unterschiedlich die Resultate aus den biographischen Brüchen sind, so unterschiedlich müssten die Ansätze der Hilfe für diese Jugendlichen sein.

4. Ansätze in der jugendpolitischen Arbeit

Angesichts der hier vorgetragenen analysierten Problemlagen stellt sich nunmehr die Frage nach entsprechenden jugendpolitischen Programmen und jugendspezifischen Angeboten und Maßnahmen. Jugendpolitik und Kinder- und Jugendhilfe stehen in einem interdependenten Verhältnis. Hierbei markiert Jugendpolitik den aktuellen gesellschaftlichen Rahmen für Kinder- und Jugendhilfe, an der die Umsetzung der Programme erfolgen soll und gibt hinreichend Anlass, einen offensiven Ausbau zur Schaffung einer demokratischen Kultur verstehende Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zu fordern. Wenn auch eine solche Orientierung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit bereits im Kinder- und Jugendhilfegesetz (§§ 11 u. 13 KJHG) verankert ist, so ist aber nicht zu übersehen, dass Jugendarbeit und noch stärker Jugendsozialarbeit tatsächlich vielfach primär sozialpädagogische Betreuung von Jugendlichen in problematischen Lebenslagen darstellen, denen neben sozial- auch ordnungspolitische Aufgaben zugewiesen sind.
Im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat sich in der praktischen und pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt auf dem Feld der pädagogischen Arbeit ein breites Spektrum an Arbeitsformen und -ansätzen herausgebildet. Im Rahmen der nach dem KJHG kontinuierlich durchgeführten Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sind es allerdings eher wenige Praktiker und Projekte, die sich durch jahrelanges Engagement und Erfahrungen auf diesem Feld Kompetenzen erworben haben. Im Wissen darum wurden eine Reihe von speziellen Initiativen und Sonderprogrammen durch Bund, Länder und Gemeinden entwickelt, in deren Rahmen ein Großteil dieser pädagogischen Arbeit geleistet werden sollte:
Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt (AgAG).
Im Rahmen dieses Programms sollte eine zielgruppenorientierte finanzielle Förderung von Maßnahmen erfolgen, die extremistischen, fremdenfeindlichen und gewalttätigen Ausschreitungen präventiv und reaktiv entgegenwirken (vgl. dazu Bohn u a. 1997). Mit diesem Programm wurden zwischen 1992 und 1994 zunächst 140, später 123 Projekte der Jugend- und Bildungsarbeit in den 30 regionalen Brennpunkten in den neuen Bundesländern initiiert und durchgeführt.
Aktionsprogramm Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
Hier wurden drei Programmteile integriert, die durch die Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bzw. für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) koordiniert werden: 1. Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt; einschließlich eines Programms zur Implementation lokaler Aktionspläne durch öffentliche Träger der Jugendhilfe; 2. Civitas: hier wurden Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den neuen Bundesländern gefördert; 3. XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt.

Demokratie lernen und leben12 Das Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (B-L-K) zielt u. a. darauf ab, die Schule als Handlungsraum für die Politisierung und für das demokratische Lernen wieder zurückzugewinnen und auf diese Weise Schülerinnen und Schüler ebenso wie Lehrer und Lehrerinnen zu motivieren und zu befähigen, engagiert und couragiert gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt zu handeln.

In der Diskussion zu diesen Programmen haben sich vor allem Konzepte der mobilen und aufsuchenden Jugendarbeit mit Jugendcliquen als angemessene Reaktionsformen erwiesen. Cliquen werden als eine Form der Selbstorganisation und Selbstsozialisation junger Menschen betrachtet. Diese cliquenorientierte Jugendarbeit, die im Hinblick auf rechte Jugendszenen als akzeptierende Jugendarbeit13 in ihrem pädagogischen Selbstverständnis qualifiziert wird, versucht, dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, wobei sie als aufsuchende Arbeit davon ausgeht, dass junge Menschen überhaupt erst dafür gewonnen werden müssen, sich auf eine von Sozialarbeitern und (Sozial)Pädagogen begleitete Freizeitgestaltung einzulassen (Krafeld 1995).

Ein weiterer Ansatzpunkt wird im Aufbau der Schulsozialarbeit gesehen: Kooperation von Schule und Jugendhilfe. Zur Begründung dieser Entwicklung wird geltend gemacht, dass die Möglichkeiten des politischen und lebensweltorientierten Lernens in der Schule begrenzt sind, nicht nur durch die Zeit- und Themenvorgaben der Lehrpläne. Vielmehr ist es so, dass Jugendliche typischerweise in ihrer Selbstinszenierung als rechtsextreme, fremdenfeindliche und gewaltakzeptierende Menschen auch entgegengesetzte Erwartungen artikulieren, sich von ihren Lehrern nicht erziehen lassen wollen. Die Stilelemente der Skinheadszene z.B. lassen sich bis in ihre Details als Widerspruch zu den Persönlichkeitseigenschaften und Verhaltensweisen interpretieren, die von Schülerinnen und Schüler in der Schule erwartet werden. Signalisiert ein Teil der Jugendlichen eine solche Tatsache, dann muss dies zu der Einsicht führen, dass andere Sozialisationsagenturen wie die Jugendhilfe/ Jugendarbeit als eine notwendige herzustellende Ergänzung des schulischen Lernangebotes erforderlich sind.

Ebenso wie die offene Jugendarbeit und Schulsozialarbeit gilt für die politische Bildungsarbeit das Erfordernis einer konzeptionellen Neuorientierung. Seit längerer Zeit sympathisiert die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen auch in der offenen Jugendarbeit mit Themen der Friedens-, Ökologie-, Alternativ- und Frauenbewegung. Die damit gesetzte Ausgrenzung rechter Jugendstilgruppen bzw. Jugendszenen fand ihren deutlichen Ausdruck in der Parole „Nazis raus!“ oder „Faschos aus dem Jugendzentrum!“. Mit der quantitativen Zunahme und dem qualitativen Bedeutungsgewinn rechtsorientierter Jugendstilgruppen bzw. Jugendszenen ist diese Ausgrenzung schlecht möglich. Politische und lebensweltorientierte Bildungsarbeit sowie offene Jugendarbeit ist also aufgefordert, sich als Raum auch für rechte Gruppen bzw. Szenen anzubieten und auf dieser Grundlage sich auf die Auseinandersetzung mit diesen einzulassen.

---

12 Die von der Bundesregierung initiierten und gebündelten Aktionsprogramme sollen durch Aktivitäten im Rahmen von Landesprogrammen ergänzt werden u.a.: *Berliner Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz,* damit sollen Projekte in Schulen und Projekte von Migrantenorganisationen unterstützt werden. Die Brandenburger Landesregierung verabschiedete im Jahr 1998 ein Handlungskonzept *Tolerantes Brandenburg,* mit dem die Bündelung und Unterstützung vorhandener Aktivitäten und die Initiierung neuer Projekte angestrebt wird zur Mobilisierung der Gesellschaft mittels Information und Beratung. In Sachsen-Anhalt wurde von der Landesregierung im Jahr 1999 ein *Handlungskonzept für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt* beschlossen. Gefördert werden soll u. a. eine Wanderausstellung zur Geschichte von Anne Frank, verschiedene Tagungen, die Aktion Noteingang, die Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt sowie Jugendprojekte für Toleranz und Demokratie, die unter methodisch-didaktischen Vorzeichen mit Rollenspielen, Filmen und Workshops demokratische und friedliche Lebensformen fördern sollen. In Nordrhein-Westfalen wurde ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus verabschiedet, welches eine breite Palette von Förderungen, Maßnahmen und Unterstützungen möglich machen sollte, u. a. polizeiliche und repressive Maßnahmen, Jugendarbeitsprojekte, Fortbildungsveranstaltungen, Ausbau von Zusammenarbeit und Informationsaustausch zwischen verschiedenen Initiativen sowie Werbe- und Anzeigekampagnen. Im Rahmen des *Hessisches Jugendaktionsprogramms gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* wurden in den Jahren 1994 bis 1996 fünf Modellprojekte finanziell gefördert.

13 Dieser Ansatz verfolgt das Ziel, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen - sowohl im übertragenen als auch im wörtlichen Sinn. Die Zielgruppe akzeptierender Jugendarbeit sind u.a. rechtsorientierte Jugendliche aus Cliquen und der Skinheadszene. Da die Erfahrung lehrt, dass Aufklärung und Belehrung oder Ausgrenzung und Bekämpfung gegen rechte Orientierungsmuster oder Verhaltensweisen bzw. Gewalt nicht allzu viel ausrichten können, will akzeptierende Jugendarbeit diejenigen Probleme in den Mittelpunkt stellen, die Jugendliche haben und nicht die Probleme, die sie machen (KRAFELD 1992, 39ff.).

Obwohl die oben skizzierten Programme vor allem das AgAG-Aktionsprogramm sowohl qualitativ wie auch quantitativ bemerkenswerte Ergebnisse gebracht haben (vgl. u.a. Klingelhöfer, Brüggemann 2003), blieben die Sonderprogramme nicht frei von Kritik. Mit den Programmen auch wenn einige erst vor kurzem aufgelegt wurden, so dass noch keine verlässlichen Informationen zu Wirkungen und Erfolgen dieser Fördermaßnahmen vorliegen, deutet sich an, dass nur ein geringer Teil der „rechten" Zielgruppe durch die Programme, Maßnahmen und Angebote, die speziell auf diese ausgerichtet sind, in der angestrebten Weise erreicht werden konnte. Unabhängig von den entsprechenden Vorgaben der Programme wurden für diese Zielgruppe (mit einigen Ausnahmen) weder politische Bildungsarbeit noch geschlechtsspezifische Angebote im ausreichenden Maße entwickelt, geschweige denn umgesetzt. Dies zeigt, dass es mehr als der programmatischen Formulierungen und Absichtserklärungen bedarf, um solche Zielgruppen zu erreichen, die bisher nicht in regulären Angeboten integriert werden konnten. Hilfreich könnte in diesem Zusammenhang die Analyse bisheriger Erfahrungen unter besonderer Berücksichtigung der Schwierigkeiten mit den jeweiligen Zielgruppen sein. Erst auf dieser Grundlage sollten gezielt innovative Angebote entwickelt und umgesetzt werden.
Vergleichbares lässt sich auch in Bezug auf innovative Ansätze und Angebote sagen, die die Auseinandersetzung mit bestimmten inhaltlichen Aspekten fördern sollten. Nicht immer finden sich Projekte, die auch in der Lage sind, innovativ zu arbeiten oder die gewünschten Arbeitsformen zu realisieren. Auch in diesen Fällen müsste die programmatische Schwerpunktsetzung durch geeignete Analysen und Maßnahmen flankiert werden, so z.B. Machbarkeits- bzw. Evaluationsstudien, ggf. durch verpflichtende Informationsveranstaltungen zu spezifischen Arbeitsformen und -inhalten sowie durch die Weiterqualifizierung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Arbeitsfeld. Unbestreitbar gibt es z.B. im Zusammenhang des AgAG Indikatoren dafür, dass durch das Programm eine Struktur bildende pädagogische Arbeit geleistet wurde: Viele Projekte, die heute z.T. noch in den neuen Bundesländern bestehen, wurden im Rahmen des AgAG ins Leben gerufen, haben aber heute im regulären Jugendhilfebereich (auf Grund der Finanzknappheit in den Kommunen) mehr und mehr Finanzierungsschwierigkeiten.
Mittel- und langfristig müssen sich die aktuellen Förderungsprogramme vor allem daran messen lassen, inwieweit sie in der Lage sind, der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt neue Impulse zu geben.

5. Über den Umgang mit rechten Jugendlichen in den untersuchten Projekten

Programme und Projekte sind der Rahmen und die materielle und personelle Basis, um gezielt und bewusst mit Jugendlichen zu arbeiten, die von rechten Einstellungen beeinflusst sind.
Von eminenter Bedeutung sind dabei die Erfahrungen der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die in der Regel aus der unmittelbaren Arbeit resultieren.
Bekannt ist, dass Jugendliche, die rechten Orientierungen anhängen, häufig Kontakte zu Personen, die nicht ihrer Meinung sind oder von denen sie annehmen, dass sie belehrt werden sollen oder ihr Verhalten gerügt werden soll, ablehnen. Hinzu kommen die öffentliche Kritik ihrer Einstellungen und die evtl. Repressionen durch Polizei oder andere staatliche Institutionen, die zu Zurückhaltung und Abwehr führen. Die Gründe für den Rückzug in die eigene Kultur, auf die eigene Clique sind vielfältiger Natur. Sie sind nicht nur bei den Jugendlichen zu suchen, sondern oft ist Ablehnung rechter Auffassungen verbunden mit der Ablehnung des Jugendlichen, mit der Labelung oder Etikettierung, mit der Belehrung, die auf die Argumente, die dem Jugendlichen von Bedeutung sind, keinen Bezug nehmen.

Die vorliegende Untersuchung gab die Möglichkeit, Sozialarbeiter danach zu fragen, wie man mit Jugendlichen, die rechte Einstellungen vertreten, umgehen sollte. Unter denen, die Auskunft gaben, waren sowohl Sozialarbeiter, die ständig mit Jugendlichen rechter Orientierungen arbeiteten, solche, die bei Ausbildungsaufgaben auch rechtsorientierte Jugendliche betreuten, und Sozialarbeiter, die es ausschließlich mit sich politisch neutral empfindenden oder Rechte ablehnenden Jugendlichen zu tun hatten.
Um einen Einblick in die Vielfalt der Erfahrungen zu geben, sollen hier Auszüge aus den Interviews die nachfolgende Verallgemeinerung verdeutlichen.
Auf eine Frage, wie man mit rechten Jugendlichen umgehen sollte, hier die spontane Antwort einer ehrenamtlichen Mitarbeiterin eines Jugendprojektes.
„Normal. Man sollte sie nicht gleich zurückstoßen. 80% von diesen rechts orientierten Jugendlichen sind keine Extremisten oder so was und es ist ja in Deutschland ein Problem, dass jemand, der sich eine Deutschlandfahne anhängt, schon als rechts eingestuft wird. Das, was in Amerika gefeiert wird, – das nationale Bewusstsein – ist hier sehr schwierig zu verarbeiten. Man kann es durchaus billigen, dass derjenige stolz ist, ein Deutscher zu sein, das ist nichts Böses. Über die ganzen negativen Sachen – Ausländerhass oder Fremdenhass, was ja meistens eine Unsicherheit ist – kann man schon mit ihnen reden, auch über die Vergangenheit. Es sind wenige bei, die wirklich eine Bildung haben übers Dritte Reich, was da stattgefunden hat oder über Israel oder die Geschichte der Juden in Europa. Da ist eben nicht viel hinter und wenn man mit ihnen ins Diskutieren kommt, dann merkt man das und sie sind beeindruckt, wenn man sich auf sie und die Diskussionen einlässt. Sie sind nur gewohnt, dass man sagt, du bist ein Idiot. So ist ja auch die ganze öffentliche Meinung. Die Rechten sind Idioten. Damit kann man vielleicht ein paar davon abhalten, aber man hilft den Rechten damit überhaupt nicht."
Gleich mehrere Aspekte über den Umgang mit „rechten" Jugendlichen finden hier ihren Ausdruck. Erstens wird auf eine Differenzierung hinsichtlich der „Tiefe" rechter Überzeugungen hingewiesen (plakative Sprüche ohne Wissen); zweitens, und das scheint insgesamt ein schmaler Grat zu sein, die Existenz eines „normalen" Nationalbewusstseins, als Ausdruck und Reflexion nationaler Staaten, nationaler Kulturen, national bestimmter politischer Ambitionen usw. zu respektieren, aber seine Instrumentalisierung zu Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus abzulehnen; und nicht zuletzt wird darauf hingewiesen, diese Jugendlichen nicht zu etikettieren.
Die gleiche Mitarbeiterin demonstriert, wie sie vorgegangen ist:
„Ich lass mir erst einmal erklären, was das sein soll (deutsch-denken, Rasse und andere rechte Sprüche), das sind sie eigentlich nicht gewohnt, und dann merkt man, dass eigentlich gar nicht viel dahinter steht, wenn man sich praktisch erklären lässt, was sie wissen. Wir haben das schon mal gemacht, als es etwas akuter war mit den Polarisationen, so vor gut einem Jahr. Da haben wir eine Aktion gemacht, dass ich einen kleinen Jungen – blond und blauäugig – hier auf den Tisch gestellt habe und hab erklärt, dass die Wissenschaft heraus gekriegt hat, dass blonde, blauäugige Menschen von den Vandalen abstammen, die vom Prinzip her total gewalttätig sind und eigentlich gekennzeichnet werden müssten usw. Und die sind da mitgegangen und waren total empört, was ich für einen Schwachsinn erzähle, bis ich ihnen sozusagen die Kurve gebracht habe, wie es aber andersrum gewesen ist, mit den Juden und so. Aus diesem Gesichtspunkt hatten die das noch nie gesehen. Jetzt wurden sie selbst damit konfrontiert und diese Sprüche – ach die Juden oder so, da ist meistens viel von zu Hause. Da ist kein Gedanke dahinter, keine Überzeugung. Wir hatten früher, da sind ein paar Jugendliche gekommen – so zwei bis drei – die wirklich eine rechte Überzeugung hatten. Die anderen waren Mitläufer und Mitquatscher. Oft auch schlicht gestrickte Jungs. Aber ich habe festgestellt, dass man das Gehirn bei den meisten irgendwie ankurbeln kann, kann es wecken. Aber bisher hatte wohl keiner so richtig die Absicht gehabt."

Und über die Jugendlichen, die eine gefestigte rechte Überzeugung demonstrierten, äußert sie: Aufgetreten sind sie „sehr zackig, sehr streng und zum Anfang auch sehr zurückhaltend. Die haben nicht mal ihren richtigen Namen genannt, sondern so Tarnnamen, mystisch germanische und so was. Eigentlich sind wir mit denen auch ganz gut ins Gespräch gekommen. Die kommen jetzt nicht mehr. Und, so wie ich gehört habe, sind von denen auch viele abgesprungen."

Einen weiteren Aspekt des Umgangs mit rechtsorientierten Jugendlichen fügt der Leiter einer Einrichtung hinzu:

"Also ich würde auf jeden Fall erst mal die ganzen Vorurteile und das, was durch die Medien geschürt wird, versuchen abzubauen. Also ich würde sie erst mal so nehmen, wie sie sind. Und, was ich immer wichtig finde, ich würde mein Herz öffnen, damit sie ihr Herz öffnen. Ehrlichkeit ist Grundlage für eine gute Kommunikation und für eine gute Beziehung. Ich denke, wir werden alle nicht daran vorbeikommen im sozialen Bereich in Zukunft beziehungsorientiert zu arbeiten. Wenn das nicht gelingt, wird die Sozialarbeit so weitergehen, wie sie bis jetzt passiert – einfach auswendig gelernte Methoden, die nicht unbedingt mehr fruchten. Und gerade im Gewaltpotential oder im Extrembereich von Jugendlichen hilft einfach nur eins: Sich selber zu öffnen und `ne Beziehung zu diesem Menschen aufzubauen. ... Und dann eben versuchen, auch aus meiner Sicht, seine Lage zu schultern und ihm Freund zu sein. Und sie wissen, wenn sie jemanden brauchen, dann können sie zu mir kommen. Oder zu einem unserer Mitarbeiter. Und irgendwann, wenn sie dann diesen Tick endlich bekommen haben, aus ihrer Szene auszusteigen, dann werden wir sicherlich eine der ersten Gruppierungen vielleicht mit den Streetworkern sein, wo sie wissen, dass sie da Vertrauen haben können."

Der persönlichen Beziehung und der „Schulterung" der sozialen Lage, d.h. Hilfe bei der Bewältigung von Alltagsproblemen und nicht der „Bekehrung" oder vordergründigen Argumentation wird hier die Priorität eingeräumt. Gleichzeitig – hier nicht dokumentiert – wird vor der Illusion gewarnt, alle wären erreichbar.

Einen ganz anderen Zugang zu rechten Jugendlichen zeigt die folgende Aussage einer Sozialarbeiterin:

„Also, man sollte mit denen arbeiten auf jeden Fall, und sollte ihnen aber ihre Grenzen setzen. Und das, hab ich so manchmal das Gefühl, als wenn es in vielen Projekten nicht mehr gemacht wird, ja. Also, man kann mit denen super arbeiten, man muss aber mit denen nicht irgendwo großartige Reisen unternehmen, um zu sagen, jetzt fahren wir mal ins Ausland, um zu sehen, wie ihr nun mit Ausländern auskommt, das kann man auch in Berlin machen. Ich finde, man muss immer ein bisschen mit den Beinen unten am Boden bleiben. Man kann viele Sachen machen, ganz billig ja, man kann mit denen in die Sporthalle gehen, und das macht ja das Projekt sehr schön, dass die mit denen Sport treiben und das reicht vollkommen aus, denk ich mir mal. Ja, und Großveranstaltungen zu machen und sie politisch, also ne politische Wäsche zu machen ja, warum sind sie rechts, scheint mir eigentlich nicht günstig."

Nachgefragt nach dem Nutzen des Sporttreibens, nach dem Sinn dieser Tätigkeit im Zusammenhang mit rechtsorientierten Jugendlichen, erläutert die Sozialarbeiterin das folgendermaßen:

„Diese Jugendlichen haben ein Potenzial gehabt, gewalttätig, ja, dieses hat man im Sport vollkommen, also die haben sich da, auf deutsch gesagt, richtig „ausgekotzt", also die sind ihre Aggressionen richtig los geworden und das ist, denk ich erst mal, ne super Sache gewesen. Die sind also vollkommen fertig aus der Turnhalle, aus der Sporthalle wieder rausgekommen. Ja das war eine Sache, und da haben die nicht mehr daran gedacht, denjenigen auf der anderen Straßenseite auf die Schnauze zu hauen, auf deutsch gesagt, sondern die waren vollkommen fertig. Und wir haben ja auch Fußballturniere veranstaltet, also das heißt, sie sind auch mit anderen Jugendlichen konfrontiert worden, das heißt auch mit ausländischen Jugendlichen und das war dort überhaupt kein Problem.

Die haben da Fußball gespielt und haben sich also nicht mit denen geschlagen. Und das sollte man wirklich weiter experimentieren, man sollte das weiter ausbauen, und das macht eigentlich der Klub. Gut, wir haben auch Trainingskurse gemacht, soziale Trainingskurse, aber man sollte sie nicht mit vielen politischen Sachen voll stopfen. Also erst mal begreifen sie das überhaupt nicht, sie sind ja nun auch nicht die oberschlausten, sondern sie haben ja ein Niveau, also muss ich mal sagen, achte Klasse. Mit ihnen kann man nur auf einer Ebene sprechen, wo sie es auch verstehen, das ist entscheidend, man kann nicht, man darf nicht mit den Jugendlichen von oben herab sprechen, sondern man muss sich auf die Ebene stellen, wo sie auch sind, dann hat man einen wahnsinnsguten Zugang zu denen."
Sport treiben als Mittel zum Abbau von Aggression und zum kennen lernen von anderen Jugendlichen im friedlichen Miteinander oder auch Gegeneinander wird hier als eine Erfahrung vermittelt, neben dem nicht als „Belehrer" fungieren, wie es die anderen Aussagen der Sozialarbeiter ebenfalls beinhalten.
Eine weitere Sozialarbeiterin, die es mit rechten Jugendlichen in ihrer Arbeit zu tun hat, fordert ebenfalls, die Jugendlichen nicht zu belehren:
„Also, ganz wichtig ist, dass sie - egal in welchen Projekten sie sind – das Gefühl haben, dass sie okay sind, wie sie sind. Also, man sie nicht ändern will. Wenn sie das Gefühl haben, dass man ihre politische Meinung und die Art, wie sie sie äußern, für falsch hält, sie das Gefühl haben, du musst dich ändern, dann ist gleich alles verloren. Ich denke, dies bedeutet nicht, dass man nicht eine eigene Meinung haben kann und sich von ihnen unterscheidet. Das ist den meisten auch klar."
Auf sinnvolle Freizeitgestaltung und damit eventuell wachsende Jugendkultur macht ein anderer Leiter eines Jugendprojektes aufmerksam. Er stellt auch in Frage, ob es möglich sei, fest organisierte Rechte aus der Szene zu lösen.
„Man kann keine Gehirnwäsche erreichen von Leuten, die fest entschlossen sind, Deutschland zu ändern, möglicher Weise individuelle Gewalt auszuüben, Ausländer zu terrorisieren. Dies kann nicht Gegenstand von Jugendarbeit sein. Wer da versucht, Jugendarbeit zu machen, wird auf die Nase fallen. Für Leute, die noch nicht so fest sind, die nicht in Nazistrukturen drin sind, nicht dem internen Sicherheitssystem dort unterliegen, also eher unabhängige rechte Jugendliche, die ausländerfeindlich sind und sich auch für die Nazizeit interessieren, kann man eine vernünftige Freizeit organisieren, viel Sport anbieten, da es Menschen sind, die immer bereit sind, körperliche Kräfte auszugeben, kann man eine Menge ausrichten. Auf diese Art und Weise kann man es auch schaffen, sie an solche sinnvollen Freizeittätigkeiten zu binden, weil alle wissen, dass eine sinnentleerte Freizeit eine wesentliche Ursache für Straffälligkeit ist. Es geht nicht in erster Linie darum, die ideologisch zu wenden, sondern es geht erst einmal darum, dass sie von den Straßen verschwinden und so ein Stadtteil sicherer ist. Dies kann man, wenn man für Jugendliche Freizeitangebote organisiert, wo sie nicht Mitglieder werden müssen und Geld bezahlen müssen, wo es mehr nach Lust und Laune geht. Es ist durchaus dann aussichtsreich, eine Gegenkultur zu entwickeln und immun macht, in solch eine Naziszene zu gelangen."
Und über Arbeit mit Jugendlichen, die in rechten Parteiorganisationen verankert sind, meint der Sozialarbeiter:
„Ich glaube nicht, dass Jugendarbeit viel entgegensetzen kann. Es würde bedeuten, dass Jugendarbeit mit ganz anderen Kapazitäten arbeiten müsste. Das würde bedeuten, dass man eher Kontakt zu einzelnen Menschen aufbaut und unter Nutzung dessen, woran der im Moment leidet, was sein Hauptproblem ist, individuell arbeitet. Das ist aber eigentlich ausgeschlossen, wenn man mit ganzen Cliquen arbeitet, und dies ist eine Bedingung der Jugendarbeit. Man kann einfach nicht mit ganzen Nazicliquen arbeiten, dann würde man ihnen Räume zur Verfügung stellen, wo sich die ganze Scheiße reproduziert."

Fasst man die Aussagen der SozialarbeiterInnen zusammen, werden folgende Anregungen gegeben:
Den Jugendlichen akzeptieren, seine Meinung respektieren und ernst nehmen.
Versuchen, auf der Basis der Achtung der jugendlichen Persönlichkeit, des Respekts ihm gegenüber und seiner Auffassungen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.
Die Probleme des Jugendlichen erkunden, verstehen und soweit möglich Hilfe bei ihrer Bewältigung leisten.
Unterscheiden lernen zwischen nationalistischen Auffassungen (nationale Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen und deren Diskriminierung, revanchistische Auffassungen gegenüber Nachbarländern) und Stolz oder Anerkennung der Leistungen der eigenen Nation in den Auffassungen der Jugendlichen.
Hilfe leisten bei einer sinnvollen Freizeitgestaltung.
Sport anbieten als Mittel, um Gewalt zu kompensieren, als Mittel andere – auch Fremde – kennen zu lernen und ihre Leistungen zu achten, als Mittel mit Konkurrenten nach Regeln, d.h. fair zu streiten.
Jugendliche in Entscheidungsprozesse, die sie selbst betreffen, einbeziehen und ihre Entscheidungen zu respektieren.
Den Jugendlichen die Konsequenzen und die Falschheit rechter Sprüche und ideologischer Versatzstücke (z. B. Rassismus) verdeutlichen.
In der hier dargestellten Untersuchung erwies sich die akzeptierende Jugendarbeit, wie wir sie in zwei Projekten vorfanden, als ein Weg, noch gezielter Interessen zu wecken, die eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung fördert und hilft, schulische Probleme sozialer Art und in der Aneignung des Stoffes zu bewältigen. In Bezug auf Rechtsextremismus würde es sich hier um ganz wichtige präventive Arbeit handeln, da schulisches Versagen einen nicht geringen Anteil an dem Einstieg in entsprechende Cliquen oder in die Skinheadszene hat. Wenn zu der akzeptierenden Jugendarbeit in den Projekten eine maßvolle, didaktisch gut konzipierte und die konkrete Situation berücksichtigende politische Bildungsarbeit tritt, könnte der Einstieg des einen oder anderen Jugendlichen in die rechte Szene wahrscheinlich verhindert werden und es könnten auch Jugendliche unter Umständen wieder gewonnen werden, die den ersten Schritt nach rechts schon getan haben. Das setzt aber voraus, dass man, wie die Sozialarbeiter selbst betonten, diese Jugendlichen ernst nimmt, sie respektiert und nicht etikettiert.
Einen anderen Zugang vor allem zu Jugendlichen, die auf Körperkraft und damit häufig auch auf Gewalt setzen und nicht selten aus der rechten Szene kommen bzw. rechte Orientierungen für sich in Anspruch nehmen, ist die sportbetonte Klubarbeit. Zwei Aspekte werden dabei in den Vordergrund gerückt. Das ist zum einen der Sport als Wettkampf und Fitness, als sinnvolle Freizeitbeschäftigung und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für eine politische Bildung, die sich an den von den Jugendlichen vertretenen ideologischen Versatzstücken orientieren kann und somit die Jugendlichen auch erreicht. Gegenseitiges Vertrauen und Respekt vor der Meinung des anderen ist auch hier ein Schlüssel für konstruktive Kommunikation. Gewinnen könnten solche Projekte, wenn auch die so genannten „neutralen“ Jugendlichen mit einbezogen werden könnten. Jugendliche dieses Projektes kamen in Interviews häufig positiv auf die politische Bildungsarbeit im Klub zu sprechen.
Für die Jugendlichen, die auf Grund mangelnder Bewältigung von Entwicklungsaufgaben und Problemen in den sozialen Beziehungen Gefahr laufen, in marginalen Gruppen zu verbleiben und/oder straffällig zu werden, ist Hilfe am effizientesten, wenn Jugendhilfe verbunden wird mit konkreter Lösung von Entwicklungsaufgaben. In den von uns erfassten Fällen ist dies die Möglichkeit der Berufsausbildung. Auch wenn nicht alle, die es betrifft, voll mit dem Beruf, den sie erlernen, zufrieden sind und auch ein Arbeitsplatz nach der Ausbildung nicht sicher ist, wird die Ausbildung als Chance verstanden und motiviert.

Was vielleicht noch wichtiger ist: es wird ein von der Ausbildung und des damit verbundenen Zeitregimes geregeltes, sinnvolles Leben geführt mit eigenem Einkommen. Für manche ist das seit langem erstmals der Fall. Hinzu kommt, dass insbesondere bei den Jugendlichen, die wegen Gewalt und anderer Delikte mit den Strafverfolgungsbehörden zu tun hatten und dadurch das ohnehin schlechte Verhältnis zu Vater und/oder Mutter noch gestörter wurde, sich die Beziehungen wieder zu normalisieren scheinen. Auch deshalb wollen die meisten der befragten rechtsorientierten Jugendlichen nicht mehr mit den Cliquen mittun oder sind völlig aus dieser Umgebung ausgeschieden. Nicht aber ist immer auch rechtes Gedankengut, insbesondere Fremdenfeindlichkeit, damit erledigt. Die große Chance berufsausbildender Projekte besteht in der Verbindung von Veränderung des sozialen Status des betreffenden Jugendlichen mit der Eingliederung in ein neues soziales Netz mit anderen Normen und Werten als denen in der vorherigen Clique und einer Betreuung im Alltag, wenn es nötig sein sollte. Stärker als bisher sollte politische Bildung in all ihren Facetten eine Rolle spielen, ohne die Berufsschule zu wiederholen oder zu imitieren.

Autoren:

Prof. Dr. Jürgen Gries
Katholische Hochschule für Sozialwesen
Köpenicker Allee 39-57
D-10318 Berlin

Doz. Dr. habil. Irmgard Steiner
Freie Universität Berlin
Arbeitsbereich Empirische Erziehungswissenschaft
Fabeckstr.13
D-14195 Berlin

Dr. Gerhard Wenzke
Freie Universität Berlin
Arbeitsbereich Empirische Erziehungswissenschaft
Fabeckstr.13
D-14195 Berlin

Der Beitrag ist entnommen aus:
Kirchhöfer, D. / Merkens, H.
Das Prinzip Hoffnung. Jugend in Polen und Deutschland
Jugendforschung aktuell 9
Baltmannsweiler 2004, S. 183 ff.

„Subversive Verunsicherungspädagogik“ von Prof. Eckhard Osborg

Prof. Eckhard Osborg stellte den Videoclip „Tugend und Ehre“ vor, der im Rahmen des von ihm maßgeblich entwickelten Konzeptes der „Subversiven Verunsicherungspädagogik“ entstanden war. Da wir naturgemäß außerstande sind, diesen hier zu veröffentlichen, beschränken wir uns auf den Abdruck des von Herrn Prof. Osborg vorab verteilten Papiers, in dem er die Grundzüge des Konzeptes erläutert, sowie auf die Wiedergabe von Auszügen aus der anschließenden Diskussion. Diese wurde z.T. stark kontrovers geführt.

Am Forschungsschwerpunkt „Aggressive Lebenswelten" der Fachhochschule Hamburg wurde für die Präventionsarbeit mit gewaltbereiten und rechtsradikalen Jugendlichen ein Handlungskonzept entwickelt, das rechtsradikales Gedankengut explizit als Gesprächs- und Diskussionsstoff in die Jugendarbeit einbezieht. Ausgangspunkt der Konzeptüberlegungen war, dass der Ansatz der „akzeptierenden Sozialarbeit“ als ungenügend beurteilt wurde, da er die innere Affinität der gefährdeten Jugendlichen zu Elementen nationalsozialistischer Ideologie nicht ausreichend berücksichtige und diese in der Suche auch nach politischer Identität allein lasse. Überdies wurden die von Heitmeyer stammenden Erklärungsmuster rechtsextremer Gewalt (Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit, Langeweile) als nicht ausreichend erachtet. Das hier vorgestellte Konzept macht dagegen gerade die Faszination nationalsozialistischer Ideologie zu einem wesentlichen Bestandteil seiner Konzeption. Danach müssen Handlungsprinzipien der Präventionsarbeit wie das Setzen von Grenzen, insbesondere bei Gewaltanwendung auch unter Zuhilfenahme der Polizei, und die haltgebende Unterstützung des Individuums in persönlichen Krisensituationen und ggf. das konkrete Angebot von „Aussteigerprogrammen“ verknüpft werden mit einer verunsichernden, z.T. auch provozierend-konfrontierenden Verwicklung in Auseinandersetzungen mit den Widersprüchen ihrer Ideologie. Ziel dieser Provokation sei zunächst die Selbstoffenbarung des Denkens und Fühlens, die sich nicht nur im Inneren des/der Jugendlichen abspielen soll, sondern mit Hilfe eines speziellen methodischen Vorgehens in den Diskurs mit den Pädagogen einbezogen werde. Ein weiteres Ziel sei hierbei, dass der/die Jugendliche seine/ihre eigenen Rationalisierungen durchschaut, seine/ihre Selbstgewissheit verliert, wieder lernfähig wird und möglichst auf die Hintergründe seiner Einstellung stößt, so dass er/sie selbst „so nicht mehr sein will".
Erklärtes Ziel dieser „Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik" stellt die „Zerbröselung“ der politischen Rechtfertigungsideologie und die Rücknahme von Aggressionen auf die zu Feinden stilisierten Personengruppen dar.
Erreicht werden soll dies mittels eines veränderten Rollenverständnisses, das z. B. beinhalte, nicht überzeugen zu wollen: Versuche, die Jugendlichen von ihrer Ideologie abzubringen, führten nur zu einer Kampfbeziehung, in der der Jugendliche immer Gewinner bleiben. Ziel müsse es vielmehr sein, dass der Jugendliche sich selbst oder die Jugendlichen sich: untereinander in Frage stellen. Dazu müsse eine neugierige Grundhaltung eingenommen werden, in der verunsichernde Fragen gestellt werden können. Die Jugendlichen sollen ihre Position erklären können, so als ob man sich überzeugen ließe, wenn sie dafür überzeugende (logisch schlüssige) Argumente hätten. Die Macht der Frage soll auch ausgenutzt werden, um die Jugendlichen mit z.B. mit Widersprüchen zwischen ihrer Ideologie und ihrem eigenen Verhalten oder zwischen unterschiedlichen Gruppierungen der rechten Szene zu konfrontieren.

Aus der Diskussion

Kein Name (weiblich)
Also, ich bin 56 Jahre jetzt alt, in der DDR groß geworden. In den sechziger Jahren hat die DDR in den Schulen Kampagnen gemacht und hat Originalfilme aus dem „Dritten Reich" gezeigt, Konzentrationslager, Vergasung und so weiter. Und wenn eins in meinem Leben eine Wirkung gehabt hat, dann dies. Also wenn ich eine typische Antifaschistin geworden bin, dann nur in Form, weil ich solche Filme gesehen habe.

Stefan Schützler, Gangway
Mich würde vor allem interessieren, wie sie eine längerfristige pädagogische Orientierung oder Einbindung sicherstellen wollen? Mein Eindruck ist, was wir dort gerade gesehen haben, waren Werbeclips. Das waren die neuen Kultfilme und mich würde interessieren, wie sie verhindern wollen, dass solche Filme, wie Sie sie zeigen, bei den Jugendlichen einen Kultstatus erlangen? Ich sehe eine ernsthafte Gefahr, dass die Jugendlichen sich genau die Botschaften herausnehmen, die sie wollen: „Hitler, das Reich, geil!" Ich fürchte, Sie machen damit auch noch die letzten Jugendlichen mit den „Zillertaler Türkenjägern" vertraut, die lustig altdeutsche oder neudeutsche Schlager aufnehmen und in Nazisprache umsetzen. Und Sie haben dazu auch noch die Videoclips gedreht. Ich denke, dass das, was Sie machen wollen, zwar eine gute Idee ist, aber mich würde ganz dringend interessieren, wie Sie sicherstellen wollen, dass diese Filme nicht in falsche Hände geraten?
Und zweitens ein eher technischer Hinweis: Wenn Sie die Bilder in Ihrem Clip mit denen eines durchschnittlichen Horrorfilms vergleichen, so erschrecken Sie Niemanden so wirklich. Deshalb denke ich, dass die Intention, die Sie verfolgen, sicher ehrenwert ist, jedoch mit diesem Beispiel sehr, sehr schwierig umzusetzen sein wird.

Siegfried Zimmermann
Ich arbeite derzeit mit Rechtsradikalen im Gefängnis in Brandenburg.
Also, ich fühle mich jetzt durch die Clips sehr verunsichert. Ich denke aber, dass ich ja auch einigermaßen „normal" sozialisiert bin.
Die Gruppen, mit denen ich arbeite, haben nicht diese Regelsozialisierung. Sie haben Menschen umgebracht. Bei denen würde ich sagen: Ja, hier bekommen sie wieder einen Punkt mehr, um gefestigt zu sein.. In den Ohren sind mir gewissermaßen die Kommentare geklungen, die die sagen werden, wenn sie die Bilder sehen. Und das hat mich noch mehr aufgeregt, noch mehr betroffen gemacht. Ich habe im Moment keine Ahnung, wie ich das in meiner Arbeit anwenden soll. Diese „subversive Verunsicherungspädagogik" halte ich für eine gute theoretische Aufarbeitung von dem, was wir tun. Aber wie ich das einsetzen soll, kann ich im Moment nicht sagen. Ich halte es im Moment für unmöglich.

Kein Name (männlich)
Ich wollte nur sagen, das war ein cooler, geiler Clip. Viel Action dabei und mit dem richtigen Soundtrack unterlegt. Der wird der rechten Szene unwahrscheinlich gut gefallen, der wird gut ankommen und natürlich wird er eine begehrte Kopiervorlage sein. Die Weiterverbreitung werden sie nicht in der Hand haben. Meine inständige Bitte bei der Evaluation und für die Weiterarbeit: Nehmen Sie als erstes den Soundtrack raus! Besorgen Sie sich mal die Filme von „Blood & Honour"; das ist ganz genau die Ästhetik wie dort! Und das kommt gut an bei den Jungs. Ich sage Ihnen, das wird ein richtiger Hit.

Gunnar Ortleb, RAA Berlin

Ich leite einen Prenzelberger Schülerklub.

Für mich ist eins klar: Wenn man diesen Film überhaupt irgendwann irgendwo einsetzen kann, kann man das mit zwei Jugendlichen machen, die vielleicht schon an dem Weg sind, mal darüber nachzudenken, was sie wollen. Wenn Sie das in einer größeren Gruppe machen, kriegen sie nicht mal mehr die Veranstaltung beruhigt. Ich kann da verweisen auf Filme wie "Oi!-Warning", wo die Macher durch die rechte Szene regelrecht aus Kinosälen geprügelt worden sind. Ich halte das für kreuzgefährlich, ich halte das für überflüssig und nicht sinnvoll. Wenn ich Jugendliche soweit habe, dass ich diesen Film einsetzen kann, dann kann ich ihnen das an ihrem eigenen Verhalten aufzeigen, an den Dingen, die sie selbst getan haben. Und dann kann ich Ausschnitte aus anderen Filme nehmen, wo ich sagen kann: „Guck mal, das hast du getan.“ Ich glaube, dass wir diese Filme so nicht brauchen, einsetzen kann man sie nicht, es sei denn, wir wollen uns gegenseitig schulen.

...

„Träger von Sozialarbeit haben, um an die `Präventionstöpfe` zu kommen, den `Skandalwert` ihrer Zielgruppen erkannt, und sich mit konkreten `Präventionsversprechen` in den Kampf um Sondermittel geworfen.“
(M. Kappeler)14

„Jugendforschung, ständig um den Resonanzeffekt, die Relevanz und die Konjunkturkurve der von ihr projizierten Jugendbilder bedacht, hat sich jene etablierte Jugendforschung als funktionierender Teil dieses Erpressungszusammenhangs blamiert.“ (K. Homuth)

„Bitte keine Politik, wir sind Sozialarbeiter. Bitte keine Sozialarbeit, wir sind Jugendpolitiker“ von Jan Becker und Stefan Schützler / Gangway e.V.

„Gutmenschentum` versus `Fachlichkeit` in der Sozialarbeit“

These: Es gibt eine zunehmende Kultur der subjektivistischen Ungeduld gegenüber dem Thema Rechtsextremismus, die zu einer z.T. einseitigen und unprofessionellen Behandlung der Problematik in der Jugendforschung und der Jugend- und Sozialarbeit geführt hat. Manche sagen auch: Die Rechtsextremismusdebatte ist „ideologisch aufgeladen“15. Zugleich gibt es in den praxisbezogenen jugendpolitischen, sozialpädagogischen und bildungspolitischen Handlungsorientierungen eine beängstigende Naivität. Noch komplizierter wird es, wenn hier die Zusammenhänge verloren gehen! Einige Überlegungen:

I) Unter „subjektivistischer Ungeduld“ verstehen wir einen zunehmenden wissenschaftsanalytischen Reduktionismus, die Vereinzelung komplexer Zusammenhänge und ihre theoretische Überhöhung. In ihrer Folge verzeichnen wir eine ideologisch und z.T. partei-politisch geleitete Phänomenalisierung gesellschaftlicher Entwicklungen. In der Praxis führt dies nicht zuletzt zu einer `linken Amerikanisierung der Sozialarbeit`16 und entsprechenden `Kampfstrategien a la political correctness`. Vor allem aber geht sie einher mit ordnungspolitischen Präferenzen und der Tabuisierung gesellschaftlich relevanter Themen in der Jugend- und Sozialarbeit. Es folgen z.T. unseriöse Auseinandersetzungen auf dem hart umkämpften Sozialmarkt und zuweilen auch „intellektuell ungeduldige Übergriffe` gegenüber dem demokratischen Staat, der Sozialarbeit und Sozialarbeitern.

II) Wir verzeichnen in der Jugendpolitik und –forschung, aber auch in unserer Praxis einen zunehmenden Widerspruch: Einerseits reichen ernst zu nehmende rechtspopulistische und dem Rechtsextremismus nahe stehende Tendenzen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Andererseits erfolgt eine nur mangelhafte Ausdifferenzierung ihrer politischen, sozialökonomischen, sozialpsychologischen, jugendspezifischen und –kulturellen Erscheinungen und Ursachen. Bei entsprechend verkürzter und einseitigen Überhöhung einzelner Erscheinungen und sozialer Sphären entstehen daher ungenaue und diffuse `Jugendbilder`.

14 Hinzuzufügen ist, dass es zunehmend genügt, nur noch den Skandalwert des (Zielgruppen)Themas zu benennen.
15 Siehe: „Nur zwei Prozent der Jugend rechtsradikal“, Artikel von Sven Felix Kellerhoff, Morgenpost vom 08.12.2003;
16 Unter `Amerikanisierung der Sozialarbeit` verstehen wir die Tendenz einer zunehmenden und ausschließlichen Bekämpfung gesellschaftlicher Phänomene und nicht ihrer Ursachen.

Zunächst einige Zahlen, die auf offensichtliche Widersprüche und notwendige Differenzierungen in der Rechtsextremismusdebatte aufmerksam machen sollen:

Statistische Angaben oder das Spektrum zwischen Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

- *W. Heitmeyer* stellt in seiner jüngsten Untersuchung zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" eine feindselige Normalität und eine zunehmende Bereitschaft ‚Mitmenschen zu verachten, fest. In der Zuordnung *Fremdenfeindlichkeit* vertreten mehr als 59 Prozent die Meinung, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben (z.B. 54 % der Brandenburger Jugendlichen, s. Landua). Er geht davon aus, dass 15 bis 25 % der Bevölkerung rechtspopulistische Einstellungen vertreten.

- Nach einer Untersuchung des *Otto-Stammer-Zentrum an der Freien Universität Berlin* verfügen 1/8 der Berliner und mehr als ein Fünftel der Brandenburger Bevölkerung über ein mehr oder weniger rechtsextremes Weltbild.

- *Sturzbecher und Landua* beziffern in ihrer Brandenburger Längsschnittanalyse den Anteil der jugendlichen Risikogruppe, deren Mitglieder rechtsextremen Aussagen teilweise oder völlig zustimmen im Jahr 2001 auf 13 Prozent..

- Entsprechend einer *Studie der FU Berlin* 2004 haben nicht 15 bis 25 Prozent der Jugendlichen rechtsextreme Überzeugungen, sondern nur zwei Prozent. Weitere etwa vier Prozent stehen dem Rechtsextremismus nahe, analysiert der Politologe Klaus Schröder.
Der *Berliner Verfassungsschutz* beziffert das rechtsextreme Potential in Berlin auf 2400 Personen.

- Auf der anderen Seite werden in den Studien bzw. *Lokalen Aktionsplänen* des *Zentrums für Demokratische Kultur* „Stinos" und „Normalos" bzw. mindestens 50 % der Jugendlichen, ähnlich der so genannten `Mehrheitsbevölkerung` als rassistisch und rechtsextrem eingeordnet (HSH-Studie von 1999/2000). Danach haben in Pankow eine Vielzahl oder eine Mehrheit der Jugendlichen (die ursprüngliche Positionierung der Studie 2004 beziffert bis zu 60 %) rechtsextreme Orientierungen. In der Marzahner Analysen wurde die Risikogruppe, die rassistische und rechtsextreme Einstellungen vertreten, auf bis zu 80 % beziffert.

III) Einige, sicher nicht vollständige, Anmerkungen:

1. Im Diskurs zum Rechtsextremismus ist eine qualitativ differenzierte Analyse der Einstellungsmuster von Menschen- und Fremdenfeindlichkeit notwendig. Aber auch quantitative Vereinfachungen sind hier unzulässig[17]. K. Schröder/Landua/Sturzbecher und die Autoren der jüngsten „Shell-Studie" machen auf einen Zusammenhang aufmerksam, den wir in unserer Praxis häufig beobachten: Seit den 90er Jahren gilt Fremdenfeindlichkeit als zentrales Kriterium für Rechtsextremismus. Die daraus oft abgeleitete automatische Gleichsetzung von beidem aber greift zu kurz. Tatsächlich lehnen zwar alle rechtsextremen Jugendlichen das Zusammenleben mit Ausländern ab, aber der Umkehrschluss – fremdenfeindlich gleich rechtsextrem – gilt so nicht. Die Mehrheit der xenophobisch orientierten Jugendlichen zeigt eher politisches Desinteresse

[17] Wer den dialektischen Zusammenhang von Zielgruppen- und Sozialraumanalyse nicht beherrscht und z.B. Wanderungsbewegungen von Jugendgruppen vernachlässigt, dem kann es passieren, dass aus *einer* „rechten Clique" *drei* werden. Der sollte aber auch in der Lage sein, der linksalternativ-szenigen Anwohnerschaft vom Kollwitzplatz zu erklären, warum dieser nun zur „Angstzone" bzw. zum „No-Go-Area" ausgerufen werden soll. (vgl. Kommunalanalyse / Lokaler Aktionsplan Pankow des Zentrums für Demokratische Kultur 2003)

und eine geringe Neigung zu anderen rechtsextremen Positionen. Diese „politisch Desinteressierten“ (s.g. `Normalos` und `Stinos`) werden in der „Shell-Studie“ 2002 zur größten Gruppe der Jugendlichen gezählt.
So haben z.B. Jugendliche einer Sprayer Crew aus dem Prenzlauer Berg (kurzhaarige, kiffende Berufsschüler, eher `links` und dennoch unpolitisch) auf folgender Unterscheidung bestanden: „Unterstellt uns nicht immer, dass wir ausländerfeindlich sind. Das sind wir nicht! Aber es gibt manchmal gute Gründe, nicht ausländerfreundlich zu sein. Warst du schon mal in meiner Berufsschule?! Was da abgeht!“ Wir wollen diese Aussage nicht verharmlosen, sie erscheint uns im gegebenen Kontext aber bemerkenswert.

2. Die Reduzierung der Entstehungsursachen fremdenfeindlicher und/oder rechtsextremer Einstellungsmuster auf - zudem vereinfachte - politisch-ideologische Orientierungen hat wesentlich zu einer mangelhaften Differenzierung und unzulässigen Erweiterung des „Rechtsextremismus-Begriffes“ beigetragen. Eine nicht nachvollziehbare jugend- und soziokulturelle Überbewertung der Problematik hat zu unzutreffenden Polarisierungen in der Jugendszene, vereinfachten „Rechts-Links-Schemata“18, verkürzten Jugendbildern19 und entsprechenden Ausgrenzungs-mechanismen geführt. Demgegenüber hat sich in unserer täglichen Praxis die „Rechtsextremismus-Definition“ von Heitmeyer bewährt: „Menschen- und fremden-feindliche Einstellungen und ein entsprechendes Gesellschaftskonzept verdichten sich zum Rechtsextremismus, wenn Gewalt hinzukommt und sich individuell bzw. in Gruppen organisiert“20. Nur anknüpfend an eine derart mehrschichtige Ausgangs-analyse lässt sich eine erfolgversprechende Arbeit unter Einbeziehung der verschiedensten Persönlichkeits- und Beziehungsebenen organisieren.

3. Während die menschenverachtenden Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu Recht von der gesamten Öffentlichkeit gebrandmarkt werden, gerät die Analyse seiner Ursachen zunehmend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit. Notwendige hochkomplexe Auseinandersetzungen werden aus Gründen politischer Opportunität nicht geführt oder der Boulevard-Presse mit ihrer bekannten Simplifizierungs-Mentalität überlassen. Diese Konzeptlosigkeit ist der Nährboden dafür, dass sich hinter bestimmten Diskursen gesellschaftlich tabuisierte Themen und Realitäten verbergen, die sich gefährlich verselbständigen können. Nur politische Anfänger wundern sich dann darüber, dass der `Kopftuch-Streit` und die Diskussion um die Aussage `Ich bin stolz ein Deutscher zu sein` im Alltag in einem `Kampf der Kulturen` aufgehen.
Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass die „Rechte“ in ihrem Wirkungsgrad derart überschätzt wird, als wäre demnächst das Ende der `Zweiten Weimarer Republik` zu erwarten. Zu diesem Eindruck kann jedoch nur gelangen, wer Auseinandersetzungen im Alltag aus dem Weg geht.

IV) Jugendliche, die rechtspopulistische Einstellungen vertreten und/oder dem Rechtsextremismus nahe stehen, werden aus unterschiedlichen Gründen von den zivilgesellschaftlichen und demokratischen Institutionen nicht mehr erreicht. Für einen nicht unerheblichen Teil dieser Jugendlichen gilt aber vor allem, dass sie von sozialen und/oder politischen Institutionen nicht bzw. nicht mehr erreicht werden wollen. Gerade

[18] „Im Sinne einer begrifflichen Unterscheidung werden Jugendliche, die nicht rechtsextrem orientiert oder rechtsextrem sind, als „nicht-rechts“ bezeichnet.“ (ebda., S. 11)

[19] „Wer vornehmlich kurze Haare und die „üblich verdächtigen Klamotten“ als Kriterium für rechts-extreme Einstellungen wählt und überbewertet, dass viele Jugendliche keinen Bock auf die „unästhetische linke Zottelkultur“ haben, für den muss allerdings jede Disko in Marzahn ein „Kameradschaftstreffen“ sein.“ (Eine Marzahner Sozialarbeiterin nach dem Studium der dortigen Bezirksstudie des ZDK, Berlin 2003)

[20] Siehe: Wilhelm Heitmeyer, Rechts kommt nicht aus dem Nichts, In: Sozial Extra,9/2000, S.10;

aber für diesen Teil der Jugendlichen – in der Mehrheit Haupt-, Sonder- und Realschüler – registrieren wir einen erhöhten sozialarbeiterischen, sozialpädagogischen und sozialpsychologischen Unterstützungsbedarf.

Einige praxis- und theoriegestützte Erfahrungswerte:

- Während eines Kolloquiums zum Thema Rechtsextremismus, organisiert vom zuständigen Fachbereich des Berliner Senats, machte *Bernd Wagner*, Leiter des Exit-Programmes, auf die Komplexität und den Querschnitt der sozialen Problemlagen ausstiegswilliger Rechtsextremisten aufmerksam:“

- *Innere Leere, Entfremdung und subjektives Furchtgefühl,*
- *Subjektive „Enthäuslichung“, Zerstörung des persönliches Netzwerk- und Kontaktsystems*
- *Schuldenproblematik (z.B. Verweigerung von Sozialhilfe aus ideologischen Gründen)*
- *Abbruch von Lehre und Ausbildung, Chancenlosigkeit im Berufsleben,*
- *Drogenrelevante psychosoziale Problemlagen (Alkohol, Gewalt, illegale Drogen, Auflösung im Szene-, Event- und Demobereich)*
- *Straftäterkarieren und Folgen, etc. (soziale Isolation, Schulden aus Straftaten und Gerichtskosten)“*

Auf die tiefenanalytischen psychosozialen Problemstellungen rechtsextremer und dem Rechtsextremismus nahe stehender Jugendlicher haben *Jessica Benjamin, Christel Hopf und Gertrud Hardtmann* hingewiesen. Zentraler Erfahrungswert auch pädagogischer Praxis ist es, das es der Mehrzahl dieser Jugendlichen unmittelbar nicht gelungen ist, negativfreie Identifikationsbilder aufzubauen. Positive Bindungserfahrungen und die Erfahrung der eigenen Identifikation über das `familiäre Ich` und andere Bezugspersonen haben sich in ihren Lebensläufen grundlegend aufgelöst. Mangelnde Anerkennung und Zuwendung führt nicht nur zur Zerstörung des Selbstvertrauens.

V) Die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus hat wesentlich zu einer öffentlichen Sensibilisierung beigetragen[21]. Wer dabei aber die Bewertung (und damit die Entwicklungschancen) junger Menschen auf politisch-ideologische und sozio-kulturelle Kriterien verkürzt, nimmt unbewusst oder gezielt die Gefahr in Kauf, jugendpolitische Handlungsempfehlungen auf – zugegebenermaßen notwendige – zivilgesellschaftliche Initiativen und/oder bildungspolitische Arbeit zu begrenzen. Diese Orientierung reduziert die Handlungsansätze der Jugend- und Jugendsozialarbeit und entzieht jungen Menschen, wenn auch indirekt, das umfassende Leistungsspektrum der Jugendhilfe. Eingrenzung als eine subtile Spielart der Ausgrenzung ist für die sozialarbeiterische Praxis unzulässig. Denn sie beschränkt den Umgang mit diesen Jugendlichen auf ein ausschließlich weltanschauliches Instrumentarium. Die `gutgemeinte` Politisierung der Sozialarbeit trägt nun mehr und mehr ideologiegeprägte ordnungspolitische Züge[22]. Die gegenwärtige Diskussion um eine „ultimative“ Gesamtstrategie gegen eine Demokratiegefährdung von Rechts läuft daher Gefahr, dass die Entwicklung sozialpädagogischer Konzepte für den unmittelbaren
Umgang mit diesen Jugendlichen vernachlässigt wird. So wichtig Abwehrstrategien gegen Rechtsextremismus sind - mindestens ebenso wichtig ist die alltägliche

[21] Dies ist u.a. ein Verdienst der Studien des Zentrums für Demokratische Kultur.

[22] Die auf Subsumtion unter eine gesellschaftliche Sphäre hinauslaufende Auflösung „des Zusammen-hangs menschlicher Kulturformen“(Kant) wählt übrigens die Frankfurter Schule zum Ausgangspunkt der Totalitarismus-Forschung.

Auseinandersetzung mit den jungen Menschen.
Ursprünglich war diese Vorgehensweise der Aus- und Eingrenzung lediglich eine praktische, unreflektierte Ausweitung linksradikaler Auseinandersetzungsformen. Im Alltag entwickelt sie aber zunehmend eine „unvernünftige Eigendynamik", in der mehr und mehr die Zusammenhänge verloren gehen. Beispielhaft für ihre Bandbreite:

Bereits 1996 wird der Sozialarbeiter Michael Heinisch nach einem Podiumsgespräch von Autonomen Antifas angegriffen und verletzt.
Nach 1999 werden die „AgAG-Programme" nicht nur eingestellt, sondern auch noch nur unzureichend ausgewertet. Die wesentlichen Fragen zur Entwicklung arbeitsfeld-übergreifender Konzepte, zu Rahmenbedingungen und Qualifizierung werden danach von der Jugendforschung nicht oder ungenügend beantwortet.
Im Zuge dieser Entwicklung „kippt" einer der ursprünglichen Protagonisten der akzeptierenden Jugendarbeit „um": Nicht nur, dass Krafeld ein lebensweltorientiertes Merkmal der Sozialarbeit überhöht und den sozialarbeiterischen Aspekt im Umgang mit diesen Jugendlichen unterschätzt, mit seinem „Wechsel" zur `gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit` bringt er auch noch den Unterschied zwischen jugendpolitischen und sozialpädagogischen Handlungsansätzen durcheinander.23
In den Jahren 2002 – 2004 überziehen die Aktivisten der „Treptower Antifa-Gruppe" und des „Antifa-Aufstandes Köpenick" die Streetworker von „Gangway" mit einer Serie von öffentlichen Angriffen, in deren Mittelpunkt deren vermeintliche „Akzeptierende Sozialarbeit mit Nazis" steht.24 Ebenfalls 2002 erscheinen berlinweit Flugblätter und Plakate, die Einrichtungen und Aktivitäten der Jugendarbeit unterstellen, nationalsozialistische Entwicklungen zu fördern.
Gegen jegliche Erfahrungswerte in der Praxis finden sich zudem Jugendforscher und Sozialwissenschaftler, die Ein- und Ausgrenzungsmechanismen, z.B. in Form der Unterbrechung zusammenhängender pädagogischer Prozesse, aus methodischer und angebotsorientierter Sicht untersetzen.

VI) Dieser intellektuelle Vorlauf führt in der Praxis zur Verkürzung der Handlungsempfehlungen gegen Rechtsextremismus: In den 90er Jahren wurde im Umgang mit dieser Zielgruppe noch um komplexe, wenn auch z.T. unausgereifte Handlungskonzepte gerungen. Heute werden für diese Zielgruppe die pädagogischen Konzepte zunehmend partiell und/oder vom Ende her gedacht. Häufig kommen diese Empfehlungen sowohl im methodischen als auch angebotsorientierten Spektrum relativ unbedacht daher.
Zwei Beispiele:
1. Partielle methodische Handlungsstränge werden zunächst isoliert, dann verallgemeinert und letztlich zum Konzept erhoben. So wichtig Handlungselemente der „Subversiven Verunsicherungspädagogik" (Prof. Osborg) auch seien mögen: Verunsicherung setzt nicht im luftleeren Raum an, sie setzt zunächst Beziehung, Zuwendung und Vertrauen voraus.
2. Als das einzig mögliche Handlungskonzept im Umgang mit rechts- und rechtsextremorientierten Jugendlichen wird daneben zunehmend eine „ausstiegsorientierte Arbeit" benannt. Wie aber will man mit jemanden über seinen Aus- bzw. gesellschaftlichen Einstieg reden, mit dem man eigentlich gar nicht ins Gespräch kommen will/darf/soll? Wer solche Vorschläge unterbreitet, hat von Jugend- und Sozialarbeit keine Ahnung oder unterläuft bewusst den präventiven und integrativen Charakter des § 1 SGB

[23] Die Transformation des jugendpolitischen Begriffs „Gerechtigkeitsorientierung" in eine sozialpädagogische Handlungsempfehlung lautet: Alle Zielgruppen in einer Kommune sollen ihre konzeptionelle Berücksichtigung finden. Wo möglich, sollen auch in den Projekten zielgruppenübergreifende Konzepte entwickelt werden.
[24] Eine solche „akzeptierende Arbeit" findet zwar de facto nicht statt, aber mangelndes Faktenwissen lässt sich nur umso besser durch „gerechten Zorn" kompensieren.

VIII.
„Amerikanisierung der Sozialarbeit bedeutet, am Ende notwendiger Handlungsprozesse anzusetzen.“

VII) Streetworkteams von Gangway e.V. arbeiten seit 1990 auf den Straßen Berlins. In einer Vielzahl von Stadtteilen – Ost, West, Nord, Süd – richten sich unsere Angebote an Jugendliche, die sich im öffentlichen Raum aufhalten und die nicht von anderen Einrichtungen der Jugendhilfe erreicht werden (wollen). Die Adressat/inn/en unserer Arbeit sind Deutsche, Aussiedler, Migrant/innen (in erster, zweiter oder dritter Generation), jung, sehr jung, klug oder nicht so sehr, schulgebildet oder nicht, mit Arbeit, Wohnung und Eltern oder nicht … Ihnen allen aber ist gemeinsam, dass sie sich in persönlich sehr schwierigen Situationen befinden und außer den Streetworkern kaum jemanden haben, der sich ihrer und ihrer Probleme annimmt.

Gerade junge Menschen in derart komplizierten Lebenssituationen sind dabei sehr anfällig für rechtsextreme Ideologien oder deren Versatzstücke. Deshalb werden wir nicht nur täglich mit diesen konfrontiert, oft genug sind wir auch die Einzigen, die eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Jugendlichen und ihren politischen Ansichten suchen und führen. Doch unsere Arbeit geht darüber hinaus. Weit davon entfernt, die heranwachsenden Individuen auf ihre „politische Oberfläche“ zu reduzieren, arbeiten wir gemeinsam mit den Jugendlichen daran, ihre derzeitige Lebenssituation in ihrer Gesamtheit zu realisieren, zu reflektieren und Lösungen, Auswege oder neue Lebensentwürfe zu finden. Dabei bedienen wir uns der verschiedensten pädagogischen Mittel und Formen – von der Individualbetreuung bis zur Gruppenarbeit, von der Freizeitpädagogik bis zur politischen Bildung. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Partner, deren Kompetenzen wir je nach Bedarf suchen und nutzen. Immer jedoch steht für uns im Mittelpunkt, dass wir mit jungen Leuten (und allen ihren Besonderheiten) arbeiten und nicht gegen sie.

Allerdings beachten wir dabei sehr wohl die Gefahr, die von rechtsextremen Gesellschaftskonzepten und ihren Verfechtern ausgeht. Denn nur allzu oft sind wir diejenigen, die mit diesen in direkter Konfrontation und Konkurrenz stehen. An uns ist es dann zu entscheiden, ob und wie weit eine Fortsetzung unserer Arbeit in bestimmten Umfeldern möglich und sinnvoll ist.
Dabei gilt für uns der Grundsatz, dass wir mit Jugendgruppen, deren Mitglieder in legaler oder illegaler Form organisiert sind, nicht arbeiten. Zu groß ist die Gefahr, dass die gut gemeinte Gruppenarbeit unter der Hand zum Kameradschaftsabend mutiert.
Allerdings ist es uns wichtig, bestimmte Formen von Kontakt zu den einzelnen Jugendlichen zu halten. Unser Angebot der Unterstützung bei konkreter Lebensbewältigung gilt unabhängig von der Erfüllung irgendwelcher Vorbedingungen. Weil wir grundsätzlich von der Veränderungsfähigkeit junger Menschen ausgehen, gehört diese „ausgestreckte Hand“ zu den Grundprinzipien der Arbeit unserer Streetworkteams. Wenn man nicht mehr weiter weiß, wendet man sich schließlich immer zunächst an Menschen, die man kennt und zu denen man ein gewisses Maß an Vertrauen hat. Die unterschiedlichsten Ausstiegsszenarien junger Menschen beweisen uns, dass sich dieser Weg lohnt.

Näheres über die Arbeit der Streetworkteams von Gangway erfährt man über www.gangway.de, dort finden sich auch alle Informationen für diejenigen, die persönlich Kontakt aufnehmen möchten.

Zusammenfassung der Ergebnisse zur Arbeitsgruppe 4

„Bitte keine Politik, wir sind Sozialarbeiter“ – „Gutmenschentum“ vs. Fachlichkeit in der pädagogischen Arbeit“

Gegenstand der Arbeitsgruppe war das Verständnis von Bildung und Jugendarbeit als politischer Arbeit im Gemeinwesen, als Interessenvertretung von Jugendlichen sowie die Anforderung, sich Spezialwissen als notwendigen Bestandteil der Ausbildung/Arbeit anzueignen und an Jugendliche zu vermitteln. Grundsätzlich begründet sich der Zusammenhang von Sozialer Arbeit und Politik – hier insbesondere in der Jugendarbeit – aus der direkten Auseinandersetzung mit Jugendlichen, aus dem Anspruch der politischen Einmischung im Sinne einer Anwaltsfunktion für Jugendliche sowie als strategische Arbeit zur Entwicklung problemadäquater neuer Projekte.

In der AG wurde im Ergebnis betont, dass dem politischen Sachwissen (insb. Dem historischen Wissen) derjenigen, die mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiten, mindestens so hohe Bedeutung zukomme wie der politischen Haltung, der (demokratischen) Grundüberzeugung der Jugendarbeiter/innen.
Gefordert wurde ein Repolitisierung der Sozialen Arbeit, eine Erneuerung des Mutes zur politischen Einmischung gerade in Zeiten des öffentlichen Leistungsabbaus in der Jugendhilfe/Jugendarbeit. Bezogen auf das Thema der Konferenz, neue Wege im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu suchen und zu definieren, war sich die AG einig, dass es nicht „neue Wege“ brauche, weil es ausreichend umfängliche und ausdifferenzierte Methoden, Konzepte und Instrumentarien in der Sozialpädagogik gäbe. Es fehle häufig einzig nur an fachlicher Begleitung, an Rahmenbedingungen und am Austausch zwischen denen, die in diesem Feld arbeiteten. Hierzu wurde ein regelmäßig tagender politischer Jour Fix (evtl. von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert) angeregt.

Prof. Dr. Peter Schruth

AG 5 „Rechtsextreme Gewalttäter in Haft“

Die Arbeitsgruppe 5 hat sich mit denjenigen Jugendlichen beschäftigt, die aus dem Gesichtsfeld der Gesellschaft im Allgemeinen verschwunden sind und wo bisher relativ wenig passierte, nämlich rechtsextremen Gewalttätern in der Haft. Vorgestellt wurden Möglichkeiten einer intensiven Arbeit mit dieser Zielgruppe am Beispiel des Modellprogramms im Land Brandenburg “Abschied von Hass und Gewalt“, in dessen Rahmen Trainerinnen und Trainer in verschiedenen Haftanstalten mit inhaftierten jungen Männern arbeiten. Die Arbeitsgruppe war sehr kompakt und intensiv.

Im ersten Teil hat Helmuth Heitmann vom Archiv der Jugendkulturen das Programm insgesamt dargestellt. Die Rahmenbedingungen vor Ort und die Erfahrungen in der notwendigen Kooperation mit den Bediensteten in den Haftanstalten spielten dabei genauso eine Rolle wie die inhaltlichen Herangehensweisen der unterschiedlichen Trainerteams. Dargestellt wurde ebenfalls, mit welchen verschiedenen Arbeitschwerpunkten in welchen Haftanstalten Brandenburgs gearbeitet wird.

Nach der Pause hat Dr. Siegfried Zimmermann aus der Sicht eines Trainers geschildert, wie die konkrete Herangehensweise in der Gruppenarbeit in den Haftanstalten ist, welche sehr unterschiedlichen Methoden eingesetzt werden - insbesondere, um biografisch zu arbeiten. Die weitere Entwicklung der Jugendlichen in Richtung Haftentlassung und die Rolle von Familienarbeit, um auch das direkte, unmittelbare Umfeld der jungen Menschen für Veränderungen in Verhaltensmustern zum Tragen kommen zu lassen, waren wichtige Diskussionsschwerpunkte. In der Arbeitsgruppe wurde nicht über den Sinn oder die Notwendigkeit von Haft diskutiert, sondern die Teilnehmer/innen beschränkten sich auf die Frage, was in der Haftzeit mit den Jugendlichen passiert und wie sie fit gemacht werden können für das Leben nach der Haft.

Bemerkenswert war die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, an der neben Sozialarbeiter/innen insbesondere auch Vertreter/innen von Polizei und Justiz teilnahmen.
Die Teilnehmer/innen formulierten als Wünsche für die Zukunft:

- die Ausweitung des Programms auf weitere Haftanstalten und
- die Schaffung von Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und von Praktika in diesem Bereich.

Gemeinsames Modellprojekt des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten und der Bundeszentrale für politische Bildung „Präventive Arbeit mit rechts-extremistisch orientierten Jugendlichen“ in Justizvollzugsanstalten des Landes Brandenburg.

Die Brandenburger Justiz unternimmt seit längerer Zeit erhebliche Bemühungen, der Problematik von rechtsextremistischen Tendenzen und Fremdenfeindlichkeit bei jugendlichen Insassen durch gezielte Behandlungsangebote entgegenzutreten.
Die Auswertung eines entsprechenden Modellprojektes ergab, dass der Kreis potentiell Gefährdeter sich durchaus als zugänglich erweist.

In Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung und des MdJE wurde der Projektansatz zwischenzeitlich weiterentwickelt und finanziell auf eine breitere Basis gestellt. Im Gegensatz zum Vorprojekt, welches lediglich in drei Haftanstalten durchgeführt wurde, können nun alle Jugendhaftanstalten oder –haftabteilungen des Landes in das Angebot einbezogen werden.
Adressaten der Projektarbeit sind vorrangig jugendliche Insassen, die mit fremdenfeindlichen und rechtsextremen Taten, Äußerungen und Selbstbekundungen auffallen bzw. auf sich aufmerksam gemacht haben und die sogenannten Mitläufer bzw. der diesbezüglich gefährdete Personenkreis. Die Veranstalter sind sich dabei bewusst, dass tiefgreifend verfestigte Positionen bei Personen aus dem mehr oder weniger organisierten Spektrum mit solch einem Projekt eher nicht zu erschüttern sind.

Das Vorhaben ist mehrschichtig angelegt:
In Diskussionsveranstaltungen mit interessierten jugendlichen Insassen findet eine Auseinandersetzung zu Themen wie dem sogenannten „Rechtsrock“, rechtsextremen Mythen und Symbolwelten bis hin zu Legenden, Lügen und einschlägigen Geschichtsklitterungen rechtsextremer Provenienz statt. Diese Veranstaltungen sind als Auftaktrunden zu verstehen, in denen rechtsextreme Ideologiefragmente aufgegriffen und argumentativ Gegenpole gesetzt werden.
Sie basieren auf der Erkenntnis, dass das Meinungsspektrum unter jugendlichen Insassen weit weniger homogen ist als allgemein angenommen wird. Gerade gefährdete Personen mit eher indifferenten Meinungen müssen Aufklärung, Klarstellungen und Argumente zur „Absetzung“ erfahren. Vermeintlich schlüssige Argumentationsketten oder auch zählebige Vorstellungen entsprechender Meinungsführer sollen offensiv und ostentativ angegangen werden.
Kernpunkte des Projektes sollen zusätzlich und auf Veränderung abzielende Trainingsgruppen mit einem ausgewählten Teilnehmerkreis sein. Sie werden in wöchentlichem Turnus über einen festen Zeitraum offeriert und nutzten das Instrument einer kleinen und überschaubaren Gruppe. In ihnen werden sowohl die kognitive als auch die affektive Auseinandersetzung mit der Thematik angestrebt. Die Inhalte bauen aufeinander auf: Gegenstand der inhaltlichen Arbeit sind die eigene Biografie, vor allem aber die Rolle der Clique, der "Kumpels", d.h. die vermeintliche Gruppe mit all ihren Inszenierungen der Einschüchterung und begangenen gewalttätigen Übergriffen. Die anfängliche Frage wird sein: Wo steckt der Nutzen dieses Härte- und Feinseligkeits-Konstruktes, was existiert an irrationalen Ansichten und Selbsttäuschungen. Was vor allem aber sind die Folgen des Tuns, wie lässt es sich „verlernen“ und was kann und muss stattdessen das Handeln bestimmen. Gegenstand sind weiter persönliche Verleugnungs- und Verharmlosungsstrategien und die Konfrontation mit Tat - ohne das es zur erneuten Begegnung kommen muß.

Gepaart wird die Arbeit mit Disputationen gesellschaftspolitischer Themen, der NS-Vergangenheit und einer Auseinandersetzung mit scheinbar schlüssigen typisch rechtsextremen Argumentationen. Es wird davon ausgegangen, dass hierfür etlichen jugendlichen Insassen bislang der ernstzunehmende und kongruente Widerpart in der Auseinandersetzung fehlt, der sich ebenso wertschätzend wie konfrontierend mit ihnen auseinander setzt.

Als dritter Projektschwerpunkt und parallel zu den Trainingsgruppen wird den Angehörigen der Projektteilnehmer ein Hilfe-Angebot unterbreitet. Diese Hilfen betreffen u.a. eine „gelingende" Kommunikation mit den „Heimkehrern" und die Sorge um Rückkehr/Rückfall in „alte" Szenen. Voraussetzung für diese Unterstützung ist das Einverständnis der jugendlichen Insassen.
Diese Hilfen des Projektes sind eine begrenzte Leistung und sollen keineswegs lokal vorgehaltene professionelle Dienste beispielsweise der Jugendhilfe ersetzen.
Angestrebt ist deshalb ebenso der Kontakt zur lokalen Jugend- und Sozialarbeit. Es gilt dabei den Blick gezielt auf Opfersituationen zu richten bzw. auf Konstellationen, aus denen möglicherweise nach der Entlassung neue Gefährdungen erwachsen können.

In einer letzten Phase des Programms werden Überleitungstreffen installiert. Sie werden von den bereits aus den Gruppen bekannten Trainern moderiert. Es sind freiwillige Angebote für haftentlassene Projektteilnehmer über einen befristeten Zeitraum. Ihnen kommt die Funktion einer ambulanten Beratung zu. Verändertes Sozialverhalten soll erneut „geankert" und Schwierigkeiten, wie aber auch gelingendes Verhalten „draußen" aufgegriffen werden. Zur Unterstützung können ehemalige und „geläuterte" Insassen geworben werden. Ihnen käme die Rolle von Mentoren zu, denn insbesondere sie wissen um die „verführenden" Situationen und um altbekannte Argumentationsmuster.

Parallel zur Arbeit mit den Gefangenen werden den Anstaltsmitarbeitern Schulungs- und Informationsveranstaltungen angeboten. Die inhaltliche Bandbreiter dieser Angebote reicht von Informationen zur rechtsextremen Organisationen, Netzwerken und Publikationen über Musik und Symbole einschlägiger Szenen bis hin zum Umgang mit Begründungs- und Argumentationsketten rechtsextremer Herkunft.

Das umfängliche Projekt im Brandenburger Vollzug wurde dadurch möglich, dass sich die Bundeszentrale für politische Bildung bereit erklärt hat, zu diesem Zweck mit dem Brandenburger Justizministerium zu kooperieren. Von dort wird ein erheblicher Teil der Projektkosten finanziert.
Das Programm hat eine Laufzeit von ca. 3 Jahren und wird von einem externen Institut mit einer turnusmäßigen Berichterstattung evaluiert.
Für die Bundeszentrale handelt es sich um ein Modellprojekt, welches bei erfolgreichem Verlauf von dort auch an die Justizverwaltungen anderer neuer Bundesländer herangetragen werden kann.
Mit der Projektdurchführung wurde das in der Auseinandersetzung mit jugendlichen Lebenswelten besonders ausgewiesene und bundesweit agierende „Archiv der Jugendkulturen e.V. Berlin" beauftragt.
Es hat seit dem 1.7. dieses Jahres seine Tätigkeit in allen fünf Jugendhaftanstalten bzw. -abteilungen aufgenommen.

Impressum

Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum für Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel. 030/26935-6
Fax: 030/26935-850
Homepage: www.fes.de

Gangway e.V. - Straßensozialarbeit in Berlin
Schumannstraße 5
10117 Berlin
Tel. 030/28 30 23-0
Fax: 030/28 30 23-19
Homepage: www.gangway.de

Erarbeitet von:
Anja Baer
Elvira Berndt
Jan Becker
Jörg Bunk
Stefan Schützler
(alle Gangway e.V.)
Wir danken den Autor/innen für die Bereitstellung ihrer Beiträge!

Berlin, im Dezember 2004